
AUSLANDSINFORMATIONEN

Mitte- rechts

Ein Blick auf
christdemokratische
und konservative
Parteien weltweit

AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

Demokratie braucht Mitte-rechts. Das ist ein einfacher Satz und auf manche mag er wie eine Selbstverständlichkeit wirken. Doch ganz so banal ist er nicht. Denn gerade in Deutschland war in den vergangenen Jahren zu beobachten, wie unter dem bewusst vage gehaltenen Schlagwort eines „Kampfs gegen Rechts“ versucht wurde, politische Positionen und Akteure jenseits der Linken pauschal zu delegitimieren und von der demokratischen Mitte auszuschließen. Im Weltbild der Kämpfer gegen Rechts wird jede stärkere Abgrenzung einer Mitte-rechts-Partei von der linken Mitte als Schritt an den rechten Rand interpretiert. Und es wird unterstellt, dass eine solche Ausrichtung letztlich nur den Extremisten nütze – nach dem Motto: „Dann wählen die Leute lieber das Original.“

Mit dieser Ausgabe der Auslandsinformationen wollen wir die deutsche Diskussion um die Rolle von Mitte-rechts-Parteien und deren Herausforderung durch den Rechtspopulismus in einen europäischen und internationalen Kontext stellen. In welcher Lage befinden sich christdemokratische und konservative Parteien andernorts? Wer fordert sie heraus – und mit welchen Strategien reagieren sie darauf? Welche Ansätze waren erfolgreich, welche nicht?

Das Panorama, das unsere Beiträge zeichnen, ist divers. Eines lässt sich aber übergreifend feststellen: Die politische Mitte in den meisten europäischen Ländern ist ähnlich wie in Deutschland vor allem durch rechtspopulistische Parteien herausgefordert. Auch in Lateinamerika beobachten wir seit einigen Jahren einen deutlichen Trend nach rechts, auch wenn mit Kuba, Nicaragua und Venezuela nach wie vor drei Länder der Region linksautoritär geführt werden. Für Subsahara-Afrika wiederum stellen Holger Dix und Henri Bohnet in ihrem Artikel heraus, dass trotz eines für Mitte-rechts-Parteien vermeintlich vielversprechenden ideellen Umfelds linke Parteien dominieren: „Konservative Werte, linke Politik“ – so fassen es die Autoren zusammen. Noch einmal anders gestaltet sich die Lage und Rolle der Mitte-rechts-Parteien in einem hybriden System mit starker monarchischer Einflussnahme wie Marokko, wie sich am Beitrag von Steven Höfner zeigt.

Klar scheint jedenfalls, dass es zu kurz greift, alle politischen Parteien und Persönlichkeiten auf der rechten Seite des Spektrums in einen Topf zu werfen. Sebastian Enskat arbeitet mit Blick auf Europa in seinem Beitrag

heraus, dass nicht nur offensichtliche Unterschiede zwischen den in der Europäischen Volkspartei (EVP) vereinten Mitte-rechts-Parteien des Kontinents und ihren rechtspopulistischen Herausforderern bestehen. Er zeigt zudem, dass es auch innerhalb und zwischen den Fraktionen, die sich im Europäischen Parlament rechts der EVP gebildet haben, teils erhebliche Differenzen gibt. Ob mit Blick auf Russland und die Ukraine, auf die Frage der Rechtsstaatlichkeit oder auf die Haltung zur europäischen Integration: Zwischen den heutigen Fratelli d'Italia unter Giorgia Meloni und Parteien wie der AfD gibt es bedeutende Unterschiede.

Henning Suhr zeichnet in seinem Beitrag ein ähnlich nuanciertes Bild der lateinamerikanischen Rechten, die sich eben nicht nur in traditionelle konservative Parteien und eine „Neue Rechte“ unterteilt, sondern wo es auch innerhalb dieser neuen Kräfte erhebliche Abstufungen gibt. Es mag verlockend sein, Figuren wie Nayib Bukele in El Salvador und Javier Milei in Argentinien in dieselbe rechtspopulistische Schublade zu stecken. Es entspricht aber nicht der Realität. Während der Mittelamerikaner alle Macht des Staates auf sich konzentrieren will, möchte der Mann in Buenos Aires staatliche Kontrolle abbauen und auch die in der Regel mit Rechtspopulisten in Verbindung gebrachte Antimigrationsrhetorik sucht man bei ihm vergeblich.

Schon die intellektuelle Redlichkeit gebietet es, über solche Abstufungen nicht einfach hinwegzugehen. Aus ihnen folgen aber auch praktische politische Konsequenzen für Mitte-rechts-Parteien: wenn sie nämlich entscheiden müssen, in welchen Fällen eine klare Abgrenzung nötig ist und in welchen Fällen zur Durchsetzung eigener inhaltlicher Positionen eine wie auch immer geartete Kooperation innerhalb einzelner Länder oder – im europäischen Kontext – im Europäischen Parlament denkbar ist.

Wer aber glaubt, an der Frage nach Einbindung oder Abgrenzung entscheide sich, wie stark rechtspopulistische Parteien werden beziehungsweise wie gut sich Mitte-rechts-Kräfte gegen sie behaupten können, der dürfte sich täuschen. Das Paradebeispiel ist hier der deutsch-österreichische Vergleich. Strikte Ausgrenzung der AfD in Deutschland, seit Jahrzehnten praktizierte Einbindung der FPÖ in Österreich – das Ergebnis ist dasselbe: Beide Rechtsaußenparteien sind „so radikal und so erfolgreich wie nie zuvor“, wie Sebastian Enskat festhält. Besonders kompliziert

gestaltet sich die Situation für etablierte Mitte-rechts-Parteien, wenn sie in die Rolle des potenziellen Juniorpartners geraten – ein Dilemma, dem sich nicht zuletzt viele moderat konservative Parteien in Lateinamerika derzeit ausgesetzt sehen. Die ersten Erfahrungen aus Argentinien beispielsweise sind ernüchternd für die Partei PRO des ehemaligen Präsidenten Macri: Gestärkt wurde durch die dortige Zusammenarbeit bislang eher die Partei von Javier Milei.

Das wirksamste Rezept für Mitte-rechts-Parteien ist gleichzeitig das naheliegendste: die Besinnung auf die eigenen Inhalte und die eigenen Vorschläge zur Lösung der Probleme, die ihre potenziellen Wähler bewegen. Bei allen Schwierigkeiten haben in Europa der spanische Partido Popular oder die griechische Nea Dimokratia mit diesem Ansatz zuletzt positive Erfahrungen gemacht. Auch der Blick nach Ostasien zeigt, dass es eben nicht automatisch Parteien am rechten Rand erstarken lässt, wenn etablierte konservative Parteien mit ihrer Programmatik und ihrem Personal einen weiten Teil des Spektrums auch rechts der Mitte abbilden. Das politische System in Südkorea mag, wie Henrik Braun in seinem Artikel analysiert, eine starke Polarisierung aufweisen. Es hat sich aber jedenfalls bislang keine relevante politische Kraft rechts der People Power Party gebildet. In Japan wiederum hatte die Liberaldemokratische Partei unter zentristischen Regierungschefs in den vergangenen Jahren auch an neu gegründete Rechtsaußenparteien Wähler verloren, so Paul Linnarz in seinem Beitrag. Unter Regierungschefin Takaichi gelang jedoch bei den jüngsten Unterhauswahlen mit einem klar konservativen Kurs ein historischer Triumph.

Und umgekehrt: Parteien der rechten Mitte verlieren dann an Zustimmung oder werden überhaupt nie mehrheitsfähig, wenn ihre Programmatik und ihr Regierungshandeln an wesentlichen sozialen Realitäten und drängenden Herausforderungen des jeweiligen Landes vorbeigehen. Das können die wirtschaftliche Entwicklung und Migrationsfragen in Europa sein, Fragen der Kriminalität und inneren Sicherheit in Lateinamerika oder auch der aktive Umgang mit den von Gregor Jaecke und Christoph Wiedenroth in ihrem Beitrag herausgehobenen apartheidsbedingten

strukturellen Ungerechtigkeiten in Südafrika: Finden Mitte-rechts-Parteien keine glaubwürdigen Antworten, reüssieren Rechtspopulisten (Europa, Lateinamerika) oder bleibt das linke Lager trotz dürftiger Regierungsbilanz dominant (Südafrika).

Natürlich ist es nicht ausschließlich Aufgabe von Mitte-rechts-Parteien, Antworten auf das Erstarken von Populisten vom rechten Rand zu finden. Das Fallbeispiel Rumänien etwa, das Stefan Hofmann und Mihai Marc in ihrem Artikel analysieren, zeigt, dass es dort gerade auch die sozialdemokratische PSD ist, die massiv Wähler an die Rechtspopulisten verliert. Dennoch: Den christdemokratischen und konservativen Parteien kommt hier eine besondere Aufgabe zu – im verantwortungsvollen Umgang mit der Frage nach Abgrenzung oder Kooperation nach und mit rechts. Vor allem aber bei der eigenen inhaltlichen Positionierung. Vor dem Hintergrund der in dieser Ausgabe zusammengetragenen internationalen Erfahrungen spricht vieles dafür, dass diese Parteien sich selbst und der Demokratie den größeren Dienst nicht durch ein Aufgehen in einer konturlosen Mitte ohne Attribute erweisen, sondern durch ein selbstbewusstes Auftreten als das, was eine Demokratie neben linken Parteien eben auch braucht: starke Mitte-rechts-Parteien.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Caroline Kanter ist Herausgeberin der Auslandsinformationen (Ai) und Leiterin der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (caroline.kanter@kas.de).

8 *Im Gespräch*

„Wir haben unsere Seismografen in aller Welt.“

Ein Interview mit Caroline Kanter

18 *Zwischenruf*

Tür auf oder Tür zu?

Überlegungen zum Umgang mit
Rechtsaußenparteien in Europa

Sebastian Enskat

26

Vertrauenskrise und ratlose Mitte

Der zunehmende Erfolg der Rechts-
populisten legt in Rumänien demokratische
Defizite bloß

Dr. Stefan Hofmann / Mihai Marc

36

Polarisierung, Populismus,
Pragmatismus

Lateinamerikas Parteienlandschaft
rückt nach rechts

Henning Suhr

Wer gibt hier den Ton an? In Argentinien entschied sich die liberalkonservative Partei PRO nach der Wahl Javier Mileis (mit Megafon) zum Präsidenten Ende 2023 für eine Zusammenarbeit mit dem politischen Außenseiter. Davon profitieren allerdings bislang eher der Präsident und seine Partei La Libertad Avanza. Einige PRO-Mitglieder liefen gleich ganz zur Präsidentenpartei über, so auch Sicherheitsministerin Patricia Bullrich (links neben Milei), die im Präsidentschaftswahlkampf noch als PRO-Spitzenkandidatin angetreten war.

Foto: © Anadolu Agency, Imago.





48

Polarisierung und die politische Mitte in Japan

Wie der Liberaldemokratischen Partei das Comeback gelang

[Paul Linnarz](#)

59

Ein K-Drama in Endlos-Schleife

Die Herausforderungen der Polarisierung für die konservative Seite der südkoreanischen Politik

[Henrik Braun](#)

69

Zwischen Spaltung und Populismus Südafrikas fragile politische Mitte

[Gregor Jaecke / Dr. Christoph Wiedenroth](#)

79

Wie können sich Mitte-rechts-Parteien in Afrika behaupten?

Ein Blick auf die Democracy Union of Africa

[Dr. Holger Dix / Henri Bohnet](#)

89

Marokkos politische Mitte in einem hybriden System

Zwischen Parteienpluralismus und monarchischer Einflussnahme

[Steven Höfner](#)

Mitte-rechts

Ein Blick auf christdemokratische
und konservative Parteien weltweit

Im Gespräch

„Wir haben unsere Seismografen in aller Welt.“

Ein Interview mit Caroline Kanter

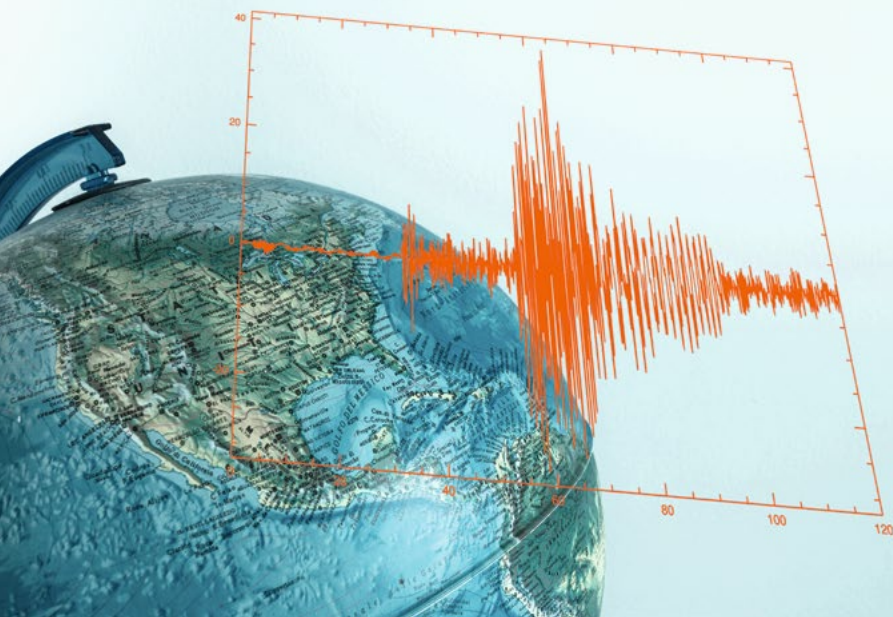


Foto: © Depositphotos, Imago.

Für diese Ausgabe der Auslandsinformationen haben wir mit Caroline Kanter über transatlantische Herausforderungen, europäische Hausaufgaben und die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gesprochen. Wir erfahren, warum wir den Gesprächsfaden mit den USA nicht abreißen lassen sollten, welche Bedeutung die Frage der EU-Erweiterung hat und warum die Konrad-Adenauer-Stiftung helfen kann, weltweit Entwicklungen, die am Ende auch uns in Deutschland betreffen werden, früh zu erkennen.



Caroline Kanter ist seit Februar 2026 Leiterin der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit 2023 war sie bereits deren stellvertretende Leiterin. Zuvor leitete sie unter anderem die Stiftungsbüros in Rom und Paris.

Auslandsinformationen (Ai): Frau Kanter, Sie sind seit Februar Leiterin der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und damit auch neue Herausgeberin der Auslandsinformationen. Was macht für Sie unser Magazin aus und was ist Ihnen in Ihrer neuen Rolle besonders wichtig?

Caroline Kanter: Die Auslandsinformationen sind eine echte Marke. Wenn ein solches Produkt sich über nunmehr 42 Jahre hält, ist das kein Zufall. Ein wesentlicher Grund ist für mich der hohe fachliche und qualitative Anspruch, den die Auslandsinformationen erheben und auch einlösen. Sie haben es zudem verstanden, sich mit Blick auf die Formate immer wieder weiterzuentwickeln, um neue Zielgruppen zu erschließen. Ich denke da an die englischsprachige Version des Heftes, an den deutsch- und englischsprachigen Podcast und auch an die Präsenz in den Sozialen Medien. Das ist sicher ein Punkt, wo wir auch in Zukunft immer neu fragen müssen, wie wir die guten Inhalte, die wir ja haben, zeitgemäß unter die Leute bringen können. Wichtig scheint mir zudem, dass wir auch künftig genau überlegen, wo im außenpolitischen Diskurs die Nische ist, die wir mit den Auslandsinformationen besetzen wollen. Was unterscheidet uns von anderen Akteuren und Produkten, die ebenfalls an diesem Diskurs teilnehmen?

Ai: Woran denken Sie da?

Kanter: An mehrere Punkte. Zunächst unterscheidet uns von anderen Institutionen, dass wir die Welt nicht neutral betrachten. Wir haben einen Standpunkt: einen europäischen, deutschen und christdemokratisch geprägten. Wir sammeln nicht einfach nur Fakten, denn das kann Künstliche Intelligenz heute ohnehin schneller. Wir hingegen analysieren und ordnen ein.

Natürlich nimmt niemand die Auslandsinformationen in die Hand, um zu erfahren, wie die Präsidentschaftswahl in Argentinien ausgefallen ist. Wenn es aber darum geht, zu beurteilen, was ein Präsident Javier Milei für das Land bedeutet und welche Schlüsse wir in Europa daraus ziehen sollten, dann kommen die Einordnungen unserer Mitarbeiterin vor Ort ins Spiel.

Und so wie in Buenos Aires sind wir an circa 100 Orten rund um den Globus präsent. Das ist eine unschätzbare Ressource – auch für die Auslandsinformationen. Aus so vielen Ländern berichten zu können, wie sich die Situation vor Ort tatsächlich gestaltet, kann gerade für den deutschen außenpolitischen Diskurs, dem nicht ganz zu Unrecht ein gewisser Hang zum Wunschdenken nachgesagt wird, einen Mehrwert darstellen. Diese geografische Breite ermöglicht es uns auch, nicht nur Themen zu begleiten, die ohnehin bereits weit oben auf der aktuellen politischen Agenda stehen, sondern bewusst den Blick auf Länder und Themen zu richten, die – noch – unter dem Radar fliegen. Ich denke da etwa an unsere Ausgabe zur Arktis, die vor ziemlich genau drei Jahren erschienen ist.

Ai: Vor gut drei Monaten ist unsere Ausgabe zur derzeitigen US-Außenpolitik erschienen. Seither ist schon wieder viel passiert, nicht zuletzt die Diskussionen um Grönland und der amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran haben Beobachter in Europa dazu

veranlasst, die transatlantische Partnerschaft deutlich infrage zu stellen. Was bedeuten diese Entwicklungen für uns in Europa und für die Auslandsarbeit der Stiftung?

Kanter: Also wenn uns die Ausgabe, die Sie angesprochen haben, eines zeigt, dann ist das ja, dass die aktuelle Außenpolitik der USA und ihres Präsidenten in anderen Teilen der Welt durchaus anders gesehen und bewertet wird als bei uns. So gibt es Staaten, die in der Politik Donald Trumps eher Chancen für sich sehen: beispielsweise Israel oder die Golfstaaten. Was aber andererseits ein gemeinsamer Nenner ist, unter dem fast alle Staaten ihre Erfahrungen mit Trump subsummieren können, ist die Unberechenbarkeit und das Tempo – sprich: die Schnelligkeit – mit denen die Trump-Administration andere Staaten konfrontiert. Und speziell für uns in Europa muss man konstatieren, dass die transatlantischen Beziehungen eine Zäsur erleben. Die US-Regierung – aber natürlich nicht nur sie – stellt in weiten Teilen die regelbasierte Ordnung, die die Vereinigten Staaten nach 1945 wesentlich mitgeprägt haben, infrage. Das widerspricht nicht nur unseren Interessen, sondern auch unseren Prinzipien.

Zur Lage im Nahen Osten und dem israelisch-amerikanischen Angriff auf den Iran gilt es aus meiner Sicht zwei Punkte in den Blick zu nehmen. Zunächst ist zu



Im Gespräch bleiben: Auch wenn die Zahl der Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Europa zuletzt deutlich gestiegen ist, bleiben die Vereinigten Staaten kurz- und mittelfristig ein unverzichtbarer Partner, nicht zuletzt im Bereich der Sicherheitspolitik. Foto: © Zuma Press Wire, Imago.

konstatieren, dass eine Einhegung beziehungsweise Auflösung der über Jahrzehnte aufgebauten iranischen Drohkulisse gegen Israel mit politischen und diplomatischen Mitteln wünschenswert gewesen wäre, sich aber nicht hat realisieren lassen. Israels Bedrohungswahrnehmung wiederum erscheint, gerade auch vor dem Hintergrund des verheerenden Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023, nachvollziehbarer denn je. Diese Zusammenhänge und Entwicklungen verdeutlichen den hohen Stellenwert des Nahen und Mittleren Ostens für deutsche und europäische Politik, aber auch für die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region. Unser Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und unsere Unterstützung für das israelische Volk gerade in Kriegszeiten sind hierbei handlungsleitend, unsere engen Partnerschaften zu zahlreichen nah- und mittelöstlichen Akteuren wichtiger denn je. Die geostrategischen Auswirkungen des weitgehenden Wegfalls des iranischen Militärpotenzials und die daraus resultierende Schwächung der autokratischen Allianz China-Russland-Iran-Nordkorea beobachten wir in diesem Zusammenhang genau.

Ai: Was sollten Deutschland und Europa angesichts dieses Panoramas tun?

Kanter: Zunächst müssen wir von europäischer Seite unserem Anspruch als globaler Akteur gerecht werden und die Veränderungen der internationalen Ordnung, deren Institutionen und Regelwerk, aktiv gestalten. Dass man sich dieser Aufgabe bewusst annehmen wird, unterstrich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen der EU-Botschafterkonferenz mit ihrer Forderung, dass Europa unabhängiger, resilienter und stärker werden muss.

Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen kann man auf zwei verschiedene Arten antworten. Es gibt diejenigen, die sagen: Weil mein Gegenüber in Washington unbequem, unberechenbar und kompliziert ist, sollten wir uns jetzt abschotten und uns dem Austausch entziehen. Aber dieser Ansatz erkennt eine grundlegende Realität: Wir als Europäer sind nach wie vor von den Vereinigten Staaten abhängig. Insbesondere, wenn es um unsere Sicherheit geht. Nun versuchen wir konsequenterweise, uns in Verteidigungsfragen deutlich zu stärken und investieren massiv in den Wiederauf- und Ausbau unserer Streitkräfte und Kapazitäten. Aber kurz- und mittelfristig wird der Befund dennoch bleiben. Wir haben daher bis auf Weiteres keine bessere Option als die Partnerschaft, die uns die USA aktuell anbieten. Und das bedeutet neben Kritik in den Fällen, wo sie angebracht ist, eben auch, dass wir nach wie vor konstruktive – idealerweise europäisch abgestimmte und mit mehr eigenen Fähigkeiten unterlegte – Angebote für eine erneuerte Zusammenarbeit in der NATO und auf anderen Gebieten machen, wo wir gemeinsame Interessen haben.

Wir sollten dabei auch nicht aus den Augen verlieren, dass die USA weiterhin ein demokratisches Gemeinwesen sind, in dem durchaus differenzierte Ansichten auch zu den außenpolitischen Fragen existieren, die die transatlantische Debatte prägen. Das ist mindestens im Ton, teils aber auch in der Substanz, im Februar bei der Münchner Sicherheitskonferenz wieder deutlich geworden. Zu dieser Bandbreite von Akteuren – in Regierung, Opposition, Kongress und auf der Ebene der Bundesstaaten – unterhalten wir als Stiftung Gesprächskanäle. Das ist übrigens



auch keine neue Entwicklung oder lediglich eine Reaktion auf Trump. Das haben wir seit Jahrzehnten so.

Und noch ein letzter Punkt dazu: Wir sollten nicht zulassen, dass aktuelle politische Spannungen die menschlichen und gesellschaftlichen Brücken über den Atlantik, die über mehr als ein halbes Jahrhundert gewachsen sind, zum Einsturz bringen. Der zunehmend zu beobachtende Antiamerikanismus im deutschen Diskurs ist aus meiner Sicht bedenklich.

Ai: Wenn unser Verhältnis zu den USA jedenfalls nicht mehr so verlässlich wie früher ist, brauchen wir neben einer erneuerten transatlantischen Allianz neue Partnerschaften. Wohin sollten wir als Deutsche und Europäer schauen?

Kanter: Ganz grob würde ich von zwei Kategorien sprechen: Wertepartner und Interessenpartner. Das ist natürlich keine Frage von schwarz und weiß, in der Praxis ist der Übergang fließend. Wertepartner sind für mich Staaten, mit denen wir – bei möglichen Unterschieden im Detail – ein grundsätzliches liberaldemokratisches Verständnis und Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten teilen. Da denke ich außerhalb der EU an Staaten wie das Vereinigte Königreich und Norwegen, außerhalb Europas an Kanada, Australien und Japan. Auch in Lateinamerika gibt es viele Staaten, die in diese Kategorie der Wertepartner fallen.

Ai: Dennoch bleibt das global betrachtet doch ein recht kleiner Club, oder?

Kanter: In der Tat: Wenn wir uns in unseren Partnerschaften auf die Länder beschränken würden, die in einem engeren Sinne als *like-minded* gelten können, dann würde es schnell einsam um uns. Und deshalb brauchen wir auch Partner, mit denen wir zwar nicht liberaldemokratische Werte, aber bestimmte Interessen teilen. Da kann es dann um wirtschaftliche Diversifizierung und unsere Rohstoffversorgung gehen. Aber auch um die Frage der regelbasierten internationalen Ordnung. Es gibt eine Reihe kleiner und mittelgroßer Staaten – auch Nicht-Demokratien – die genau wie wir ein fundamentales Interesse daran haben, dass in der Welt nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt. Wenn wir solche Interessenüberschneidungen nutzen wollen, müssen wir auch den Dialog mit Ländern pflegen, deren innerstaatliche Ordnung nicht unseren Prinzipien entspricht. In diese Kategorie fällt ein Land wie Ägypten, aber auch zentralasiatische Staaten wie Kasachstan und eine Reihe süd-ostasiatischer Staaten wie Vietnam.

Ai: Das klingt alles sehr schlüssig. Und dann brauchen wir mehr als ein Vierteljahrhundert, um als EU ein Abkommen mit dem Mercosur hinzubekommen.

Kanter: Dass die EU-Kommission das Abkommen vorläufig anwenden möchte, ist richtig. Die Entscheidung des EU-Parlaments aus dem Januar, das Abkommen an den EuGH zu überweisen, war dennoch ein großer Fehler, wenn auch nur der auffälligste Ausdruck eines allgemeinen Befunds: Wir haben über lange Zeit zu wenig

in unsere Partner investiert. Nicht nur finanziell, sondern allgemein mit Blick auf diplomatische Wertschätzung. Und dann fangen diese Partner – auch Wertepartner – natürlich an, sich anderweitig umzusehen, denn sie haben heute Alternativen. Wenn wir nicht bereitstehen, tun es andere. Ich denke da nicht zuletzt an die Pandemie, als nicht zuerst wir Europäer Impfstoffe nach Lateinamerika geliefert haben, sondern eben die Russen und die Chinesen. Da ist zum Teil wirklich Vertrauen verloren gegangen. Ich denke nicht, dass es zu spät ist, das wieder zu reparieren, aber dazu müssen wir den Schalter jetzt umlegen.

Ai: Zumal ja Vertrauen und Berechenbarkeit in einer Zeit, in der jedenfalls die Vereinigten Staaten weniger berechenbar geworden sind, gefragte Eigenschaften sein sollten.

Kanter: Das sind sie, ohne Frage. Und ich denke, dass wir als Europäer in diesem Punkt trotz der Einschränkungen, die ich eben gemacht habe, durchaus verhältnismäßig gut dastehen. Wir mögen nicht immer die schnellsten sein, aber in der Regel wissen unsere Partner bei uns, woran sie sind und dass das, was wir heute sagen, auch morgen noch gilt. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind Eigenschaften, die man an uns Europäern schätzt.

Ai: Die EU braucht also in einem rauen internationalen Umfeld Partner. Sie muss aber auch selbst an geopolitischem Gewicht zulegen. Sollten wir die Frage der EU-Erweiterung als ein Instrument betrachten, das auch diesem Zweck dient?

Kanter: Das geopolitische Umfeld war es ja, das für die EU-Erweiterung wieder ein Fenster geöffnet hat. Russlands Angriff auf die Gesamtukraine hat nicht nur die Beitrittsverfahren der Westbalkanstaaten wieder auf der Agenda nach oben gespült, sondern die Anträge der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens überhaupt erst hervorgebracht, wobei man natürlich bei Georgien mittlerweile ein großes Fragezeichen setzen muss.

Mein Eindruck ist, dass in unseren Debatten die Herausforderungen, die mit diesem Prozess verbunden sind, im Vordergrund stehen. Und dass es diese Herausforderungen gibt und dass wir offen über sie diskutieren müssen, ist auch unbestritten.

Ai: Aber ...

Kanter: Aber genauso diskutieren müssen wir die Opportunitätskosten eines Nicht-Handelns. Also: Was passiert, wenn wir diesen Staaten dauerhaft die Tür zur Europäischen Union verschließen? Denn auch hier gilt wieder, was ich vorhin schon einmal gesagt habe: Diese Staaten haben Alternativen und nutzen diese teils auch schon. Akteure wie die Türkei, Russland und China haben insbesondere mit Blick auf Rohstoffabbau bereits Fakten auf dem Westbalkan geschaffen. Wir können kein Interesse daran haben, am Ende mitten in Europa eine Gruppe von Drittstaaten zu haben, die sich frustriert von der EU ab- und anderen Mächten zuwenden.

Ai: Gerade wenn wir von Erweiterung sprechen, stellt sich aber auch die Frage nach dem inneren Zustand einer EU, die – ohnehin bereits von internen Konflikten geplagt – nun möglicherweise noch neue Mitglieder aufnehmen soll.

Kanter: Eine Erweiterung muss mit inneren Reformen verbunden sein. Wir sollten uns aber mit dem Gedanken anfreunden, dass das nicht der große Wurf, nicht die große Änderung der Verträge sein wird. Wir müssen daran arbeiten, unterhalb dieser Schwelle diese Europäische Union weiterzuentwickeln, die uns über Jahrzehnte wirtschaftlichen Wohlstand gebracht und den Frieden mit gesichert hat. Gerade als Christdemokraten sollten wir auch auf das Prinzip der Subsidiarität bestehen. Und auch an dieser Stelle möchte ich auf den Faktor Zeit und auf die Geschwindigkeit der sich verändernden Rahmenbedingungen und Realitäten hinweisen. Abwarten ist ein Luxus, den wir uns schlicht nicht leisten können. Wir müssen von der Problembeschreibung schneller ins Handeln kommen. Darüber hinaus bereitet auch der innere Zustand vieler Mitgliedstaaten, der Europa auf globaler Ebene schwächt, Sorge.

Ai: Und wäre neben prozeduralen Reformen nicht die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ein weiterer Ansatzpunkt?

Kanter: Ja, und zwar ein wichtiger. Ohne wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit fehlt uns Gewicht auf der internationalen Bühne. Wir werden ja trotz aller Rüstungsanstrengungen absehbar kein Player sein, der allein wegen seiner großen militärischen Macht bei wichtigen Entscheidungen mit am Tisch sitzen wird. Deutschland und die Europäische Union waren und sind weltweit als Partner gefragt, weil wir wirtschaftlich stark und attraktiv sind. Wir verlieren aber an Boden. Es hilft, sich Folgendes vor Augen zu führen: 2007, also bevor die Finanzkrise ausbrach, hatten die USA und die EU jeweils einen Anteil von nominal ungefähr einem Viertel der Weltwirtschaftsleistung. China lag damals gerade bei 6 Prozent. Seither haben die USA ihren Anteil sogar noch minimal ausgebaut, wir aber sind auf 18 Prozent abgesackt, China liegt praktisch gleichauf mit 17 Prozent.

Ai: Wie lässt sich der Trend stoppen?

Kanter: Einerseits brauchen wir eine politische Strategie, die Rahmenbedingungen setzt und durchaus auch definiert, in welchen Bereichen Deutschland und Europa wieder Innovationstreiber sein wollen und wie die staatliche Ebene dort auch unterstützen kann. Andererseits sollten wir aber unsere marktwirtschaftliche Orientierung nicht aufgeben und innerhalb des angesprochenen Rahmens dann auf die Innovationskraft der Unternehmen setzen. Denn wahr ist auch: Wir sind in Europa in den vergangenen Jahrzehnten in Sachen Regulierung über das Ziel hinausgeschossen. Das ist als Problem nach meiner Einschätzung in einer Reihe von Regierungen und auch in der Europäischen Kommission mittlerweile erkannt. Der informelle Gipfel zum Thema Wettbewerbsfähigkeit in Belgien im Februar war Ausdruck dieser Erkenntnis. Nun sollten die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Auch hier spielt der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle.

Ai: Lassen Sie uns zum Ende des Gesprächs noch einmal auf die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zurückkommen. Die Demokratieförderung bleibt ja sicher ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Wo sehen Sie da unsere Rolle?

Kanter: Demokratieförderung ist ein sehr breiter Begriff. Auch hier gilt, dass wir als politische Stiftung genau schauen sollten, wo wir unsere Schwerpunkte setzen. Das sind für mich Parlamente und politische Parteien, ergänzt durch unsere Rechtsstaats- und Medienprogramme. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist unser Markenkern und das soll er auch bleiben. Diese Zusammenarbeit ist auch keine Einbahnstraße. Mir ist wichtig, dass wir durch unsere weltweiten Kooperationen am Puls der Zeit bleiben: Wie entwickelt sich beispielsweise die Organisation, die Kommunikation, der Einsatz von KI durch Parteien in anderen Ländern? Das zu uns zurückzuspiegeln, um dann auch in Deutschland davon lernen zu können, das ist ein großer Mehrwert.

Gleichzeitig sehen wir, dass die demokratischen Spielräume in vielen Ländern enger werden. Das erleben wir in unserer eigenen Arbeit, das erleben wir aber auch mit Blick auf unsere lokalen Partner. Wir sind in diesen Ländern teilweise seit sechs Jahrzehnten vertreten und stehen auch in schwierigen Zeiten an der Seite unserer Partner. Wie genau sich diese Unterstützung artikuliert, müssen wir von Fall zu Fall entscheiden. Das kann mal öffentlich geschehen, oft genug ist es aber auch sinnvoller, das im Hintergrund zu tun.



Im Wartesaal der Europäischen Union: Der Beitrittsprozess vieler Westbalkanstaaten zieht sich bereits seit vielen Jahren. Neben der notwendigen Diskussion über die Herausforderungen einer Erweiterung sollten wir uns auch fragen, was passiert, sollten sich diese Länder irgendwann enttäuscht von der EU abwenden, sagt Caroline Kanter. Foto: © dts Nachrichtenagentur, Imago.

Ai: Und was soll unsere Auslandsarbeit neben der Demokratieförderung leisten?

Kanter: Ich könnte jetzt vieles aufzählen, will mich aber auf wenige Punkte beschränken. Ich möchte einmal auf das Thema globale Partner zurückkommen, das wir vorhin besprochen haben. Wir können als Konrad-Adenauer-Stiftung in Anspruch nehmen, dass wir in Partnerschaften in aller Welt investieren – auch antizyklisch, wenn ich das mal so ausdrücken darf. Wir haben immer unsere Bindungen in Lateinamerika beibehalten, auch in Phasen, in denen diese Region keine Priorität für die deutsche Politik war. Wir haben zudem seit vielen Jahrzehnten ein großes Augenmerk auf die Entwicklungen in Südostasien und sind aktuell mit unseren Auslandsbüros in acht der elf ASEAN-Staaten präsent. Das betrachten wir auch als Asset für die deutsche Außenpolitik insgesamt.

Und unsere Auslandsbüros ermöglichen es uns auch, Entwicklungen in verschiedenen Regionen frühzeitig zu erkennen, diese Beobachtungen in Berlin zu einem Gesamtbild zusammenzufügen und daraus dann Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Das Zusammenbinden verschiedener *theaters* und was wir aus diesen Konflikten in unterschiedlichen Regionen lernen und ableiten können, ist aus meiner Sicht zentral. Wir sollten Krisen, Entwicklungen und Trends nicht voneinander abgekoppelt betrachten, sondern sehen, welche Rückschlüsse wir aus dem einen Szenario für andere ableiten können.

Ai: Nennen Sie uns ein Beispiel?

Kanter: Beim Thema Maritime Sicherheit lohnt es sich, die chinesischen Grauzonentaktiken im Südchinesischen Meer, das Agieren der Russen im Schwarzen Meer und in der Ostsee sowie die Angriffe der Huthis im Roten Meer gemeinsam in den Blick zu nehmen.

Beim Thema Entwicklungszusammenarbeit wiederum beobachten wir seit Jahren, dass andere Akteure dieses Mittel einsetzen, um geopolitische Geländegewinne in verschiedenen Weltregionen zu machen. Man denke nur an die Infrastrukturprojekte der Chinesen in Südostasien, Afrika und andernorts. Oder man kann auf die Instrumente der „Soft Power“ verweisen, mit denen die Türkei an Einfluss gewinnt. Deutschland und Europa haben dieses Instrumentarium dagegen bislang nicht ausreichend strategisch eingesetzt. Diese Beobachtungen haben wir im vergangenen Jahr zusammengetragen, daraus Handlungsempfehlungen entwickelt und diese in den politischen Prozess eingespeist.

Kurzum: Wir haben unsere Seismografen in aller Welt. Wenn irgendwo einer ausschlägt, gibt uns das die Chance, uns auf Entwicklungen vorzubereiten. Wenn gleich mehrere parallel ausschlagen, sehen wir, dass etwas Größeres auf uns zukommen könnte. Diesen Schatz werden wir weiter nutzen.

Das Gespräch führten Magdalena Falkner und Sören Soika.

AUSLANDSINFO

SPOTLIGHT

Der Außenpolitik-Podcast der Konrad-Adenauer-Stiftung

In unserem Auslandsinfo-Podcast hören wir uns in der Welt um. Wo stehen Wahlen an? Welche Entwicklungen müssen wir auf dem Schirm haben? Was könnte die Sicherheit einer Region gefährden?

Wir sprechen mit Expertinnen und Experten und beleuchten Zusammenhänge – auch in Staaten, die hierzulande selten im Fokus stehen. Wir fragen nach wichtigen Details und behalten den Blick fürs Ganze.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt mit rund 100 Auslandsbüros über ein großes Netzwerk an globaler Expertise. Diese bringen wir mit dem Auslandsinfo-Podcast zu Ihnen – informativ und kurzweilig.

**Abonnieren Sie uns
überall dort, wo es
Podcasts gibt.**

z. B. bei Spotify



Magdalena Falkner

Rana Taskoparan

Tür auf oder Tür zu?

Überlegungen zum Umgang mit
Rechtsaußenparteien in Europa

Zwischenruf



Foto: © photonews.at, Imago.

Auf einen Blick

Die rechts der Europäischen Volkspartei (EVP) angesiedelten Parteien bilden keinen homogenen Block, sondern unterscheiden sich programmatisch und habituell teils deutlich voneinander.

Um von Fall zu Fall eine Einordnung vorzunehmen, hilft die Orientierung an klaren Kriterien. Die Haltung der betreffenden Rechts-Partei zu Russland, zur EU und zur Rechtsstaatlichkeit sollte hierbei ebenso eine Rolle spielen wie ihr Radikalisierungsgrad.

Ein klarer Zusammenhang zwischen Einbindung oder Abgrenzung auf der einen und dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien auf der anderen Seite ist nicht

erkennbar, wie sich unter anderem am Vergleich Deutschlands mit Österreich zeigt. Die Ausgrenzung der AfD in Deutschland und die Einbindung der FPÖ in Österreich haben jedenfalls zum gleichen Ergebnis geführt: Beide Parteien sind radikaler und erfolgreicher denn je.

Mitte-rechts-Parteien sollten sich darauf konzentrieren, eigenständige Antworten auf die Fragen und Probleme zu erarbeiten, die ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler bewegen. Die griechische Nea Dimokratia und der spanische Partido Popular haben mit diesem Ansatz in jüngerer Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht.



Sebastian Enskat ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien.

CDU 26 Prozent, SPD 8 Prozent, Grüne 3 Prozent, FDP 2 Prozent, Linke 11 Prozent, BSW 5 Prozent, AfD 39 Prozent – wenn schon am nächsten Sonntag Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wäre, könnte so das Wahlergebnis aussehen.¹ Zumindest in Ostdeutschland ist damit das eingetreten, was in anderen Ländern Europas und der Welt schon länger gang und gäbe ist: Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien erzielen Rekordergebnisse und setzen die etablierte Konkurrenz im Parteiensystem immer stärker unter Druck.

Vor allem christdemokratischen und konservativen Parteien kommt angesichts dieser Herausforderung eine entscheidende Rolle zu. Sie sind es, die maßgeblich über den Umgang mit der Konkurrenz von Rechtsaußen entscheiden. Sie sind es, die richtungsweisende strategische Festlegungen treffen, die von konsequenter Ausgrenzung über Tolerierungsmodelle und den Versuch einer produktiven Auseinandersetzung bis hin zu Kooperation und sogar Einbindung in Regierungsverantwortung reichen. Es lohnt sich deshalb, bei der Analyse genauer hinzuschauen.

Rechts ist nicht gleich rechts

Ob bei den berühmt-berüchtigten „Omas gegen Rechts“ oder dem gern auch in der linken Mitte ausgerufenen „Kampf gegen Rechts“: Mit irritierender Beharrlichkeit werden Akteure aus dem christdemokratischen und konservativen Spektrum auch heute noch mit solchen aus dem rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum in einen Topf geworfen – zumindest rhetorisch. Dabei zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf die parteipolitische Wirklichkeit rechts der politischen Mitte, dass Differenzierung hier dringend geboten ist. Das gilt nicht nur für die in vielerlei Hinsicht maßgebliche Unterscheidung zwischen Parteien der rechten Mitte und Parteien

vom rechten Rand, sondern auch für jene Parteien, die gemeinhin als rechtspopulistisch, rechtsaußen, rechtsradikal oder rechtsextrem bezeichnet werden. In Europa betrifft das jene Parteien, die im Europäischen Parlament rechts von der Europäischen Volkspartei (EVP) Platz gefunden haben und in den Fraktionen der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), der Patrioten für Europa (PfE) und des Europa der Souveränen Nationen (ESN) organisiert sind.

Geflissentlich übersehen wird in diesem Zusammenhang, dass sich die genannten Fraktionen nicht nur voneinander unterscheiden, sondern es auch innerhalb der jeweiligen Fraktionen nennenswerte ideologische Differenzen gibt. Um sich der Einordnung einzelner Parteien im Spektrum von rechtskonservativ über rechtspopulistisch bis rechtsextrem politisch anzunähern, hilft die Orientierung an drei vom EVP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber in die Diskussion eingeführten Kriterien:²

1. *Die Haltung zur Europäischen Union:* Dies betrifft die Loyalität gegenüber den EU-Institutionen sowie die Positionierungen zur Aushöhlung oder Abschaffung derselben, Austrittsforderungen des eigenen Landes und den generellen kommunikativen Umgang mit der EU.
2. *Die Haltung zu Russland:* Dies betrifft vor allem die Unterstützung der Ukraine inklusive Waffenlieferungen, aber auch das Mittragen entsprechender Sanktionen gegen Russland als Aggressor des Krieges sowie ein klares Bekenntnis zur Verteidigung Europas gegen die hybride Kriegsführung Russlands.
3. *Die Haltung zum Rechtsstaat:* Dies betrifft ein mögliches Vorgehen gegen das Justiz- und

Mediensystem im eigenen Land im Falle einer Regierungsbeteiligung sowie die ernsthafte Implementierung von Rechtsstaatlichkeitsmechanismen und die Einhaltung von Rechtsnormen auf EU-Ebene.

Blickt man unter Berücksichtigung dieser drei Grundsatzfragen auf die EKR, wird schnell deutlich, dass von einer homogenen Gruppe keine Rede sein kann: So treten die Fratelli d'Italia und die Schwedendemokraten inzwischen deutlich weniger europakritisch und tendenziell stärker rechtsstaatlich orientiert auf, als das in der Vergangenheit der Fall war. Die polnische PiS wiederum verfolgt einen starken Pro-Ukraine-Kurs, betrieb allerdings in ihrer Regierungszeit eine systematische Aushöhlung des Rechtsstaates. Die tschechische ODS hingegen tritt zwar mitunter euroskeptisch, aber klar proukrainisch und

als Verteidigerin rechtsstaatlicher Prinzipien auf. Potenzielle Rechtsstaatsbeschneidungen werden genauso wenig aus dem Fratelli-geführten Italien und auch nicht aus Schweden, wo die Regierung von den Schwedendemokraten unterstützt wird, berichtet.

Manche Rechtsaußenparteien propagieren ein alternatives, autoritäreres Staatsmodell.

Von klarer Abgrenzung nach außen und innerer Homogenität kann auch bei den in der Tendenz noch weiter rechts verorteten Pfe keine Rede sein: Die AfD, ursprünglich Teil der Pfe, war vor allem für Marine Le Pen und deren



Weit rechts, aber anschlussfähig: Italiens Premierministerin Giorgia Meloni hat sich bislang als konstruktive Akteurin auf europäischer und internationaler Ebene präsentiert. Foto: © Frank Ossenbrink, Imago.

Rassemblement National zu radikal und musste die Fraktion deshalb verlassen. Als Teil der neu gegründeten Fraktion ESN positioniert sie sich jedoch bei den allermeisten Themen sehr ähnlich wie FPÖ und Fidesz, die beide weiterhin Teil der PöE sind. Die spanische VOX betont trotz EU-Skepsis und Migrationskritik die allgemeine Nützlichkeit der EU, unterstützt die Russland-Sanktionen und hat zumindest eine ambivalente Position zum Thema Rechtsstaatlichkeit.

Erste Untersuchungen über das Abstimmungsverhalten im 10. Europäischen Parlament bestätigen dementsprechend auch die These, dass die Kohärenz innerhalb der PöE, der EKR und der ESN deutlich geringer ausfällt als innerhalb der EVP. Von einer einheitlichen ideologischen Ausrichtung des rechtspopulistischen und mitunter rechtsextremen Flügels innerhalb des Europäischen Parlaments kann deshalb keine Rede sein.³

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal innerhalb des Lagers rechts der EVP ist der jeweilige Grad an Radikalisierung. Während sich einige Rechtsaußenparteien als Teil des demokratischen Systems begreifen und zur Kooperation mit Parteien der politischen Mitte bereit sind, positionieren sich andere bewusst als Anti-System-Parteien und propagieren ein alternatives, autoritäreres Staatsmodell. Die Bandbreite reicht hier von der vergleichsweise moderaten tschechischen ODS bis hin zu extremistischen griechischen Kleinstparteien oder der polnischen Konfederacja, die sich als Alternative zur PiS außerhalb des politischen Systems inszeniert.

Entscheidungen zum Umgang mit Parteien rechts der EVP hängen deshalb maßgeblich davon ab, ob es sich bei den fraglichen Parteien um radikale, autoritär-populistische Anti-System-Parteien am äußersten Ende des Rechtsaußen-Spektrums oder um zwar in Teilen populistische, aber ansonsten eher gemäßigte Parteien am anderen Ende dieses Spektrums handelt. Wer alle Parteien rechts der politischen Mitte über einen Kamm schert, verkennet jedenfalls die politischen Realitäten. Unterschiedliche ideologische Grundorientierungen,

Radikalisierungsgrade und eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Kooperationsbereitschaft gegenüber der politischen Mitte sollten der Ausgangspunkt strategischer Entscheidungen sein.

Das deutsch-österreichische Paradox

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten politischer Auseinandersetzung, dass selbst bei globalen Herausforderungen häufig so getan wird, als ließen sich Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge auf den nationalstaatlichen Kontext reduzieren. So konnte in der deutschen Debatte über Jahre behauptet werden, der Aufstieg der AfD sei vor allem die Konsequenz eines vermeintlich zu liberalen CDU-Kurses unter der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel, nur, um nach dem Machtwechsel hin zu Friedrich Merz dessen konservative Kursänderung und eine vermeintliche Annäherung an „AfD-Positionen“ für eben dasselbe Phänomen verantwortlich zu machen. Solche Schuldzuweisungen ignorieren unabsichtlich oder bewusst, dass der zunehmende Erfolg rechts- und in manchen Fällen auch linkspopulistischer Parteien und Bewegungen längst zu einem gesamteuropäischen, ja globalen Phänomen geworden ist und gerade Deutschland hier lediglich eine Entwicklung nachholt, die in vielen anderen Ländern inner- und außerhalb Europas längst schon weiter vorangeschritten ist.

Wie überschaubar der Erfolg nationaler Strategien beim Umgang mit Rechtsaußenparteien ist, zeigt auch ein Blick in einzelne europäische Länder. So unterschiedlich die Strategien beim Umgang mit diesen Parteien auch sind, so ähnlich sind die Ergebnisse. Nirgends wird das so deutlich wie beim Vergleich zwischen Deutschland und Österreich. Während die AfD und ihre Erfolge in Deutschland ein relativ neues Phänomen sind, wurde der moderne Rechtspopulismus in Österreich gewissermaßen erfunden und kann somit auf eine ungleich längere Erfolgsgeschichte zurückblicken. Schon Anfang der 2000er-Jahre sorgte die erste Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ vor allem auch in Deutschland für Aufregung und Österreich stand in Europa eine Zeit lang weitgehend isoliert da.

Heute, ein knappes Vierteljahrhundert später, ist der deutsche Blick auf die Entwicklungen in Österreich ein anderer. War das Zusammengehen einer Mitte-rechts-Partei mit einer rechts-populistischen Partei vor 25 Jahren noch die Ausnahme, so sind Koalitionen rechts der Mitte heute in vielen europäischen Ländern an der Tagesordnung. In Deutschland ist das nach wie vor anders. Während die metaphorischen Brandmauern fast überall in Europa schrittweise abgetragen wurden, wehren sich CDU und CSU bis heute erfolgreich dagegen, mit den Rechtspopulisten gemeinsame Sache zu machen – und sind dabei selbst zur Ausnahme in Europa geworden.

Der FPÖ ist es gelungen, sich als weitgehend „normaler“ Akteur im österreichischen Parteiengefüge zu etablieren.

Es wäre dabei ein Irrtum, zu glauben, die Unterschiede zwischen dem deutschen Umgang mit der AfD und dem österreichischen Umgang mit der FPÖ ließen sich in erster Linie auf Unterschiede zwischen den beiden Parteien selbst zurückführen. Dem ist nicht so. Eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien in Auftrag gegebene Studie zum Vergleich zwischen AfD und FPÖ kommt zu dem Ergebnis, dass die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien bei Weitem überwiegen. „Nicht gleich, aber sehr ähnlich“ lautet deshalb der selbsterklärende Titel der Studie.⁴

In allen innerparteilichen Konflikten der jüngeren Vergangenheit haben sich sowohl in der AfD als auch in der FPÖ die jeweils radikaleren Flügel durchgesetzt. Es handelt sich deshalb bei beiden um radikale, antieuropäische Rechtsaußenparteien mit einer Affinität zu autoritären Regierungen und personellen Verflechtungen mit dem rechtsextremen Milieu. Dort, wo Unterschiede bei Programmatik und Wählerstruktur zutage treten, fallen sie in der Regel gering aus und lassen sich wohl vor allem darauf zurückführen, dass es der FPÖ im Laufe der Jahrzehnte – anders

als der noch verhältnismäßig jungen AfD – gelungen ist, sich als weitgehend „normaler“ Akteur im österreichischen Parteiengefüge zu etablieren.

Hier liegt denn auch der tatsächlich gravierende Unterschied zwischen Österreichs FPÖ und Deutschlands AfD: im gesellschaftlichen Umgang mit der jeweiligen Partei. Während die AfD in Deutschland bis heute ein politisches Paria-Dasein fristet, ist die FPÖ in Österreich längst salonfähig geworden. Trotz wachsender Zustimmung an den Wahlen, vor allem im Osten Deutschlands, bleibt die AfD noch von jeder Regierungsbildung ausgeschlossen. Die FPÖ kann hingegen auf mittlerweile mehrere Jahrzehnte Beteiligung an Landes- und Bundesregierungen zurückblicken. An all das, was im deutschen Diskurs rund um die AfD nach wie vor für helle Aufregung sorgt, hat man sich in Österreich längst gewöhnt.

So unterschiedlich der österreichische Umgang mit der FPÖ im Vergleich zum deutschen Umgang mit der AfD ist, so ähnlich und damit ernüchternd ist paradoxerweise das Ergebnis. Die Entdämonisierung der FPÖ hat in Österreich jedenfalls langfristig genauso wenig zum gewünschten Ergebnis geführt wie die Ausgrenzung der AfD in Deutschland. Im Gegenteil, trotz diametral unterschiedlicher Strategien im Umgang mit der Rechtsaußen-Konkurrenz ist das Ergebnis in beiden Fällen praktisch dasselbe: AfD und FPÖ sind heute so radikal und so erfolgreich wie nie zuvor.

Wer seine Hoffnung stattdessen auf Mischformen wie punktuelle Kooperationen, die Tolerierung von Minderheitsregierungen oder die Einbindung unter strengen Bedingungen setzt, wird ebenfalls enttäuscht werden. Auch mit diesen Strategien ist es bisher nirgendwo in Europa gelungen, ein dauerhaft wirksames Rezept gegen den Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zu finden.

Was also tun?

Als wäre der Umstand, dass Parteien vom rechten Rand überall in Europa im Aufwind sind,



Augen geradeaus: Der spanische Partido Popular hat vorgemacht, wie eine Mitte-rechts-Partei selbstbewusst und ohne den ständigen Blick nach rechts inhaltliche Angebote zu den Themen unterbreiten kann, die potenzielle Wählerinnen und Wähler umtreiben. Im Bild: der Parteivorsitzende Alberto Núñez Feijóo. Foto: © Europa Press, Imago.

nicht schon genug Anlass zur Sorge, so spricht vieles dafür, dass sich dieser Trend auch nicht so leicht wird umkehren lassen. Das hat vor allem damit zu tun, dass Wählerinnen und Wähler von Parteien am rechten Rand in vielen Fällen keine Protestwähler (mehr) sind. Im Gegenteil: Im Vergleich zu den Parteien der politischen Mitte ist die Wechselbereitschaft etwa bei Wählerinnen und Wählern der AfD besonders niedrig ausgeprägt. Lediglich 30 Prozent geben in Umfragen an, sich vorstellen zu können, neben der AfD auch eine andere Partei zu wählen. Unter allen im Bundestag vertretenen Parteien verfügt die AfD damit über das größte Stammwählerpotenzial.⁵

Wie schwierig es werden könnte, dieses Potenzial für die politische Mitte zurückzugewinnen,

darauf deuten auch zwei soziologische Bestseller hin, die sich den tieferliegenden Ursachen für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen widmen. In „Zerstörungslust“⁶ analysieren Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey eine Entwicklung, die aus ihrer Sicht entscheidend für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen überall auf der Welt ist: Menschen, die demokratisch sozialisiert wurden, entwickeln demnach eine Lust am Zerstören liberaler und demokratischer Institutionen, wenn die Versprechen der liberalen Moderne – Aufstieg, Selbstbestimmung und Zukunftsperspektiven – nicht mehr eingelöst werden. Stattdessen dominieren Frustration, Angst vor Statusverlust und Nihilismus. Diese destruktive Haltung führt dazu, dass Teile der Bevölkerung Akteure

und Parteien unterstützen, die die bestehende demokratische Ordnung angreifen und unterminieren wollen.

Gemeinsam ist die politische Mitte noch immer fast überall in Europa deutlich stärker als die politischen Ränder.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch das Buch „Misstrauensgemeinschaften“⁷ von Aladin El-Mafalaani. Es zeigt, dass moderne Gesellschaften immer weniger durch gemeinsame Werte, sondern durch geteiltes Misstrauen zusammengehalten werden. Unterschiedliche Gruppen – etwa soziale Milieus, Generationen oder kulturelle Communities – entwickeln starke Binnenbindungen, definieren sich aber vor allem durch Abgrenzung und Verdacht gegenüber anderen sowie gegenüber staatlichen Institutionen. Das Misstrauen wird zum sozialen Kitt dieser Gemeinschaften, die sich immer weiter verfestigen und sich von dem Staat und der Mehrheitsgesellschaft immer weiter entfernen.

Die Lage ist also ernst. Ist sie deswegen auch hoffnungslos? Ganz sicher nicht. Gemeinsam ist die politische Mitte noch immer fast überall in Europa deutlich stärker – in Deutschland sogar fast doppelt so stark – als die politischen Ränder. Und auch wenn der heilige Gral für die erfolgreiche Bekämpfung rechtspopulistischer (und links-populistischer) Bewegungen bisher noch nicht gefunden wurde, lassen sich zumindest einige vielversprechende Lösungsansätze identifizieren.

Blickt man beispielsweise auf Griechenland und Spanien, zwei Länder in Europa, in denen es den Mitte-rechts-Parteien zuletzt vergleichsweise gut gelungen ist, bei Wahlen erfolgreich zu sein und die Konkurrenz vom rechten Rand deutlich hinter sich zu lassen, finden sich auffällige Gemeinsamkeiten: Sowohl die griechische Nea Dimokratia als auch der spanische Partido Popular sind bemüht, Politik selbstbewusst aus der Mitte heraus zu gestalten. Keine der beiden

Parteien käme auf die Idee, sich in erster Linie durch Abgrenzung oder Anlehnung gegenüber dem rechten Rand zu definieren. Bei beiden Parteien ist stattdessen das Bemühen zu erkennen, sich so wenig wie möglich mit der Rechtsaußenkonkurrenz zu beschäftigen und sich stattdessen auf die eigene programmatische Identität und die eigene Problemlösungskompetenz zu fokussieren. Das kann durchaus heißen, dass man die Populisten vom rechten Rand auch mal ganz bewusst links liegen lässt, ohne ihnen deshalb wichtige Themen wie den Umgang mit illegaler Migration zu überlassen.

Ein weiterer Lösungsansatz, der dringend ins Zentrum der politischen Debatte gehört, ist die Regulierung der sozialen Medien. Neben dem Buchdruck, der Einführung von Funk und Fernsehen und der Erfindung des World Wide Web gehört der Siegeszug der sozialen Medien zu den großen Umbrüchen, die nicht nur den Zugang zu Öffentlichkeit radikal erweitert und die Verbreitung von Wissen und Meinungen beschleunigt, sondern auch etablierte Macht- und Autoritätsstrukturen destabilisiert haben. Gerade in liberalen Demokratien, für die der öffentliche Diskurs das gesellschaftliche Nervensystem bildet, können solche Umbrüche nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Folgen bleiben. Regulierungsmaßnahmen wie der auf europäischer Ebene beschlossene Digital Services Act und die Beschränkung des Zugangs zu sozialen Medien für Kinder und Jugendliche sind deshalb Schritte in die richtige Richtung, reichen aber bei Weitem nicht aus.

Um zu erahnen, welche Konsequenzen die Diktatur der Algorithmen für den politischen Diskurs hat, lohnt der Blick in eine unlängst erschienene Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den Kräfteverhältnissen in den sozialen Medien.⁸ Diese Studie legt erhebliche Verzerrungseffekte offen, die im Ergebnis dazu führen, dass fast zwei Drittel aller politischen Inhalte, die gerade junge Leute in den sozialen Medien zu sehen bekommen, von den politischen Rändern stammen, fast 40 Prozent von der AfD. Es gehört zu den problematischen Aspekten der sozialen Medien, dass es von außen fast unmöglich ist, zu beurteilen, wie diese

Verzerrungseffekte genau zustande kommen – ein Grund mehr, im Hinblick auf die sozialen Medien für mehr Transparenz und Regulierung zu sorgen. Man könnte sonst fragen, warum in den sozialen Medien andere oder keine Regeln gelten sollten, während die Werbung für Parteien anderswo strengstens reguliert und beispielsweise im Fernsehen jede Sekunde gezählt wird, um Chancengleichheit zu gewährleisten.

Schließlich und letztlich bedarf es aber vor allem politischer Lösungen, die jene Herausforderungen adressieren, die den Populisten von rechts (und links) die Wählerinnen und Wähler zutreiben. Das fängt mit Lösungen für die im Zentrum vieler Diskussionen stehende Migrationsfrage an, hört da aber nicht auf. Es ist ein in diesem Zusammenhang leider immer wieder geäußelter Fehlschluss, zu behaupten, die Mitte-rechts-Parteien würden das Spiel der Rechtspopulisten betreiben, wenn sie „deren Themen“ übernehmen. Das Gegenteil ist der Fall: Überlassen die Parteien der Mitte den Rechtspopulisten bei jenen Themen das Feld, die die Bevölkerung umtreiben, trägt auch das maßgeblich zu jenen Ergebnissen bei, die wir überall in Europa und darüber hinaus beobachten.

Das heißt explizit nicht, dass sich die Mitte-rechts-Parteien an den Rechtspopulisten orientieren, deren Themensetzung und Sprache übernehmen sollten. Nur wenn es den Mitte-rechts-Parteien gelingt, die Sorgen und Nöte jener ernst zu nehmen, von denen sie gewählt werden wollen, ohne dabei die Unterschiede zu den Populisten von rechts zu verwässern, haben sie auch in Zukunft eine Chance, erfolgreich zu sein.

- 1 Zicht, Wilko / Cantow, Matthias: Umfragen Sachsen-Anhalt. Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ..., in: <https://ogy.de/15hd> [18.02.2026]. Die im Text zitierten Zahlen stammen aus einer Ende Januar durchgeführten Umfrage.
- 2 Wax, Eddy 2025: INTERVIEW: EPP chief Manfred Weber on defence, the Green Deal and his future ambitions, Euractiv, 28.06.2025, in: <https://ogy.de/wfdn> [21.01.2026]; Wetzel, Hubert 2023: Rechtsruck im Visier, Süddeutsche Zeitung, 28.06.2023, in: <https://ogy.de/cnoq> [21.01.2026]; während für die vorliegende politische Einordnung der europäischen Rechtsparteien die von Manfred Weber eingeführten Kriterien entscheidend sind, bleiben für die Extremismusforschung weitere Maßstäbe – wie die (Nicht-) Anerkennung der gleichen Menschenwürde jedes Einzelnen – von zentraler Bedeutung; Mannewitz, Tom: Menschenrechte, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <https://ogy.de/chul> [23.02.2026].
- 3 Cokelaere, Hanne / Griera, Max 2025: Does the EPP really vote with the far right? 5 things we learned from the data., POLITICO, 18.09.2025, in: <https://ogy.de/h2zl> [21.01.2026].
- 4 Miklin, Eric / Dolezal, Martin / Heinisch, Reinhard 2024: Nicht gleich, aber sehr ähnlich!, Konrad-Adenauer-Stiftung, 25.09.2024, in: <https://ogy.de/5358> [21.01.2026].
- 5 Pokorny, Sabine 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel, Konrad-Adenauer-Stiftung, 18.02.2024, in: <https://ogy.de/tzgx> [21.01.2026].
- 6 Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver 2025: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin.
- 7 El-Mafaalani, Aladin 2025: Misstrauensgemeinschaften. Zur Anziehungskraft von Populismus und Verschwörungsideologien, Köln.
- 8 Verwiebe, Roland et al. 2025: Digitalisiert, politisiert, polarisiert? Eine Analyse von Social-Media-Feeds junger Menschen zur Bundestagswahl 2025 auf TikTok, YouTube, Instagram und X, Bertelsmann Stiftung, 03.11.2025, in: <https://ogy.de/n2eq> [21.01.2026].

Vertrauenskrise und ratlose Mitte

Der zunehmende Erfolg der Rechtspopulisten legt in Rumänien demokratische Defizite bloß



Auf einen Blick

Rumänien erlebt eine tiefgreifende politische Verschiebung: Die etablierten Parteien PSD, PNL und USR verlieren massiv an Vertrauen, während die rechtspopulistische AUR zur dominanten Kraft aufsteigt. Ihr Erfolg basiert auf nationalistischen Narrativen, Anti-System-Rhetorik und einer geschickten Nutzung von Social Media, die traditionelle Wahlkampfmuster durchbricht.

Die Polarisierung ist stark soziologisch geprägt: Die AUR erzielt Höchstwerte in ländlichen Regionen und bei weniger gebildeten Wählern, während urbane und akademische Milieus eher die PNL und die USR unterstützen. Alters- und Geschlechterunterschiede verstärken die Fragmentierung, die PSD punktet vor allem bei älteren Wählern.

Ein wachsender Faktor ist die Diaspora, die sich zunehmend politisch mobilisiert und bei Wahlen stark auf populistische Kandidaten reagiert. Online-Kampagnen der AUR erreichen diese Zielgruppe besonders effektiv und unterstreichen die strategische Bedeutung digitaler Plattformen.

Die Mitte steht vor einer Vertrauenskrise. Um den Aufstieg radikaler Kräfte zu bremsen, bedarf es transparenter Regierungsführung, sichtbarer Reformen und einer Kommunikation, die Sicherheit, Würde und Zukunftsperspektiven vermittelt. Ohne glaubwürdige Antworten droht die Erosion der Demokratie.



Dr. Stefan Hofmann ist Leiter des Auslandsbüros Rumänien der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Mihai Marc ist Projektkoordinator im Auslandsbüro Rumänien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Europa lebt seit fast zwei Jahrzehnten im Krisenmodus: Finanzkrise, Pandemie, Krieg in der Nachbarschaft, Energie- und Inflationsschocks sowie Ängste vor Migration und technologischer Beschleunigung. Diese Dauerkrisen haben die politische Landschaft verändert: Die klassischen Mitte-Parteien verlieren an Boden, während populistische und radikale Kräfte wachsen. Rumänien folgt diesem Muster mit gewisser Verzögerung, aber ähnlicher Dynamik.

Rumäniens Sparkurs als Antwort auf die Finanzkrise 2008 beschädigte das Vertrauen vieler Menschen in die politischen Eliten, da sie die Lasten innerhalb der Gesellschaft nicht als gerecht verteilt empfanden. Nach 2020 verstärkten Pandemie, Inflation und der Krieg in der Ukraine die gesellschaftliche Erschöpfung sowie das ohnehin latente Misstrauen gegenüber dem „System“, einem diffusen Begriff, der undurchsichtige Machtnetzwerke bezeichnet, die eine gewaltenteilige, demokratische Ordnung unterminieren. Die Folge: Die Sozialdemokraten der PSD¹, die National-Liberalen der PNL (Mitglied der Europäischen Volkspartei) und die Reformer der USR verloren massiv an Glaubwürdigkeit, während die rechtspopulistische Alianța pentru Unirea Românilor (Allianz für die Vereinigung der Rumänen, AUR) und andere radikale Parteien stark zulegten. Bei den Parlamentswahlen am 1. Dezember 2024 wurde die AUR mit 91 von 464 Mandaten zur dominanten Kraft rechts außen. Heute, zu Beginn des Jahres 2026, regiert eine große Koalition der Mitte unter der Präsidentschaft von Nicușor Dan und PNL-Ministerpräsident Ilie Bolojan – theoretisch ein „erweitertes Zentrum“. Doch Umfragen sehen die AUR seit einiger Zeit mit rund 40 Prozent klar vorn. Dazu kommen weitere Kleinparteien rechts außen.

Wer sind die rechtspopulistischen Player in Rumänien und was ist ihre Strategie?

Die größte Partei mit einem rechtspopulistischen Profil ist die AUR. In den Umfragen des Jahres 2025 schwankte sie um einen Wert von rund 40 Prozent. Ihr Kandidat und Parteivorsitzender, George Simion, kam in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2025 auf 46,4 Prozent – nach knapp 41 Prozent in der ersten Runde. Mit 53,6 Prozent ging zwar Nicușor Dan – im ersten Wahlgang noch bei knapp 21 Prozent – als klarer Sieger hervor.² Doch dass AUR-Kandidat Simion im ersten Wahlgang deutlich führte, zeigt, wie fragil die Lage in Rumänien ist. Die Präsidentschaftswahlen mussten komplett wiederholt werden, nachdem das Verfassungsgericht – im Anschluss an den ersten Wahlgang im November 2024 – wegen Vorwürfen der Wahlmanipulation und Verzerrung der Chancengleichheit der Kandidaten, etwa durch soziale Netzwerke und nicht deklarierte Finanzierungsquellen, die Wahl annulliert hatte.

Die AUR präsentiert sich als Partei der Unzufriedenen und Benachteiligten, als Gegnerin der etablierten Parteien und als Verfechterin traditioneller Werte. Über sich selbst schreibt sie: „Die Partei ist neu, aber der Kampf ist alt! Am 1. Dezember 2019 wurde die Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR) gegründet. Wir schätzen Familie, Vaterland, Glauben und Freiheit. Sind Sie es leid, mitanzusehen, wie Rumäniens Ressourcen rücksichtslos geplündert werden? Sind Sie es leid, mitanzusehen, wie Rumänen gezwungen sind, im Ausland Arbeit zu suchen? Sind Sie es leid, mitanzusehen, wie alles, was wir an unserem Land und unserem Volk schätzen, mit Füßen getreten wird? Sind Sie es

leid, sich zwischen ‚schlecht‘ und ‚sehr schlecht‘ entscheiden zu müssen? Wir auch. Deshalb haben wir diese Partei ins Leben gerufen.“³

Die Politikwissenschaftler Sorina Soare und Claudiu Tufiş wiederum ordnen sie wie folgt ein: „[Das] Programm der AUR [vereint] zentrale Elemente von Nativismus, Autoritarismus und Populismus. Ohne die Legitimität der demokratischen Verfassungsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen, richtet die Partei ihre Kritik gegen einzelne Ausprägungen der liberalen Demokratie. Dabei definiert sie das ‚Volk‘ in populistisch-nativistischen Kategorien und weist fremde Personen und Kulturen als Bedrohung für die Homogenität einer als organisch verstandenen Gemeinschaft zurück.“⁴

Als parteiloser „Anti-System-Kandidat“ hatte sich auch der zuvor weitgehend unbekannte und zunächst als chancenlos erachtete Călin Georgescu bei den ursprünglichen Präsidentschaftswahlen 2024 präsentiert.⁵ Sein Wahlkampf bestand aus einem Cocktail antiwestlicher, prorussischer und an den Faschismus der rumänischen Legionärsbewegung⁶ angelehnter Narrative, präsentiert in spirituell-mystisch anmutenden Phrasen über die Besonderheit des Karpatenlandes Rumänien in der Welt.

Die AUR bespielt – mit anderer Tonalität – ähnliche Narrative. Ein Element ist die Betonung des Nationalen. Am jüngsten Nationalfeiertag, dem 1. Dezember 2025, ließ sich der Parteivor-sitzende George Simion bei einem Parteitag in der im Nordwesten Rumäniens gelegenen Stadt Alba Iulia im Amt bestätigen. In einem „Marsch der Einheit“ war er in die Stadt geist, in der sich am 1. Dezember 1918 Siebenbürgen mit Rumänien vereinigte – und so den modernen Staat Rumänien begründete: ein Symbol, mit dem sich Simion als Verfechter des „wahren Rumäniens“ präsentierte, was Călin Georgescu mit einem am selben Tag erfolgten Marsch in Alba Iulia wohl auch für sich in Anspruch nehmen wollte.

Der Rekurs Simions auf das Nationale steht zugleich nicht im Gegensatz zu Narrativen, die die kommunistische Vergangenheit verherrlichen.

Hierzu schreibt Stefan Baghiu: „[V]erlässt man die etablierten, bürgerlichen Milieus und kommt in Rumäniens Städten und Dörfern mit Menschen ab 45 Jahren ins Gespräch – darunter Fabrikarbeiter, ältere Frauen, die auf den Märkten verkaufen, Rentnerinnen und Rentner sowie Roma an den Rändern postindustrieller Städte –, stößt man auf dieselbe prägende soziale Realität: Für sie bedeutete die kommunistische Zeit ein deutlich besseres Leben als das heutige.“⁷

Viele Auslandsrumänen sind empfänglich für Botschaften, die ihre Wertigkeit und Besonderheit hervorheben.

Aufmerksamkeit verdient der Ansatz der AUR, alles „Rumänische“ auch jenseits der Landesgrenzen anzusprechen. So tritt die Partei für eine Vereinigung mit der Republik Moldau ein, in der ebenfalls Rumänisch gesprochen wird. Vor allem zielt die Partei dabei auf die Stimmen der vielen Auslandsrumänen ab, die, wie nicht nur der Stimmenerfolg von Călin Georgescu zeigt, in Teilen sehr empfänglich sind für Botschaften, die ihre Wertigkeit und Besonderheit als Rumänen hervorheben.

Die AUR ist nicht der einzige Player im populistischen Parteienfeld. Thematisch ähnlich gelagert, aber in ihrer Rolle deutlich kleiner als die AUR, agieren weitere Parteien, darunter die „S.O.S România“. Sie fiel unter anderem durch theatrale Selbstinszenierungen im Europäischen Parlament auf, dem sie seit 2024 angehört: Am 18. Juli 2024 wurde MdEP Diana Șoșoacă während einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments des Saales verwiesen, nachdem sie die Sitzung gestört hatte. Mit aufgesetztem Maulkorb hatte sie Sätze wie „Ihr habt Menschen getötet“ und „Ich wurde von Rumänen gewählt“ gerufen. Das rumänische Verfassungsgericht hatte die als rechtsextrem und russlandfreundlich verortete EU-Parlamentarierin im Oktober 2024 in einer umstrittenen Entscheidung von der Präsidentschaftswahl Ende November 2024

ausgeschlossen. Aufgrund ihrer öffentlichen Aussagen, so das Gericht, sei Șoșoacă nicht in der Lage, den Amtseid zum Respekt der Verfassung und zum Schutz der Demokratie zu erfüllen.⁸

Soziologische Landkarte der Parteipräferenzen

Meinungsumfragen zeigen, dass die Zustimmungswerte für die rechtspopulistische AUR – wie auch für andere Parteien – je nach soziologischer Verortung deutlich variieren, wie Abbildung 1 verdeutlicht. Eine Wahlumfrage, die das rumänische Forschungsinstitut INSCOP Ende Oktober/Anfang November 2025 durchgeführt hat, ergibt beispielsweise über alle Befragten verteilt folgendes Ranking bei den größten Parteien Rumäniens: AUR 38 Prozent, PSD 19,5 Prozent, PNL 14,6 Prozent und USR 12,3 Prozent.

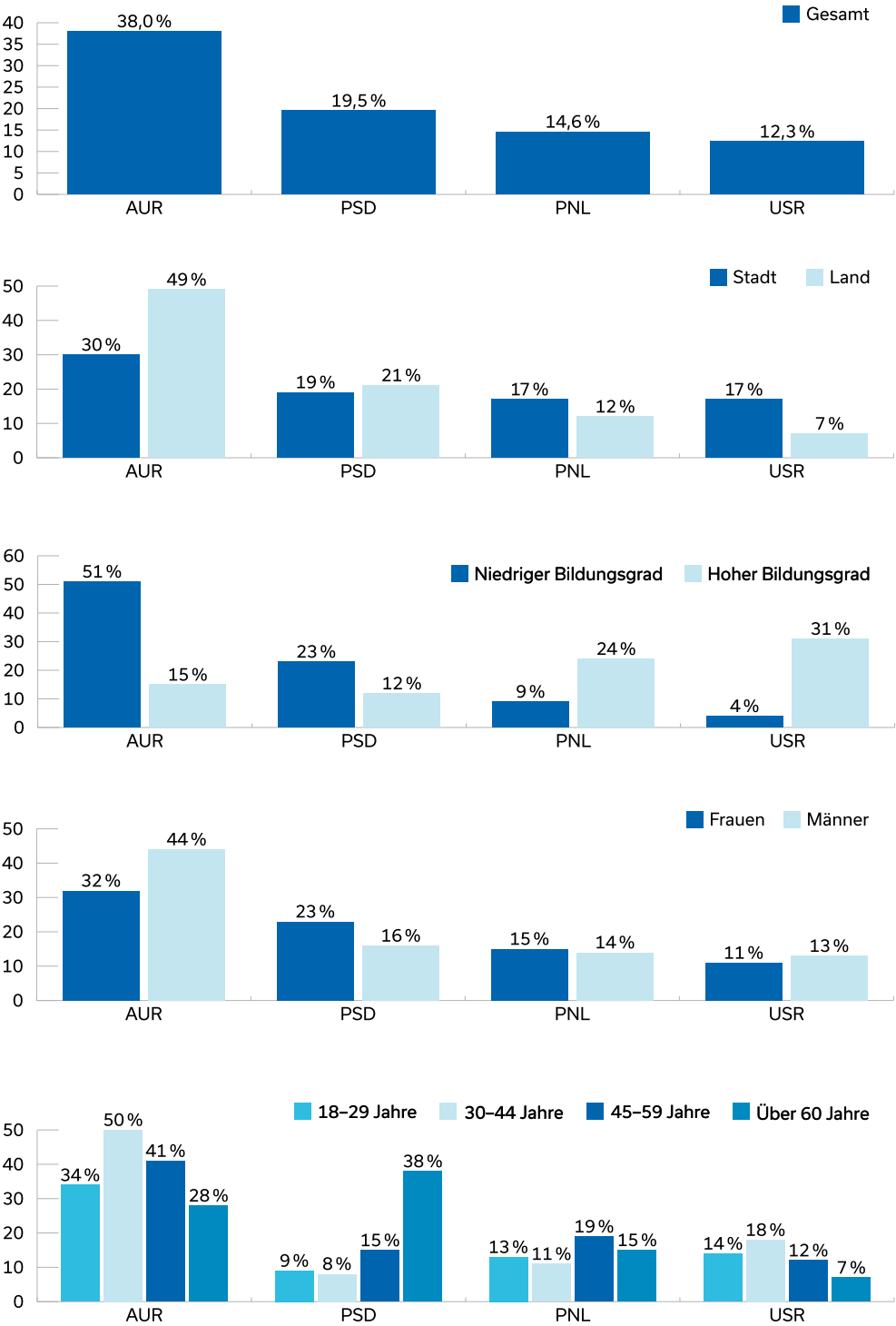
Im ländlichen Raum dominiert die AUR allerdings mit 49 Prozent, während sie im urbanen Raum auf 30 Prozent kommt.⁹ Je geringer der

Bildungsgrad, desto größer ist die Neigung zur AUR und zur sozialdemokratischen PSD. Mit steigender Bildung gewinnen die nationalliberale PNL und die reformistische USR an Stimmen.¹⁰ Die markigen Töne der AUR verfangen am stärksten bei Männern. Die PSD wird dagegen überdurchschnittlich oft von Frauen gewählt.¹¹ Auch die Differenzierung nach Alter ist deutlich: Junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren stehen der AUR vergleichsweise skeptisch gegenüber; „nur“ 34 Prozent würden sie wählen. Die PSD kommt auf gerade einmal neun Prozent. Die AUR führt in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen mit 50 Prozent. Die PSD schafft auch bei dieser Kohorte acht Prozent und liegt damit mehr als zehn Punkte unter ihrem Gesamtwert – ein deutliches Zeichen, dass die AUR dort massiv an der PSD-Wählerschaft nagt. Die Wählerschaft zwischen 45 und 59 Jahren liegt einigermaßen im Schnitt. Bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 liegt die PSD mit 38 Prozent weit vorn; die AUR kommt nur auf 28 Prozent. Klassische, konservative Wähler bleiben bei der vertrauten



Nochmal gutgegangen: Bei der Stichwahl um das rumänische Präsidentenamt setzte sich im Mai 2025 der moderate Bukarester Bürgermeister Nicușor Dan (links) gegen den Rechtspopulisten George Simion (rechts) durch, der im ersten Wahlgang noch vorn gelegen hatte. Foto: © Alex Nicodim, Imago.

Abb. 1: Parteipräferenzen in Rumänien, Herbst 2025



Quelle: eigene Darstellung nach INSCOP Research 2025, N. 9-12.

Anm.: Dargestellt sind alle Parteien, die in der Gesamtbetrachtung auf mindestens 10 Prozent kommen.

Position. Die PSD hat damit zugleich ein demografisches Perspektivproblem.¹²

Es empfiehlt sich für die demokratischen Parteien, insbesondere in Online-Kampagnen, die Diaspora im Blick zu behalten.

Die Diaspora als aufkommende demokratische Herausforderung

Die rumänische Diaspora ist eine Herausforderung eigener Art. Bei den anschließend annullierten Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 wurden 821.135 Wähler aus dem Ausland erfasst.¹³ Sie wählten mehrheitlich den Rechtsaußenpolitiker Călin Georgescu. Ein halbes Jahr später war das Interesse am Ausgang der Wahlen in Rumänien deutlich gestiegen. Vor allem der zweite Wahlgang, die Stichwahl zwischen dem zunächst mit 41 Prozent führenden George Simion und dem heute amtierenden Nicușor Dan (zunächst 21 Prozent), mobilisierte die Diaspora: Fast doppelt so viele Wähler gingen an die Urnen.¹⁴ Rumänen in Ungarn, Moldau und weiteren Ländern Mittelosteuropas wählten ebenso wie in Dänemark, Portugal und den Niederlanden mitunter stark mehrheitlich Dan. An Simion ging die Runde in den meisten Ländern des „alten Europas“ sowie in Norwegen.¹⁵ In Deutschland sprachen sich die rund 278.000 Wähler mit rumänischem Pass zu 68 Prozent für Simion aus, noch ausgeprägter als in Großbritannien, wo eine etwas geringere Zahl an Rumänen wählte. In der Reihe der stark zu Simion neigenden Diaspora-Länder steht auch Spanien, wenngleich mit geringerer Gesamtzahl.

Der starke Ausschlag der Diaspora für Georgescu 2024 scheint der Beginn einer politischen „Erweckung“ vor allem der europäischen Auslandsrumänen zu sein. Von den rund 11,64 Millionen Wählerinnen und Wählern votierten 2025 mit rund 1,64 Millionen Stimmen etwa 14,3 Prozent

der Rumänen aus dem Ausland.¹⁶ Daher empfiehlt es sich für die demokratischen Parteien, insbesondere in Online-Kampagnen, die Diaspora im Blick zu behalten. Rumänische Regierungsdelegationen nehmen mittlerweile regelmäßig Termine mit deren Vertretern wahr. Zu analysieren ist auch, welche Narrative in welchen Ländern auf fruchtbaren oder weniger fruchtbaren Boden fallen.¹⁷ Und zu prüfen ist schließlich, ob in den aufnehmenden Ländern eventuell Stereotype gegenüber Rumänen einen Einfluss auf deren (Protest-)Wahlverhalten haben. An dieser Stelle hat die AUR ihr Potenzial erkannt und spielt es geschickt aus. Der Einsatz von Social Media überschreitet geografische Grenzen und erfolgt frei von den physischen Limits analoger Wahlkämpfe.

Das Journal of Contemporary Central and Eastern Europe veröffentlichte im April 2025 eine Analyse des Online-Wahlkampfes der rechtspopulistischen Kandidaten und Parteien.¹⁸ Dabei zeichnen die Autoren die effektvolle Verquickung von viralen Kampagnen, Mitgliederwerbung und Kampagnenfinanzierung durch Monetarisierung des Online-Erfolgs nach: „Politik wird zum Social-Media-Spektakel“, so die Autoren. „Und die traditionellen Parteien? Sie wirken verloren, unfähig, sich an eine Welt anzupassen, in der die Spielregeln in Echtzeit neu definiert werden.“¹⁹

Politisches Umfeld und die Strategien traditioneller Parteien

Der Protest, den die AUR und zum Beispiel die S.O.S. România aufgreifen, kommt nicht von ungefähr. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Corona-Pandemie, extreme Einkommensunterschiede, ein tief verwurzeltes, latentes Gefühl von mangelnder Gerechtigkeit, ein niedriger Bildungsgrad und Lebensstandard vor allem in ländlichen Regionen, eine insgesamt – trotz erfolgreicher digitaler Projekte – unterdurchschnittliche digitale Kompetenz, dazu die im Hintergrund lauernde Sorge vor einem Übergreifen des russischen Kriegs gegen die Ukraine – stetig genährt durch in den eigenen Luftraum eindringende Drohnen – bilden einen Teil des Nährbodens für Verunsicherung und Unzufriedenheit.

Die AUR nutzt zugleich eine weitere Verwundbarkeit in der rumänischen Gesellschaft: Die Securitate setzte wie alle Geheimdienste von totalitären Systemen und Autokratien auf Kontrolle durch das systematische Säen von Misstrauen. Narben haben nicht nur die Toten, Gefangenen und Gefolterten sowie ihre Familien davongetragen. Bespitzelung und Verrat drangen tief in intimste Familienbereiche ein.²⁰ Diese jahrzehntelange Erfahrung fand nicht – wie etwa im Osten Deutschlands nach dem Fall der Mauer – ein abruptes und definitives Ende. Bis in die Gegenwart hinein gibt es glaubwürdige Berichte, dass staatlich gedeckte Organisationen in Privaträume eindringen, um kleine Zeichen von „Wir waren da!“ zu hinterlassen: ein Stuhl auf einem Tisch, der vorher danebenstand; ein Objekt in einem privaten Auto, das definitiv nicht von dessen Besitzer stammt.

Die Demokratie kam in Rumänien nach 1989 nur langsam in Schwung.

Zugleich steht das Vertrauen in die demokratischen Institutionen des Landes massiv unter Druck – unabhängig vom Bildungsgrad. Die Demokratie kam nach 1989 nur langsam in Schwung. So wurde der Nationale Rat für das Studium der Archive der Securitate (rumänisch: Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității, CNSAS), das rumänische Pendant zur Gauck-Behörde, erst vor rund 25 Jahren ins Leben gerufen – mehr als zehn Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur. Die alten Eliten aus dem Repressionsorgan Securitate – in der Rolle vergleichbar mit der DDR-Staatssicherheit –, mit dem Diktator Nicolae Ceaușescu bis zur Revolution 1989 in brutalster Form seine Macht abgesichert hatte, hatten also mehr als zehn Jahre Zeit, ihre Dossiers unter Verschluss zu halten. Bis heute fordert der CNSAS die Übergabe aller Akten ein, die noch immer nicht vollständig erfolgt ist. Zumindest die institutionellen Anfänge Rumäniens nach 1989 ließen sich daher als „dosierte Demokratie“ charakterisieren.

Der aktuelle Konflikt über Pensionen und massive Dysfunktionalitäten sowie Korruption im Justizsystem wird verstärkt durch die Blockade der Regierungsfähigkeit durch einen Teil der Koalitionäre und durch die Konkurrenzsituation zwischen Präsident und Ministerpräsident, die im Volksmund als „Krieg der Paläste“ bezeichnet wird.

Unter dem am 7. November 2025 als Parteivorsitzender bestätigten Sorin Grindeanu hat sich die PSD offenbar dazu entschieden, die AUR in ihrer Kritik an der Regierung und den „Systemparteien“ nachahmen zu wollen: Grindeanu ließ immer wieder öffentlich mit dem Bruch der aktuellen, gemäßigten Koalition, der die PSD angehört. Das Motiv ist klar: Es sind vor allem die PSD-Wähler, die der eigenen Partei von den Fahnen gehen und sich bei der AUR einreihen. Auch die von der AUR unterstützte „unabhängige“ Kandidatin für das Bukarester Oberbürgermeisteramt, die Talkshow-Moderatorin Anca Alexandrescu, die für das Wahlbündnis „Gerechtigkeit für Bukarest“ antrat, hat eine lange Vorgeschichte ihres Wirkens für die PSD auf unterschiedlichsten Ebenen. Die AUR ist die direkteste Bedrohung für die PSD, demnächst vielleicht sogar die neue PSD. Es wirkt nicht, als hätten die Sozialdemokraten eine wirksame, selbst definierte Strategie, dieser Herausforderung Herr zu werden. Indes hat die AUR klargemacht, dass sie für eine Koalition mit der PSD nicht zur Verfügung steht.

Die von Staatspräsident Nicușor Dan einst mitbegründete USR trat an, um die größten Übel in der staatlichen Organisation Rumäniens zu bekämpfen: Korruption, Überbürokratisierung und staatliche Gängelung, die zugleich mit den alten Netzwerken von PSD und PNL in Verbindung gebracht werden. Auf europäischer Ebene ist sie Teil der Fraktion Renew Europe. Die USR hat sich vor allem beim gut gebildeten Bürgertum der Städte etabliert, erreicht aber weder durch ihre sachlichen Narrative noch durch ihr sonstiges Auftreten größere Wählerschichten. Die USR steht aktuell und je nach Umfrage bei gut zehn Prozent – mit eher ab- als zunehmender Tendenz. Sie ist Teil der Regierungskoalition. Bitter war für die Partei „ohne Straftäter“ (so



Mehr entschlossener Manager als empathischer Kommunikator: Premierminister Ilie Bolojan im September 2025. Foto: © Lucian Alecu, Imago.

der eigene Anspruch), dass der von ihr gestellte rumänische Verteidigungsminister Ionuț Moșteanu Ende November 2025 zurücktreten musste, nachdem er in seinem Lebenslauf falsche Angaben zu seinem Universitätsabschluss gemacht hatte. Diese Mischung aus technokratischem Ansatz und Verlust von persönlichem Vertrauen macht der Partei sehr zu schaffen.

Unter ihrem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Ilie Bolojan präsentiert sich die PNL derzeit als „Aufräum-Partei“. Um das Haushaltsdefizit zu kontrollieren, bürdet sie der Bevölkerung Einschnitte auf: Geringere Gehälter drohen den öffentlichen Bediensteten, die Mehrwertsteuer wurde zum 1. August 2025 von 19 auf 21 Prozent erhöht.²¹ Eigentumssteuer und Kfz-Steuer sind seit Januar 2026 um bis zu 70 Prozent gestiegen. Die Deckelung der Strompreise entfiel

Mitte 2025, die der Gaspreise soll Ende März 2026 enden – und damit den Staatshaushalt um mehrere Milliarden Lei entlasten. Der aktuelle Streit um die Pensionen für Justizangehörige hat weniger ökonomische Bedeutung als vielmehr Symbolkraft: Nicht nur die schwächeren Einkommensgruppen sollen beim Sparen helfen. Was fehlt, sind ein Narrativ des Zusammenhaltens und ein positives Zukunftsversprechen. Ilie Bolojan wirkt eher als entschlossunkräftiger Manager, viel weniger als empathischer Kommunikator.

Für eine bessere „Verpackung“ der Regierungspolitik sorgt auch Staatspräsident Dan nicht, dessen persönliche Glaubwürdigkeit darunter leidet, dass er immer wieder Kompromisse mit den einander widerstrebenden Koalitionspartnern aushandeln muss.²² Ohne eine entschlossunkräftige

und geschlossene Regierung bleiben der AUR viele Ansatzpunkte, das Unbehagen der Menschen im eigenen Sinne politisch auszunutzen.

Erfolge der Populisten speisen sich aus realen Erfahrungen.

Ausblick und Handlungsbedarf

Die politische Mitte in Rumänien steht unter Druck – und mit ihr die verwundbar wirkende Demokratie. Die Kernfrage lautet nicht mehr, ob sie an Zustimmung verliert, sondern, ob sie diese überhaupt zurückgewinnen kann. Ein Blick auf andere europäische Länder (etwa die Niederlande) zeigt: Die Mitte kann sich regenerieren, wenn sichtbar wird, dass es ihr nicht um den bloßen Machterhalt geht. Hier einige Bedingungen:

Erstens: Regierungsqualität entscheidet über Glaubwürdigkeit. Dazu gehören Transparenz, Verlässlichkeit und sichtbare Ergebnisse – spürbare Fortschritte bei Infrastrukturprojekten, Investitionen in den Energiesektor, ernsthafte Bildungsreformen, keine Haushaltsverschwendungen. Ein gut aufgestellter und klar kommunizierter Entwicklungsplan bis zum Wahljahr 2028 könnte Vertrauen schaffen, wenn Prioritäten gebündelt sowie Ziele realistisch und überprüfbar gesetzt und formuliert werden.

Zweitens sollte die Mitte Ängste und Emotionen der Menschen ernst nehmen und aktiv ansprechen. Populistische Erfolge lassen sich nicht allein mit Desinformation oder Manipulation erklären. Sie speisen sich aus realen Erfahrungen: materieller Unsicherheit, sozialer Ungleichheit, Abwanderung, Identitätsfragen und dem Gefühl, politisch nicht gehört zu werden. Die politische Mitte hingegen kommuniziert mitunter in technokratischen Floskeln und wenig empathisch – über Resilienzfonds, Anzahl von neuen Autobahnkilometern, Prozente des Haushaltsdefizits oder Steuersätze. Diese Themen sind wichtig, aber sie berühren den Alltag der Menschen nur indirekt. Wer Vertrauen zurückgewinnen

will, muss über Würde, Sicherheit und Zukunft sprechen: sichere Jobs, bezahlbare Energie, funktionierende Schulen und die Perspektive, dass Anstrengung sich lohnt. Politik ist nicht nur Verwaltung, sondern auch Sinnstiftung, das Vermitteln eines Wir-Gefühls und die gemeinsame Arbeit für ein „besseres Rumänien“.

Letztlich braucht das Land Erneuerung statt Kartellpolitik. Große Koalitionen können Stabilität garantieren, tragen jedoch ein inhärentes Risiko: Wirken sie wie ein Machtpakt etablierter Parteien – das war Rumäniens Erfahrung der vergangenen Jahre –, nähren sie genau jene Anti-Establishment-Erzählungen, von denen radikale Kräfte profitieren. In Rumänien ist dieses Risiko besonders ausgeprägt, denn die aktuelle Koalition – wie auch separat die einzelnen Mitgliedsparteien – hat bislang kaum neue Gesichter, unabhängige Fachleute oder Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Diaspora sichtbar eingebunden. Sie bestätigt damit das Narrativ eines geschlossenen politischen Systems, das sich selbst verwaltet. Für Parteien wie die AUR, die sich als Sprachrohr der „Ausgeschlossenen“ inszenieren, ist das ein strategisches Geschenk.

Rumänien steht damit an einer Wegscheide. Die große Koalition kann sich entweder als „Verein der alten Parteien“ verfestigen und damit den weiteren Aufstieg der AUR und anderer Protestkräfte beschleunigen oder die aktuelle Machtposition für einen glaubwürdigen Neustart nutzen. Die demokratischen Parteien müssen sich dafür personell erneuern und innerparteiliche Demokratie leben, statt aus informellen Machtgefügen zu bestehen. Repräsentanten der Regierung sollten Emotionen adressieren und empathisch kommunizieren, also Sorgen, Nöte und Defizite benennen und eine glaubwürdige Perspektive für Sicherheit, Respekt und nationale Würde in eine sowohl patriotische als auch proeuropäische Erzählung einbetten, die nicht bei „Brüssel“ endet, sondern zeigt: Rumänien transformiert sich und gestaltet Europa mit.

Der Druck in Rumänien wird darüber hinaus durch die kunstvoll genutzten manipulativen Mechanismen der großen Online-Kommunika-

tionsplattformen angefacht. Als strategisch herausragend wichtiges Land an der NATO-Ostflanke mit langer Grenze zur Ukraine und Zugang zum Schwarzen Meer steht Rumänien ganz besonders im Blick der Gegner der europäischen Freiheit.

Das Land benötigt neben innenpolitischen Antworten auch eine gesellschaftliche Debatte über die Auswirkungen des Securitate-Terrors auf die Grundhaltung von Menschen und das alle Gesellschaftsbereiche durchdringende Misstrauen. Essenziell wird dadurch das Herstellen oder Verbessern der Transparenz staatlichen Handelns. Hier sollten alle demokratischen Parteien auch für sie selbst unbequeme Prozesse einleiten – einfordern müssen dies die Presse und die Zivilgesellschaft. In der Bundesrepublik war es das Bundesverfassungsgericht, das den Parteien regelmäßig die Leviten las und Deutschland zu einem der transparentesten Länder in der Parteienfinanzierung gemacht hat. Die Justizorgane Rumäniens sind derzeit allerdings ebenfalls in einer tiefen Krise und können diesen Impuls nicht geben.

Kurzum: Rumänien befindet sich in einer mehrfachen Vertrauenskrise. Misstrauen jedoch ist der unsichtbare Feind von Freiheit und Demokratie. Wahlen sind das Gewähren von Vertrauen auf Zeit. Die institutionalisierte Kontrolle durch Gewaltenteilung schafft gezielt Spannungsfelder, die nicht zuletzt durch die Transparenz der Prozesse aufgelöst werden – und damit Vertrauen in diese Institutionen schaffen. Ohne Vertrauen hat Demokratie keine Chance.

- 1 PSD: Partidul Social Democrat, in Europa Teil der sozialistischen Parteienfamilie; PNL: Partidul Național Liberal, Teil der EVP; USR: Uniunea Salvați România, Union rettet Rumänien, Teil von Renew Europe; AUR: Alianța pentru Unirea Românilor, Allianz für die Vereinigung der Rumänen, Teil der Europäischen Konservativen und Reformer.
- 2 Statista Research Department 2025: Rumänien: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Rumänien (04. Mai und 18. Mai) 2025, 01.12.2025, in: <https://ogy.de/85d0> [28.12.2025].

- 3 Alianța pentru Unirea Românilor: Partidul e nou, dar lupta e veche, in: <https://ogy.de/7jw6> [21.12.2025].
- 4 Soare, Sorina/Tușiș, Claudiu D. 2023: Saved by the diaspora? The case of the Alliance for the Union of Romanians, *European Political Science* 22: 1, S. 101–118, in: <https://ogy.de/q56g> [23.12.2025].
- 5 Plate, Katja Christina 2024: Präsidentenwahlen annulliert nach hybriden Angriffen, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 11.12.2024, in: <https://ogy.de/5u2i> [07.01.2026].
- 6 Die Legionärsbewegung (auch „Eiserne Garde“) war eine ultranationalistische, faschistische und stark antisemitische Organisation, die in Rumänien zwischen den 1920er- und frühen 1940er-Jahren aktiv war. Sie kombinierte orthodoxen Mystizismus mit paramilitärischer Gewalt und spielte zeitweise eine bedeutende politische Rolle.
- 7 Baghiu, Stefan 2025: Loony platform politics: the Romanian far-right performance and the digital dystopia of 2024, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 33: 1, 03.04.2025, S. 235–249, hier: S. 238, in: <https://ogy.de/it6o> [07.01.2026].
- 8 Die Presse 2024: Rumänisches Verfassungsgericht schließt Rechtsextremisten von Präsidentschaftswahl aus, 08.10.2024, in: <https://ogy.de/yblw> [23.12.2025].
- 9 INSCOP Research 2025: Cum votează românii în funcție de mediul de rezidență, 13.11.2025, in: <https://ogy.de/lz33> [23.12.2025].
- 10 INSCOP Research 2025: Cum votează românii în funcție de educație, 12.11.2025, in: <https://ogy.de/hmjd> [11.02.2026].
- 11 INSCOP Research 2025: Cum votează românii în funcție de gen, 11.11.2025, in: <https://ogy.de/fz4x> [23.12.2025].
- 12 INSCOP Research 2025: Cum votează românii în funcție de vârstă, 10.11.2025, in: <https://ogy.de/ivq7> [23.12.2025].
- 13 Code for Romania 2024: Alegeri prezidențiale 2024, 26.11.2024, in: <https://ogy.de/ivee> [05.02.2026].
- 14 Chas Pravydy 2025: Der Anstieg der Beteiligung der rumänischen Diaspora in die zweite Wahlrunde des Präsidenten: Die Wahlbeteiligung ist fast doppelt so hoch wie in der ersten Runde, 17.05.2025, in: <https://ogy.de/2sjp> [23.12.2025].
- 15 Prezență vot 2025: Alegeri prezidențiale – Tur 2. Hartă străinătate, 18.05.2025, in: <https://ogy.de/rjr8> [23.12.2025].
- 16 Code for Romania 2025: Alegeri prezidențiale 2025, 22.05.2025, in: <https://ogy.de/tos0> [05.02.2026].
- 17 Mateescu, Barbu 2026: Die ignorierte Diaspora, Konrad-Adenauer-Stiftung, 26.01.2026, in: <https://ogy.de/33j2> [11.03.2026].
- 18 Baghiu 2025, N. 7, S. 235 ff.
- 19 Ebd., S. 236.
- 20 Mix, Pia 2024: Wie rumäniendeutsche Schriftsteller und Wissenschaftler von der Securitate bespitzelt wurden, *Siebenbürgische Zeitung*, 18.05.2024, in: <https://ogy.de/mfgy> [11.02.2026].
- 21 EY 2025: Romanian tax changes introduced by new fiscal and budgetary measures, 30.07.2025, in: <https://ogy.de/dmyn> [05.02.2026].
- 22 Obwohl der Staatspräsident verfassungsrechtlich vorrangig für die Außenpolitik sowie die Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte zuständig ist und zudem parteipolitische Neutralität wahren muss, verbindet die Bevölkerung mit seinem direkt legitimierten Mandat die Erwartung einer aktiven, sichtbar gestaltenden Führung. Als unmittelbar gewähltes Staatsoberhaupt wird er nicht nur als Hüter institutioneller Balance wahrgenommen, sondern auch als operativer Akteur, der sich in zentrale politische Prozesse einbringt und Verantwortung jenseits der protokollarischen Funktionen übernimmt.

Polarisierung, Populismus, Pragmatismus

Lateinamerikas Parteienlandschaft rückt nach rechts



Foto: © Anadolu Agency, Imago.

Auf einen Blick

Lateinamerika erlebt eine deutliche politische Verschiebung nach rechts. Nach der Abwahl mehrerer linker Regierungen dominieren seit 2025 konservative und rechtspopulistische Kräfte die Region. Diese Entwicklung folgt auf die „rosa Welle“ der 2000er-Jahre und wird durch eine wachsende Unzufriedenheit mit linken Amtsinhabern sowie eine neue US-Politik begünstigt.

Von 15 hier untersuchten Demokratien wechselten seit 2022 neun ihre Ausrichtung, meist von links nach rechts. Figuren wie Javier Milei in Argentinien oder Nayib Bukele in El Salvador prägen den neuen Zeitgeist mit populistischen Strategien, während gemäßigte Konservative wie Luis Abinader in der Dominikanischen Republik auf Stabilität und Pragmatismus setzen.

Gemeinsam sind den neuen Regierungen der Fokus auf Sicherheit und wirtschaftliche Reformen sowie die Ablehnung linker Netzwerke. Polarisierung und Personalisierung der Politik nehmen zu, während traditionelle Mitte-Parteien an Einfluss verlieren und vor strategischen Dilemmata stehen.

Junge Wähler und soziale Medien treiben den Rechtsruck zusätzlich an. Ob diese Wende nachhaltige Verbesserungen bringt oder nur eine weitere Pendelbewegung bleibt, hängt von der Regierungsfähigkeit der neuen rechten Amtsinhaber und der Wahrung demokratischer Prinzipien ab.



Henning Suhr ist Leiter des Regionalprogramms
Parteialog und Demokratie in Lateinamerika der
Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Montevideo.

Am 3. Januar 2026 beendete die US-Regierung mit einem Militärschlag die Herrschaft des Diktators Nicolás Maduro in Venezuela. Der Schlag bedeutete den symbolischen Anfang vom Ende des jahrzehntelangen, von der internationalen Linken unterstützten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, auch wenn die Diktatur – nun ohne Maduro – in ihren Grundzügen nach wie vor Bestand hat.

Allerdings zeichnet sich in Lateinamerika bereits seit Längerem ein Ende der Dominanz linksgerichteter Regierungen ab, was durch die neue Lateinamerika-Politik der Trump-Regierung zusätzlich an Fahrt gewinnt. In zahlreichen Ländern lösen rechtspopulistische, libertäre oder konservative Kandidaten beziehungsweise Mitte-rechts-Kandidaten die zuvor regierenden linken Präsidenten ab oder erreichen eine Wiederwahl. Diese Entwicklung folgt auf die sogenannte „rosa Welle“ der 2000er- und 2010er-Jahre, in der gemäßigt linke und linkspopulistische Regierungen sowie Linksdiktaturen tonangebend waren und den Kontinent nachhaltig prägten. Zwar existieren ihre Netzwerke nach wie vor und stellen mit Mexiko und Brasilien die Regierungen in den mit Abstand wichtigsten Ländern Lateinamerikas, jedoch betreten zunehmend neue Führungsfiguren mit unterschiedlicher ideologischer Herkunft die politische Bühne, die nicht nur den Nerv vieler – vor allem junger – Wähler treffen, sondern auch traditionelle politische Eliten alt aussehen lassen.

Von der Abwahl linker Regierungen profitieren folglich nicht zwingend die gemäßigten Parteien aus dem bürgerlichen Lager. Diese ringen eher mit der Frage, wie man sich zwischen den altingesessenen sozialistischen Gegnern und der neuen politischen Konkurrenz von rechts positionieren sollte, ohne das eigene Profil zu verlieren.

Wahlergebnisse seit 2022: Lateinamerika wählt neuerdings rechts

Von 15 betrachteten lateinamerikanischen Demokratien haben seit 2022 neun Länder ihre politische Ausrichtung gewechselt – in sechs Fällen von links nach rechts (Argentinien, Bolivien, Chile, Costa Rica, Honduras, Panama) und in drei Fällen von rechts nach links (Brasilien, Kolumbien, Uruguay). Allerdings waren die Wahlen in diesen drei Ländern hart umkämpft. In den Fällen von Brasilien und Kolumbien kann man momentan gar eine strukturelle Wählermehrheit rechts der Mitte annehmen. Die übrigen Länder verzeichneten keinen Richtungswechsel: Mexiko und die Dominikanische Republik hielten an einer linken beziehungsweise einer moderat rechten Regierung fest; in Paraguay setzte sich die jahrzehntelange Herrschaft der konservativen Colorado-Partei fort; in Ecuador erhielt der wirtschaftsfreundliche Daniel Noboa mit seiner jungen Partei Acción Democrática Nacional (ADN) ein klares Votum für eine weitere Amtszeit; El Salvador bestätigte seinen autoritären Amtsinhaber Nayib Bukele. Insgesamt dominieren seit 2025 zahlenmäßig erstmals seit langer Zeit wieder konservative beziehungsweise rechte Kräfte die politische Spitze in Lateinamerika.

Laut den chilenischen Demoskopern von Latino-barómetro ist der Anteil der Lateinamerikaner, die sich selbst als (mitte-)rechts verorten, seit 2024 so hoch wie seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr. Politikwissenschaftler sprechen von einer möglichen „konservativen Wende“ historischen Ausmaßes, die eine neue Generation prägen könnte – vergleichbar mit früheren synchronen Regionalschwenks wie den Militärdiktaturen der 1970er-Jahre, der Demokratisierungswelle der 1980er-Jahre, den marktorientierten Reformen der 1990er-Jahre oder

Abb. 1: Wahlen (seit 2022) in Lateinamerika und der Karibik (> 1 Million Einwohner)

Land	Jahr	Gewählter Präsident (Partei)	Ausrichtung	Politischer Wechsel
Argentinien	2023	Javier Milei (La Libertad Avanza)	Rechtslibertär-populistisch	Ja (von Mitte-links zu rechts; Abwahl der Peronisten)
Bolivien	2025	Rodrigo Paz (PDC)	Mitte-rechts – christdemokratisch, marktfreundlich	Ja (Ende der ~ 20-jährigen MAS-Linksherrschaft)
Brasilien	2022	Luis Inácio Lula da Silva (PT)	Links – sozialdemokratisch	Ja (von rechts (Bolsonaro) zu links)
Chile	2025	José Antonio Kast (Partido Republicano)	Rechts – national-konservativ	Ja (von Mitte-links (Boric) zu rechts)
Kolumbien	2022	Gustavo Petro (Pacto Histórico)	Links – linksprogressiv	Ja (von rechts (Duque) zu links)
Costa Rica	2022	Rodrigo Chaves (PPSD)	Rechtspopulistischer Outsider	Ja (von Mitte-links zu rechts); 2026 gewählte Nachfolgerin Laura Fernández ebenfalls rechts-populistisch
Dominikanische Republik	2024	Luis Abinader (PRM)	Mitte-rechts – moderat	Nein (Kontinuität; Rechtsregierung seit 2020)
Ecuador	2023	Daniel Noboa (ADN)	Mitte-rechts – konservativ-marktliberal	Nein (Kontinuität der Rechtsregierung; Ablehnung des linken Correa-Lagers)
El Salvador	2024	Nayib Bukele (Nuevas Ideas)	Rechts-autoritär-populistisch	Nein (Kontinuität; Bukele seit 2019 Präsident, 2024 mit ~ 85 Prozent bestätigt)
Guatemala	2023	Bernardo Arévalo (Semilla)	Mitte-links – reformistisch	Ja (von rechts (Giammattei) zu Mitte-links)
Honduras	2025	Nasry Asfura (PNH)	Rechts – konservativ, traditionell	Ja (von links (Xiomara Castro) zu rechts)
Mexiko	2024	Claudia Sheinbaum (Morena)	Links – linksnational, populistisch	Nein (Kontinuität nach AMLO, Amtsübernahme Dez. 2024)
Panama	2024	José Raúl Mulino (RM)	Rechts – konservativ	Ja (von Mitte-links (PRD) zu rechts)
Paraguay	2023	Santiago Peña (Colorado)	Rechts – traditionell-konservativ	Nein (Kontinuität; Colorado-Partei bleibt an der Macht)
Peru	–	José María Balcázar (Übergangsregierung seit Dez. 2022)	–	(Wahl auf 2026 verschoben; 2021 linker Präsident gewählt, 2022 abgesetzt)
Uruguay	2024	Yamandú Orsi (Frente Amplio)	Mitte-links – moderat, sozialdemokratisch	Ja (von Mitte-rechts zu Mitte-links)

Anm.: Ausgenommen wurden hier Haiti (wegen anhaltender Instabilität) sowie die autoritären Staaten (links-diktatorisch, keine freien Wahlen) Venezuela (de facto Delcy Rodríguez), Nicaragua (Daniel Ortega) und Kuba (Miguel Díaz-Canel).

der „rosa“ Linksphase, die vor gut 20 Jahren begann.¹ Konservative und rechtspopulistische Kandidaten gelten etwa bei den Wahlen 2026 in Peru, Kolumbien und Brasilien als aussichtsreich, in Costa Rica konnte sich die entsprechende Bewerberin bereits durchsetzen. Wenn sich die jüngsten Muster fortsetzen, könnte sich in den kommenden Jahren eine Mehrheit rechtsorientierter Regierungen etablieren.

Die Kandidatenfrage ist in Lateinamerika von besonderer Bedeutung.

Allerdings bleibt Lateinamerika ein „Pendel-Kontinent“. Wähler strafen nicht selten amtierende Regierungen ab, sofern sie aus ihrer Sicht versagen – ungeachtet deren „ideologischer Farbe“. In gewisser Weise ist der Protestwähler die stärkste politische Kraft der Region. So formulierte der chilenische Analyst Jorge Sahd: „Die Wechselstimmung bleibt die wichtigste Partei Lateinamerikas.“² Viele der genannten Machtwechsel werden neben einem proaktiven Rechtsruck aus Überzeugung durch ein Revoltvotum gegen enttäuschende, linke Amtsinhaber verstärkt oder erst ermöglicht.

Die Bandbreite der Neuen Rechten: von moderat-konservativ bis radikal-populistisch

Lateinamerikas präsidentielle Systeme weisen einen hohen Grad an politischer Personalisierung auf. Die Kandidatenfrage ist daher von besonderer Bedeutung. Die aktuellen lateinamerikanischen Präsidenten rechts der Mitte repräsentieren ein breites Spektrum an Ideologien und Stilen – von gemäßigt bis radikal.

Ein weltweit bekanntes Gesicht neuer lateinamerikanischer Führungsfiguren ist Javier Milei, ein libertärer Ökonom ohne klassische Partei, der mit markigen Slogans und exzentrischen Auftritten – etwa mit einer Kettensäge – die Wut vieler Argentinier kanalisiert hat. Er erreichte die

wirtschaftliche Stabilisierung eines von Linken heruntergewirtschafteten Landes und gewann in der Folge zusätzlich die Parlamentswahlen. Trotz seines unkonventionellen, bisweilen unflätigen Stils pflegt er keine nationalistischen Ressentiments und auch keine Anti-Migrationsrhetorik, sondern fordert einen radikalen Abbau staatlicher Kontrolle, weshalb eine Einordnung als klassischer Rechtspopulist nicht zutrifft.

Demgegenüber möchte El Salvadors selbst-erklärter „coolster Diktator der Welt“³, Nayib Bukele, möglichst alle Macht bei sich konzentrieren. In der gesamten Region ist er wegen seiner harten Linie im Kampf gegen kriminelle Gangs bekannt – und bei nicht wenigen Lateinamerikanern überaus populär. Gerne inszeniert er sich wirkungsvoll als Selfmade-Volksheld und nutzt dabei vorrangig soziale Medien, auf denen er mehr Follower hat, als El Salvador Einwohner zählt. Dass er nachweislich selbst Kontakte zu kriminellen Gangs unterhielt und auch sonst auf die Einhaltung von Menschenrechten wenig Wert legt, schreckt seine Anhänger nicht ab. Für sie zählt das Ergebnis, nämlich die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, wenn auch zulasten demokratischer Freiheitsrechte.

In die Reihe neuer Populisten reiht sich Costa Ricas scheidender Präsident Rodrigo Chaves ein, dessen gleichgesinnte Nachfolgerin Laura Fernández sein politisches Erbe nach einem haushohen Wahlsieg fortführen dürfte. Der exzellent ausgebildete ehemalige Weltbank-Manager Chaves wirbelte die Parteienlandschaft des Landes ordentlich durcheinander, als er im Jahr 2022 mit populistischen Parolen den sonst gesitteten Wahlkampf aufmischte und damals als Außenseiter gewann. Seine Wirtschaftspolitik ist konservativ. Rhetorisch sucht er die Nähe zu den „kleinen Leuten“, indem er beispielsweise den provinziellen Akzent gekonnt imitiert. Gleichwohl ließ er während seiner Amtszeit nichts unversucht, um die demokratischen Institutionen anzugreifen, obwohl diese über jeden Ruf erhaben sind. Mit der politischen Ziehtochter Fernández im Amt wird Rechtspopulist Chaves weiterhin großen Einfluss auf die costa-ricanische Regierungspolitik haben.

Chiles jüngst gewählter Präsident José Antonio Kast ist zwar kein Politneuling, jedoch konnte er als Hardliner in Fragen der inneren Sicherheit und Migration mit der neuen Republikanischen Partei an den traditionellen rechten Parteien vorbeiziehen. Im Gegensatz zu den moderaten Mitte-rechts-Parteien suchte er keine Abgrenzung von der chilenischen Diktatur unter Augusto Pinochet. Im Gegenteil – er äußerte provokativ Verständnis für diese und dominierte mit diesem Tabubruch in populistischer Manier die Schlagzeilen.

Allen diesen Figuren ist gemein, dass sie volksnahe Rhetorik, scharfe Angriffe auf etablierte Parteien und medienwirksame Provokationen einsetzen – bevorzugt über soziale Medien. Sie gelten als Populisten, wobei ihre inhaltlichen Positionen variieren. Ihr Erfolg signalisiert, dass ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft radikale Alternativen nicht scheut und dass sie Mittel und Wege gefunden haben, dieses Wählerpotenzial zu mobilisieren.

Daneben sind auch gemäßigte Konservative bei Wahlen in Lateinamerika erfolgreich, die eher auf Kontinuität und Professionalität setzen. Der Präsident der Dominikanischen Republik, Luis Abinader, ist hierfür das beste Beispiel. Der Unternehmer und moderate Reformpolitiker löste 2020 die korruptionsgeplagte linke Vorgängerregierung ab und wurde 2024 mit seiner wirtschaftsliberalen, aber sozialverträglichen Bilanz wiedergewählt. Ebenso wurde der wirtschaftsliberale Präsident Daniel Noboa in Ecuador durch die Wahl 2025 im Amt bestätigt, nachdem er zuvor Übergangspräsident gewesen war. Er gilt als pragmatisch statt ideologisch und verfolgt einen sachorientierten Kurs zur Bewältigung der Sicherheitskrise. Nach einem verlorenen Referendum im Herbst 2025 rückte er von seiner populistischen Linie, nicht mit traditionellen Eliten zusammenarbeiten zu wollen, ab und bindet seither andere Mitte-rechts-Kräfte stärker ein. Paraguays Präsident Santiago Peña reiht sich in die Liste konservativer Politiker ein, die für Marktwirtschaft, Stabilität und Kontinuität stehen, und führt die bewährte Politik der Dauerregierungspartei der Colorados fort.

Wegen mangelnder Korruptionsbekämpfung und politischer Abhängigkeit von seinem schillernden Vorgänger Horacio Cartes steht Peña jedoch über die Landesgrenzen hinaus in der Kritik. Auch Boliviens neu gewählter Präsident Rodrigo Paz fügt sich nahtlos in das Muster gemäßigter Staatseinsatze ein. Obwohl er 2025 auf dem Ticket der christdemokratischen Partei (PDC) kandidierte, ist Paz kein klassischer Stammkandidat dieser Partei und profitierte vor allem von dem Wunsch der Bevölkerung nach einem historischen Wandel nach fast zwanzig Jahren sozialistischer MAS-Regierungen.

Diese in Politik und Stil gemäßigten Konservativen unterscheiden sich deutlich von den markigen Populisten. Sie betonen institutionelle Lösungen, suchen den gesellschaftlichen Konsens und stehen für (markt-)wirtschaftliche Expertise. Ihr Erfolg zeigt, dass der Rechtsruck nicht nur Ausdruck von Wut und Protest ist, sondern auch von dem Wunsch nach sachorientierter Führung und Berechenbarkeit getragen wird.

Vertreter der Neuen Rechten geben sich betont volksnah und flexibel.

Gemeinsamkeiten rechtsorientierter Präsidenten: Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Ablehnung der Sozialisten

Trotz diverser Unterschiede haben moderate wie radikale, konservative wie rechtspopulistische Präsidenten die Gemeinsamkeit, dass ihnen von ihren Wählern in ähnlichen Themenbereichen hohe Kompetenzen zugeschrieben werden. In erster Linie sind die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu nennen. Harte Maßnahmen gegen Kriminalität, Korruption und Chaos versprechen die siegreichen Kandidaten in nahezu allen Wahlkämpfen. Ferner eint sie eine marktwirtschaftliche Orientierung. Diese findet zweifellos im Privatsektor großen Anklang, vermag jedoch auch wirtschaftsfernen Wählerschichten



Nach fast 20 Jahren: Mit der Wahl des gemäßigten Konservativen Rodrigo Paz endete 2025 in Bolivien die lange Herrschaft des Movimiento al Socialismo. Foto: © Xinhua, Imago.

Hoffnung auf ein besseres Leben durch wirtschaftliche Prosperität zu vermitteln. Zu guter Letzt präsentieren sich die Neuen Rechten als Verteidiger konservativer sozialer Werte (Familie, Religion, nationale Identität) gegen progressive kulturelle Agenden, die viele Wähler leid sind. Kast etwa führte in Chile einen Kulturkampf gegen Abtreibung und „Gender-Ideologie“; und selbst ein unideologischer Pragmatiker wie Bukele positioniert sich als Anti-Woke-Vorbild im regionalen Diskurs.

Neben den Themenfeldern ist ein weiteres gemeinsames Merkmal auszumachen: Pragmatismus überwiegt gegenüber Dogmatismus. Nach Jahrzehnten, in denen rechte Politik oft mit einem neoliberalen Elitekurs und Sozialabbau gleichgesetzt wurde, geben sich viele Vertreter der Neuen Rechten betont volksnah und flexibel. Sie haben aus früheren Fehlern der Konservativen gelernt. So bemühen sie sich, nicht als kaltherzig gegenüber den Armen wahrgenommen zu werden. „Früher galt rechts gleich herzlos – das stimmt so nicht mehr“, kommentiert Brian Winter, Chefredakteur von Americas Quarterly. „Die Linke mag immer noch

einen Vertrauensvorschuss beim Thema soziale Gerechtigkeit haben, aber er ist nicht mehr so groß wie einst.“⁴

In ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber der traditionellen Linken finden rechte Parteien ihren kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie sind sich darüber einig, die Vorherrschaft der Parteien der „Rosa Galaxie“⁵ in ihren jeweiligen Ländern brechen zu wollen. Damit sind Netzwerke von sozialdemokratischen bis linksautoritären Parteien des Subkontinents gemeint, die sich im Foro de São Paulo sowie in der Grupo de Puebla zusammenschlossen und koordinierten. Neben den Linksdiktaturen in Kuba, Nicaragua und Venezuela ist von den prominenten Vertretern der moderaten Linken lediglich der 80-jährige Lula da Silva in Brasilien verblieben. Andere aktuelle linke Präsidenten, die man dem Netzwerk zurechnen kann – etwa Yamandú Orsi in Uruguay oder Gustavo Petro in Kolumbien –, verfügen bei Weitem nicht über eine vergleichbare politische Strahlkraft. Die wahre politische wie gesellschaftliche Veränderungsdynamik in Lateinamerika kommt daher nicht wie einst von links, sondern mittlerweile von rechts.

Das Dilemma bürgerlicher Parteien der Mitte: Abgrenzung oder Annäherung?

Die starke Polarisierung zwischen links und rechts in den vergangenen Jahren hat vor allem die moderaten, traditionellen Parteien der Mitte und von Mitte-rechts in die Defensive gedrängt. Viele von ihnen – etwa christdemokratische oder konservative Volksparteien mit langer Geschichte – verloren bei Wahlkämpfen an Sichtbarkeit und erzielten entsprechend enttäuschende Ergebnisse, weil sie weder einen radikalen Wandel noch eine verlockende Vision, die mit jenen der lauten Populisten mithielt, anbieten konnten. Diese gemäßigten Kräfte stehen vor der Herausforderung, wie sie mit populistischen Außenseitern umgehen sollen, ohne an Profil zu verlieren. Lateinamerikas Mitte-rechts-Parteien verfolgen unterschiedliche Strategien, um sich an die neuen politischen Realitäten anzupassen.

Brasilien ist ein prominentes Beispiel, da sich hier eine bipolare Fragmentierung der Parteienlandschaft verfestigt. Zwischen einem starken linken Block unter Führung von Präsident Lula da Silva und einem rechtsnationalistischen Lager um Jair Bolsonaro ringen die gemäßigten Parteien seit Jahren parteiintern und untereinander um den richtigen Weg und loten permanent aus, wie sie sich zwischen den beiden Polen am aussichtsreichsten positionieren können. Das Wahljahr 2026 verspricht spannend zu werden. Trotz seines hohen Alters kandidiert die linke Galionsfigur Lula da Silva 2026 erneut, während Jair Bolsonaros Sohn Flávio ebenfalls seinen Hut in den Ring wirft. Letzterer verfügt nicht über die gleiche Gefolgschaft wie sein Vater, der Einzug in die Stichwahl als Zweitplatzierte bei einer dividierten rechten Lager ist allerdings möglich. So ist in Brasilien erneut ein Wahlszenario denkbar, bei dem zwar eine strukturelle Wählermehrheit



Botschafter gegen sozialistische Experimente: Die Millionen Exil-Venezolaner, die sich derzeit in anderen Ländern Lateinamerikas aufhalten, wirken dort oft als gewichtige Stimme gegen linke Politikansätze.

Foto: © ZUMA Press Wire, Imago.

rechts der Mitte existiert – wie Wahlergebnisse auf lokaler⁶ und regionaler⁷ Ebene nahelegen –, die nationale Regierung jedoch von der Linken gestellt wird.

In Argentinien und Chile optierten die gemäßigten konservativen Parteien für den Weg der Kooperation mit ihrer radikalen Konkurrenz. In Ton und Stil gibt es Unterschiede, jedoch eint sie eine deutliche inhaltliche Schnittmenge und das gemeinsame Ziel, dem linken Block an der Urne ein Ende zu bereiten. Den Erfolg dieser Kooperation mussten bürgerliche Parteien wie die *Propuesta Republicana* (PRO) in Argentinien sowie die *Renovación Nacional* und *Unión Demócrata Independiente* in Chile teuer bezahlen. Sie verloren an Stimmen sowie an Profil; und im Fall der PRO diffundierten mehr und mehr Führungsfiguren gen Mileis Partei *La Libertad Avanza*. Taktisch befinden sie sich nun in der misslichen Lage, dass sie bei guter Regierungsführung weiterhin Wähler an die Präsidentenpartei verlieren und bei Misserfolgen des Präsidenten vom Wähler mitverantwortlich gemacht werden.

Die Allianz der „großen Mitte“ sahen die Wähler in Mexiko als einen Akt der Verzweiflung an.

Aus den Wahlen 2025 in Honduras, Bolivien und Ecuador gingen gemäßigte Konservative als Sieger hervor. In allen drei Fällen erfolgte eine deutliche Absage an linke Politprojekte im Stil des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Dennoch gab es Unterschiede zu den traditionellen bürgerlichen Parteien und den Wahlkämpfen in anderen Ländern. In Ecuador gründete Daniel Noboa erst 2021 die Partei ADN. Mit massivem Internetauswahlkampf, der oft die Grenzen des demokratischen Anstands überschritt, reagierte die ADN auf die populistischen Attacken der sozialistischen Herausforderin Luisa González. In Bolivien konnte sich überraschend Rodrigo Paz in der Stichwahl durchsetzen. Er warb für einen „Kapitalismus für alle!“ mit sozialem Ausgleich, doch ausschlaggebend für seinen Sieg war sein

Kampagnenpartner Edman „Capitán“ Lara.⁸ Als ehemaliger Polizeihauptmann versprach dieser durch harte Parolen und eine gut orchestrierte Kampagne in den sozialen Medien die Bekämpfung von Kriminalität.

Mexiko fällt nicht in das gängige Muster, da die linkspopulistische Partei *Movimiento de Renovación Nacional* (Morena) nicht nur mit ihrem Präsidentschaftskandidaten López Obrador die Wahlen 2018 gewann, sondern sich überdies mit dem Wahlsieg von Claudia Sheinbaum 2024 als starke linke Kraft weiter etablieren konnte. Anders als im übrigen Lateinamerika ging hier die bürgerliche Partei, die *Partido Acción Nacional* (PAN), 2024 ein Wahlbündnis mit ihrem sozialdemokratischen Rivalen, der *Partido Revolucionario Institucional* (PRI), ein. Mit Xóchitl Gálvez stellte man eine unternehmerisch tätige Kandidatin mit indigenem Hintergrund auf – in der Hoffnung, dass eine Frau mit Bürgernähe frischen Wind in den Wahlkampf bringen würde. Der Versuch scheiterte krachend. Zu groß war bei den Wählern das Misstrauen gegenüber den etablierten „Altparteien“. Die Allianz der „großen Mitte“ aus den einstigen Konkurrenten PRI und PAN sahen die Wähler nicht als Lösung, sondern als einen Akt der Verzweiflung an. Mit dem Aufstieg von Morena gingen seither zahlreiche Parteiübertritte einher, wobei die PRI deutlich mehr verlor als die PAN.

Wie in Europa besteht das zentrale Problem für bürgerliche Parteien in der strategischen Frage der Annäherung oder Abgrenzung – sowohl bei der Bildung von Wahlbündnissen als auch in der politischen Kommunikation, insbesondere bei der Übernahme populistischer Elemente. Eine Annäherung kann kurzfristig Macht sichern, birgt jedoch das Risiko eines Profilverlusts und der Erosion der eigenen Identität. Eine Kooperation mit radikalen Kräften – wie in Argentinien und Chile – brachte zwar den Sturz der Linken, marginalisierte jedoch die gemäßigten Partner. Eine Distanzierung hingegen bewahrt die Glaubwürdigkeit, birgt aber das Risiko politischer Bedeutungslosigkeit. Allianzen mit politischen Widersachern, beispielsweise in Mexiko, erweisen sich ebenso wenig als Ausweg. Populistische

Agitationsformen zu übernehmen – etwa aggressive Rhetorik oder Social-Media-Kampagnen –, kann zwar dabei helfen, die Sichtbarkeit zu steigern, gefährdet jedoch die normative Basis bürgerlicher Politik. Die Herausforderung besteht darin, eine eigene attraktive Vision von Reform und Stabilität auf Basis demokratischer Prinzipien zu entwickeln, die weder als altbacken oder handlungsunfähig noch als Kopie populistischer Extreme wahrgenommen wird. Reduzieren sich bürgerliche Parteien auf die Rolle bloßer Mehrheitsbeschaffer für radikale Kräfte, machen sie sich langfristig selbst überflüssig. Gleiches gilt, wenn sie sich dem neuen Zeitgeist nicht anpassen – insbesondere bei der Kandidatenauswahl und der Ausgestaltung der politischen Kommunikation. In diesem Zusammenhang dürfte es spannend sein, das Abschneiden des rechtspopulistischen Außenseiters und selbsternannten „Medienstaranwalts“ Abelardo de la Espriella in Kolumbien zu verfolgen. Im bevorstehenden Wahlkampf positioniert er sich sowohl gegen die traditionelle Rechte als auch gegen die erfolglose amtierende Linke und versucht, beiden politischen Lagern Wählerstimmen streitig zu machen.

Der neue Zeitgeist tickt rechts – politisch volatil und ohne Berührungsängste

Ein auffälliges Merkmal der jüngsten politischen Wende ist die Rolle der Erst- und Jungwähler. In vielen Ländern Lateinamerikas zeigte sich, dass die jüngere Generation keine Scheu hat, Rechtskandidaten oder Anti-Establishment-Kandidaten zu unterstützen – im Gegenteil: Teilweise bilden junge Wähler sogar die größte Unterstützergruppe dieser Politiker. Dieser Umstand weist auf einen Wandel des politischen Zeitgeists hin: Das vor zehn oder fünfzehn Jahren vorherrschende Ideal eines progressiv-linken Aufbruchs hat für viele junge Menschen an Strahlkraft verloren; stattdessen zeigt man sich offener für bisher ungekannte, teils tabubrechende Lösungen. Eine Umfrage von AtlasIntel und Bloomberg aus dem November 2025 in Brasilien, dem bevölkerungsreichsten Land Lateinamerikas, bestätigt diesen Trend. Demnach verorten sich mehr als die Hälfte der unter 40-Jährigen politisch rechts oder mitte-rechts, während sich ältere Kohorten

mit knapper Mehrheit links einordnen.⁹ Viele definieren sich dabei jedoch nicht über Ideologien, sondern wollen greifbare Verbesserungen in Alltagsthemen wie Beschäftigung, Sicherheit und Lebenshaltungskosten. Ein entscheidender Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass die jungen Lateinamerikaner keine direkten Erinnerungen an rechte Militärdiktaturen, einschließlich der emotionsbeladenen demokratischen Wende der 1980er-Jahre, haben. Stattdessen sahen sie zahlreiche Korruptionsaffären, ökonomische Zusammenbrüche und oft soziale Stagnation, die weitestgehend in die Amtszeit etablierter, mehrheitlich linker Regierungsparteien fielen. Entsprechend erfolgte eine andere politische Sozialisierung der jungen Generation. Das Vertrauen in traditionelle Institutionen und Parteien ist tief erschüttert, weshalb den Anti-Establishment-Parolen politischer Außenseiter Glauben geschenkt wird. Für die Mobilisierung volatiler, besonders junger Wählergruppen sind soziale Medien maßgeblich. Klassische Wahlkampfmethoden rücken weiter in den Hintergrund, während es für den politischen Erfolg unerlässlich geworden ist, die Funktionen digitaler Plattformen zu beherrschen: emotionalisierende, leicht verständliche Botschaften, die den schnelllebigen Zeitgeist treffen und von Algorithmen verstärkt werden. Die Wahlgewinner der vergangenen Jahre – unabhängig von ihrer politischen Couleur – haben gemein, dass sie dieses Spiel besser begriffen und umzusetzen vermochten als ihre behäbigen Gegner.

Die neuen rechtsorientierten Regierungen kalkulieren, dass die Nähe zum US-Präsidenten mehr Chancen als Risiken birgt.

Der rechte Zeitgeist wird zudem von einer neuen US-Lateinamerikapolitik getragen. Alle lateinamerikanischen Regierungen rechts der Mitte zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein positives Verhältnis zur aktuellen US-Regierung suchen.

Dieses Verhalten ist kaum überraschend, da Washington jüngst verkündete, man wolle aktiv gleichgesinnte politische Kräfte in der westlichen Hemisphäre fördern, Handelsbeziehungen ausbauen und die Länder Lateinamerikas (im eigenen Sinne) stabilisieren. In zwei Fällen zeigte sich diese Stoßrichtung bereits deutlich: Bei den jüngsten Parlamentswahlen in Argentinien und den Präsidentschaftswahlen in Honduras sprach Donald Trump öffentlich eine Wahlpräferenz aus und drohte mit Konsequenzen, sollten die Wähler nicht seinem Aufruf folgen. Trotz mancher Sorge um das konfrontative Auftreten des US-Präsidenten reagieren die neuen rechtsorientierten Regierungen pragmatisch: Sie kalkulieren, dass diese Nähe mehr Chancen als Risiken birgt. Sorgen um ein mögliches Ende der multilateralen Ordnung weichen einem ergebnisorientierten Umgang und gemeinsamen marktwirtschaftlichen Zielen. Auch Umfragen spiegeln diese Einschätzung wider: Laut dem mexikanischen Umfrageinstitut Áltica unterstützt in den neun untersuchten Ländern Lateinamerikas die Mehrheit den US-Militärschlag in Venezuela und die Festnahme von Diktator Maduro.¹⁰ Diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Millionen Venezolaner, die vor Hunger, Repression und Perspektivlosigkeit flüchten mussten, berichteten in den Aufnahmeländern der Region von den fatalen Konsequenzen sozialistischer Experimente. Ihr dramatisches Schicksal wurde von Politikern rechts der Mitte wiederholt als evidentestes Beispiel herangezogen, um vor linker Politik zu warnen. Gleichzeitig zauderten selbst gemäßigte Linke mit der Verurteilung des Regimes in Caracas und trugen somit zu ihrer eigenen Unglaubwürdigkeit bei, wenn sie von Demokratie, Menschenrechten und den Errungenschaften linker Politik sprachen.

Lateinamerika erlebt in jüngster Zeit eine wahrnehmbare Wende nach rechts. In jedem Fall hat sich der politische Diskurs verschoben: Konservative Schlagworte wie Freiheit, Sicherheit und Ordnung dominieren wieder, wo zuvor progressive Termini wie Gerechtigkeit, Inklusion und Partizipation im Vordergrund gestanden hatten. Befeuert von enttäuschten Erwartungen an die Linke, deren Politik häufig selbst Krisen

verursachte, eröffnet sich ein Raum für neue Akteure – vom radikalen Libertären über den Wertkonservativen bis hin zum moderaten Technokraten. Sie verfügen über die willkommene Möglichkeit, eine nachhaltige politische Wende in Lateinamerika herbeizuführen und die Dominanz einer ideenlosen Linken zu überwinden. Ob diese Rechtswende der Region nachhaltig bessere Regierungsführung bringt oder nur eine weitere Episode in der historischen Pendelbewegung des Subkontinents bleibt, wird sich daran zeigen, inwieweit die neuen Regierungen liefern – und wie sehr sie demokratische Prinzipien achten. Vor diesem Hintergrund sollten die bürgerlichen Parteien der Mitte proaktiv für die Einhaltung der demokratischen, verfassungsmäßigen Ordnung eintreten, aus Überzeugung, aber auch, um politisch relevant zu bleiben.

-
- 1 Winter, Brian 2025: Latin America's Revolution of the Right, *Foreign Affairs*, 16.12.2025, in: <https://ogy.de/mmz9> [10.01.2026].
 - 2 Jara Aranedo, Ramón 2025: Entre la fragmentación y la presencia de EE.UU.: El escenario regional que encontrará Kast como presidente, *Emol*, 15.12.2025, in: <https://ogy.de/s9dt> [10.01.2026].
 - 3 Siebrecht, Ole 2024: Selbsternannter „coolster Diktator der Welt“, *ZDFheute*, 07.06.2024, in: <https://ogy.de/quo0> [10.01.2026].
 - 4 Winter 2025, N. 1.
 - 5 Grundberger, Sebastian 2024: Die rosa Galaxie. Wie linksautoritäre Netzwerke und ihre internationalen Alliierten die Demokratie in Lateinamerika aushöhlen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 29.04.2024, in: <https://ogy.de/h4q1> [10.01.2026].
 - 6 Garcia, Amanda / Mali, Tiago 2024: Direita e centro dominam prefeituras no Brasil em 2024, *Poder360*, 27.10.2024, in: <https://shorturl.at/9N1EQ> [30.01.2026].
 - 7 Pontes, Felipe 2022: Além do presidente, 27 governadores tomam posse neste domingo, *Agência Brasil*, 31.12.2022, in: <https://shorturl.at/nYe7q> [30.01.2026].
 - 8 Kobelinsky, Fernanda 2025: Ex policía, estrella de TikTok y candidato a vicepresidente: quién es el „Capitán Lara“, la sorpresa de las elecciones de Bolivia, *Infobae*, 18.08.2025, in: <https://ogy.de/wiew> [30.01.2026].
 - 9 Blumer, Duda 2025: Conservadorismo cresce entre jovens: 52% da Geração Z é de direita, *Opera Mundi*, 03.12.2025, in: <https://ogy.de/uh48> [06.01.2026].
 - 10 Condega, Xavier 2026: Mayoría en América Latina aprueba detención de Maduro por Estados Unidos, según encuesta regional, *El Mundo.CR*, 07.01.2026, in: <https://ogy.de/25v3> [30.01.2026].

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

150 Jahre
Adenauer

Mit diesen Worten wandte sich Konrad Adenauer im Dezember 1954 in einer Regierungserklärung an den Deutschen Bundestag. Der erste Bundeskanzler stellte nicht nur entscheidende Weichen für Demokratie und Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland, sondern auch für die europäische Integration und die Westbindung der neuen Bundesrepublik. In diesem Jahr wäre Konrad Adenauer 150 Jahre alt geworden.



Mehr zu 150 Jahre Adenauer:



kas.de/150-jahre-konrad-adenauer



Zur ganzen
Regierungserklärung:
www.ogy.de/15-Dez

FRANCE

Polarisierung und die politische Mitte in Japan

Wie der Liberaldemokratischen Partei das Comeback gelang



Foto: © Zuma Press Wire, Imago

Auf einen Blick

Die Liberaldemokratische Partei (LDP), die für viele in Japan „natürliche Regierungspartei“, hatte bei den Wahlen 2024/2025 erhebliche Stimmverluste hinnehmen müssen. Die Liberaldemokraten verloren dabei insbesondere an andere Parteien rechts der Mitte.

Bei der Unterhauswahl im Februar 2026 erzielte die LDP dann aber das stärkste Ergebnis ihrer 70-jährigen Geschichte. Mit einer Zweidrittelmehrheit stellt sie mehr als die Hälfte der Mitglieder in allen Parlamentsausschüssen.

Die Wahl der rechtskonservativen Sanae Takaichi zur LDP-Vorsitzenden und Premierministerin im

Herbst 2025 sowie die Bildung einer Koalition rechts der Mitte mit der Japanischen Innovationspartei waren nicht unumstritten und nicht ohne Risiko. Der Wahlerfolg gibt der Partei und Takaichi nun allerdings Recht.

Die wirtschaftliche Lage war das zentrale Thema der jüngsten Wahlen. Durch Reformversprechen und ein massives Konjunkturpaket entsprach Takaichi den Präferenzen einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler genauso wie mit ihren restriktiven Positionen in der Einwanderungspolitik.



Paul Linnarz ist Leiter des Länderprogramms Japan und des Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tokio.

Würde man die bekanntesten japanischen Parteien von ganz links bis ganz rechts aufreihen und einen Strich durch die Mitte der Parteienlandschaft ziehen, so lägen die Kommunistische Partei Japans, Reiwa Shinsengumi (Reiwa; „Schöne Harmonie“), die Sozialdemokratische Partei (SDP) und die Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP) links dieser Linie. Die Kōmeitō („Gerechtigkeitspartei“) markierte die linke Mitte, die Demokratische Volkspartei (DVP) die rechte. Rechts davon folgten die Japanische Innovationspartei (Nippon Ishin no Kai; JIP), die Liberaldemokratische Partei (LDP) und Sanseitō („Partei der politischen Mitwirkung“). Am rechten Rand firmierte auf dieser Skala die Konservative Partei Japans (KPJ). Als eigenständige Parteien sind die KDP und Kōmeitō aber nur noch im Oberhaus (Sangiin; „Haus der Räte“) vertreten; für die zweite Kammer des japanischen

Parlaments, das Unter- oder Repräsentantenhaus (Shūgiin), haben sie sich im Januar zur Zentristischen Reformallianz (CRA) vereinigt.

Zwar argumentiert Edo Naito in der Japan Times, dass Begriffe wie „liberal“, „konservativ“ oder „populistisch“ in Japan eine „völlig andere Bedeutung haben“ als anderswo,¹ für die vorliegende Betrachtung soll der von Edelman vorgeschlagene Links-rechts-Verlauf aber genügen.² Außerdem werden in diesem Beitrag nicht alle der oben genannten Parteien analysiert, sondern ausgewählte Parteien rechts der Mitte, insbesondere die LDP.

Ihr gelang am 8. Februar 2026, womit kaum jemand gerechnet hatte: Bei der vorgezogenen Unterhauswahl erzielte die LDP das stärkste Ergebnis ihrer 70-jährigen Geschichte. Die Regierungspartei gewann 316 von insgesamt 465 Sitzen. Sie konnte sich in der mächtigen Parlamentskammer um 125 Sitze verbessern. Damit verfügt sie auch ohne ihren Koalitionspartner JIP über eine Zweidrittelmehrheit und stellt mehr als die Hälfte der Mitglieder in allen 17 ständigen Unterhausausschüssen. Wie war das möglich? Immerhin steckte die LDP bereits seit zwei Jahren in einer tiefen Krise.

Ende 2023 erschütterte ein massiver Partei-spendenskandal die Liberaldemokraten. Im Sommer 2024 kündigte der überaus unpopuläre Premierminister Fumio Kishida an, nicht erneut kandidieren zu wollen. Unter seinem Nachfolger Shigeru Ishiba verloren die LDP und ihr damaliger Koalitionspartner Kōmeitō bei der kurz darauf stattfindenden Unterhauswahl im Oktober 2024 ihre Mehrheit. Mitte vergangenen Jahres verfehlte die damalige Regierungskoalition schließlich auch bei der Oberhauswahl die Mehrheit. Links und rechts der LDP verzeichneten die

Parteienlandschaft Japans (Auszug, von links nach rechts)

Links

- Kommunistische Partei Japans
- Reiwa Shinsengumi („Schöne Harmonie“)
- SDP (Sozialdemokratische Partei)
- KDP (Konstitutionell-Demokratische Partei)
- Kōmeitō („Gerechtigkeitspartei“) CRA

Mitte

- DVP (Demokratische Volkspartei)
- JIP (Japanische Innovationspartei (Nippon Ishin no Kai))
- LDP (Liberaldemokratische Partei)
- Sanseitō („Partei der politischen Mitwirkung“)
- KPJ (Konservative Partei Japans)

Rechts

DVP und Sanseitō stattdessen deutliche Zugewinne. Daraufhin musste auch Ishiba seinen Hut nehmen. In der Folge kündigte Kōmeitō das seit 1999 mit der LDP bestehende Bündnis auf. Schlimmer hätte es nicht kommen können! Die neue LDP-Parteichefin Sanae Takaichi musste in Windeseile einen neuen Koalitionspartner finden. Nach intensiven Verhandlungen stand schließlich die JIP dafür bereit. Doch auch mit der Innovationspartei kamen die Liberaldemokraten in den beiden Parlamentskammern nicht auf eine Mehrheit. Für ihre Wahl zur Premierministerin war Takaichi im Unterhaus deshalb zusätzlich auf die Stimmen einiger Unabhängiger angewiesen. Seit Ende Oktober vergangenen Jahres ist sie die erste Frau an der Spitze der japanischen Regierung.

Behauptungskampf an mehreren Fronten

Nachdem im November 2025 drei unabhängige Abgeordnete ihren Wechsel zur LDP vollzogen hatten, verfügte die Regierungskoalition zumindest im Unterhaus wieder über eine hauchdünne Mehrheit. Die Zustimmungswerte der LDP in der Bevölkerung lagen nach dem Amtsantritt von Takaichi aber immer noch deutlich unter 30 Prozent. Die Entscheidung der Premierministerin, gleich im Januar 2026 das Unterhaus aufzulösen und nach nur drei Monaten im Amt – mitten im schneereichen Winter – eine vorgezogene Wahl zu veranstalten, war insofern überaus gewagt. Um ihre Stimmenverluste bei dieser Abstimmung auszugleichen, musste die LDP in einem auf nur zwölf Tage verkürzten Wahlkampf sowohl die moderaten Konservativen als auch die Wählerinnen und Wähler am rechten Rand zurückgewinnen. Außerdem galt es, die Partei unter den Unabhängigen und jüngeren Bevölkerungsgruppen wieder attraktiv zu machen. Wie aber sollte dieser Spagat gelingen? Auch in Japan fühlen sich immer weniger Menschen an die etablierten Parteien gebunden. Seit Anfang der 1990er-Jahre haben die Liberaldemokraten vier Fünftel ihrer Mitglieder verloren; allein 2024 sind rund 60.000 Menschen aus der Partei ausgetreten.³

Mit Sanae Takaichi hatte die Partei im Oktober 2025 aus fünf Bewerberinnen und Bewerbern

nicht nur die einzige Frau, sondern auch die „konservativste und am weitesten rechts“ stehende Kandidatin zur Parteivorsitzenden gewählt.⁴ Mit der Begründung, keinen Partner unterstützen zu können, der gemäßigt konservative Grundsätze über Bord werfe, hatte Kōmeitō die langjährige Zusammenarbeit mit der LDP aufgekündigt – und Takaichi war im Rennen um den Parteivorsitz auch unter den LDP-Abgeordneten keineswegs die unangefochtene Wunschkandidatin.⁵ Das Bündnis mit der JIP verhinderte überdies eine mögliche Koalition mit der links der Mitte stehenden KDP, obwohl sich so im Parlament komfortable Mehrheiten ergeben hätten. Im Bündnis mit der größten Oppositionspartei hätte die LDP auf vorgezogene Unterhauswahlen zumindest rechnerisch getrost verzichten können.

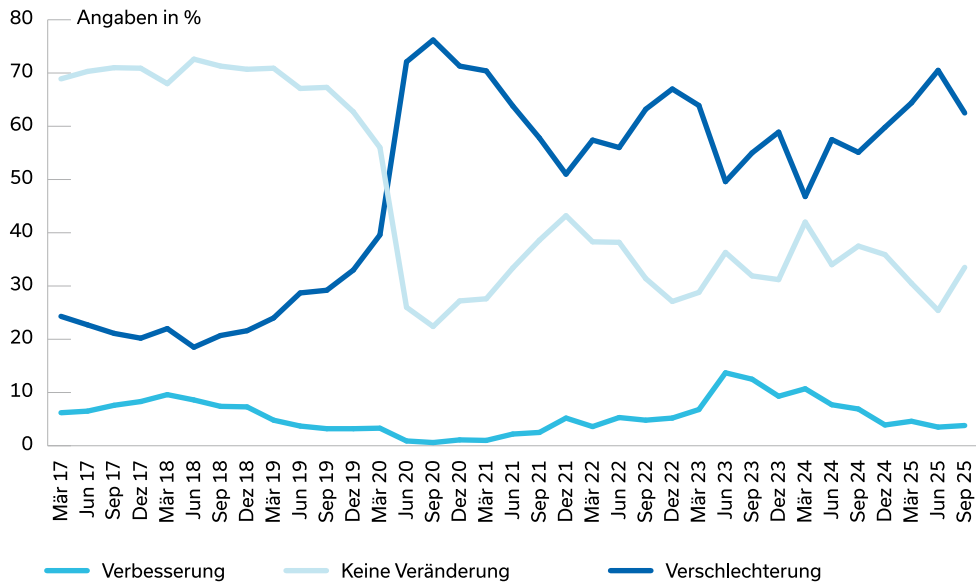
Die Wählerinnen und Wähler in Japan belastet vor allem die Sorge um ihr wirtschaftliches Wohlergehen.

Bei diesen Entscheidungen spielten atmosphärische Fragen, Gesprächsdynamiken, politisches Timing und überraschende Angebote vermutlich eine ebenso große Rolle wie strategische Überlegungen. Hier soll mit ein wenig Abstand trotzdem der Versuch unternommen werden, zu untersuchen, welche Auswirkungen die Polarisierung der japanischen Gesellschaft auf die Parteipräferenzen der Wählerinnen und Wähler hatte, wie die Kräfte am rechten politischen Rand auf die LDP eingewirkt haben und wie sich die Partei mit Takaichi an der Spitze und in der Koalition mit der JIP dagegen erfolgreich behaupten konnte. Dabei beschränkt sich die Betrachtung auf vier Aspekte: Reformbereitschaft, Konservatismus, Regierungsfähigkeit und Partizipation.

Reformbereitschaft:
„It’s the economy, stupid.“

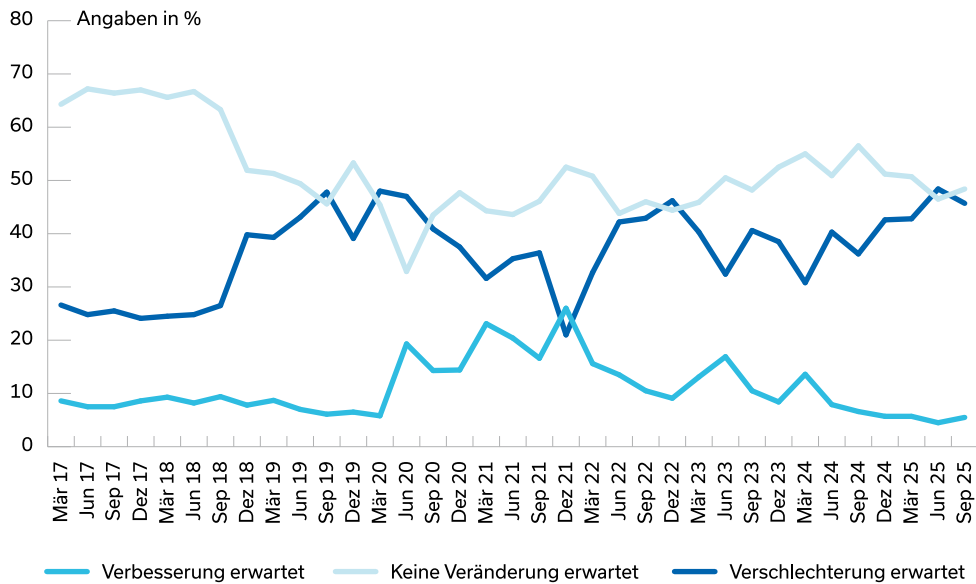
Natürlich vertreten die japanischen Parteien unterschiedliche Positionen bei der Frage, ob

Abb. 1: Subjektive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage, jeweils im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: eigene Darstellung nach Bank of Japan 2026: Opinion Survey, in: <https://ogy.de/zf9c> [16.11.2025].

Abb. 2: Wirtschaftliche Erwartungen, jeweils für das Folgejahr



Quelle: eigene Darstellung nach Bank of Japan 2026: Opinion Survey, in: <https://ogy.de/zf9c> [16.11.2025].

das Land seine pazifistische Verfassung aufweichen, die Selbstverteidigungsstreitkräfte als kriegsfähige Armee anerkennen und die Verteidigungsausgaben erhöhen soll; wie Japan mit China und den USA umgehen muss; wie

die Gleichberechtigung gefördert werden kann; ob Atomkraft zu risikoreich ist oder nicht; ob und welche Steuern gesenkt oder angehoben werden können und so weiter. Die Wählerinnen und Wähler in der rapide alternden und

schrumpfenden Gesellschaft belastet aber vor allem die Sorge um ihr wirtschaftliches Wohlergehen.

Nach den regelmäßigen Umfragen der japanischen Zentralbank (Bank of Japan; BoJ) vertreten mehr als die Hälfte aller Japanerinnen und Japaner seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie nahezu durchgängig die Auffassung, die wirtschaftliche Lage habe sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert (Abb. 1). Mitte 2025 lag der Anteil der Unzufriedenen mit rund 70 Prozent so hoch wie im März 2021, als in mehreren Präfekturen wegen steigender Infektionszahlen der Ausnahmezustand verlängert werden musste.⁶

Während der COVID-19-Pandemie gingen nach den BoJ-Umfragen viele Menschen noch davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage innerhalb der nächsten zwölf Monate verbessern werde (Abb. 2). Im Herbst vergangenen Jahres äußerte

sich jedoch fast die Hälfte der Befragten pessimistisch über die künftige ökonomische Entwicklung.

Laut den Nachwahlbefragungen der auflagenstärksten Zeitung der Welt, der japanischen Yomiuri Shimbun, waren bei der Unterhauswahl vom Februar die wichtigsten politischen Themen die Inflation und die Wirtschaftspolitik (81 Prozent), gefolgt von Außenpolitik und Sicherheit (65 Prozent). Die Reform des Steuersystems, darunter die zumindest vorübergehende Abschaffung der Verbrauchssteuer auf Lebensmittel, sowie die soziale Sicherheit einschließlich der Renten lagen mit jeweils 64 Prozent praktisch gleichauf.⁷ Aber wie erklärt das die Stimmenzuwächse der populistischen Sanseitō sowohl bei der Oberhauswahl 2025 als auch jetzt wieder bei der Unterhauswahl? Mit ihren Verschwörungstheorien, nationalistischen Parolen sowie ihrer Kritik an Touristinnen und Touristen und ausländischen Arbeitskräften steht die



Konkurrenz vom rechten Rand: Die 2020 gegründete Sanseitō-Partei spricht nicht zuletzt die Generation derjenigen an, die während der japanischen Krise der frühen Neunziger auf den Arbeitsmarkt drängten und teils bis heute beruflich nicht vorankommen. Im Bild der Parteivorsitzende Sohei Kamiya im Oberhauswahlkampf 2025. Foto: © Kazuki Oishi, Imago.

Rechtsaußenpartei nicht gerade für Wirtschaftskompetenz. Ein Teil der Antwort wurzelt in den frühen 1990er-Jahren.

Damals standen Deutschland, Japan und die USA aus unterschiedlichen Gründen vor erheblichen sozioökonomischen Herausforderungen. Mit dem Spruch „It's the economy, stupid“ schwor James Carville, Wahlkampfberater von Bill Clinton, die Demokraten 1992 vor dem Hintergrund der Rezession darauf ein, die US-Präsidentschaftskampagne komplett auf das Thema Wirtschaft auszurichten.⁸ Deutschland musste die Folgen der Wiedervereinigung bewältigen. Viele Menschen in Ostdeutschland verloren ihren Job. In Japan war die Immobilienblase geplatzt und die von vielen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs verwöhnte „Japan AG“ zusammengebrochen. Was folgte, waren die „Japan-Krise“ und drei verlorene Jahrzehnte. Wer in den 1990er-Jahren die Ausbildung abgeschlossen hatte, fand auf dem Arbeitsmarkt nur schwer eine unbefristete Vollzeitstelle mit ausreichender Bezahlung. Darunter leidet Japans „Eiszeit-Generation“ beruflich bis heute.⁹ Die Nachwahlbefragung von Asahi Shimbun ergab, dass Sanseitō bei der Oberhauswahl unter Männern (60 Prozent) deutlich mehr Zuspruch fand als unter Frauen. Im Alter zwischen 40 und 59 Jahren stammen 42 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die im Juli 2025 bei der Oberhauswahl mit ihrer Zweitstimme für die Rechtsaußenpartei votiert haben, aus dieser „Eiszeit-Generation“.¹⁰

Premierministerin Takaichi sieht sich in der politischen Nachfolge des Wirtschafts- reformers Shinzō Abe.

So wie Anfang der 1990er-Jahre in den krisengeschüttelten USA die Republikaner von den Demokraten abgelöst wurden, schieden 1993 in Japan erstmalig nach 38 Jahren auch die Liberaldemokraten aus der Regierung aus. Zwar brach das neue Koalitionsbündnis aus sieben Parteien rasch wieder auseinander und die LDP saß schon

1994 wieder im Sattel; für den Politikwissenschaftler Toru Yoshida markierte der damalige Regierungswechsel dennoch einen häufig vernachlässigten Wendepunkt: „Es bildeten sich gegensätzliche Lager von ‚Modernisierern‘ und ‚Konservativen‘, die die alte Spaltung zwischen Links und Rechts ersetzten. Auf der Wählerebene war ab diesem Zeitpunkt eindeutig, dass die Wählerschaft begann, zwischen reformistischen und antireformistischen Präferenzen zu wählen.“¹¹ Die Amtszeit von Jun'ichirō Koizumi (2001 bis 2006) war ein Ergebnis dieser Entwicklung. Dieser LDP-Premierminister setzte in Japan gegen erhebliche Widerstände, auch aus den Reihen der eigenen Partei, weitreichende Reformen durch. In der Bevölkerung genoss Koizumi hohes Ansehen. Sein Nachfolger Shinzō Abe, Premierminister von 2006 bis 2007 und erneut von 2012 bis 2020, zählte ebenfalls zu den Reformern unter den Regierungschefs der jüngeren Vergangenheit. Das erklärt, warum sich jetzt Premierministerin Takaichi in der politischen Nachfolge von Shinzō Abe sieht.

Nach kaum einem Monat im Amt hat Takaichis Regierung ein umfassendes Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, das nach einer Umfrage von Yomiuri Shimbun von 63 Prozent der Befragten als „gut“ bewertet wurde. Unter der Anhängerschaft von LDP und JIP lag die Zustimmung bei 72 Prozent. Auch unter den Unabhängigen (59 Prozent) und den Anhängerinnen und Anhängern der Oppositionsparteien (56 Prozent) fand das Paket mehrheitlich Anklang.¹² Takaichis Ausspruch „arbeiten, arbeiten, arbeiten, arbeiten, arbeiten“ wurde Anfang Dezember zum Schlagwort des vergangenen Jahres gekürt.¹³

Konservatismus: „Kaiserliche Familie, kulturelles Erbe, Gedächtnis der Nation“

Aber nicht nur bei der dringend erforderlichen Ankurbelung der Wirtschaft und des Binnenkonsums orientiert sich die 64-Jährige am Reformeifer ihres politischen Mentors. Der 2022 ermordete Abe gehörte innerhalb der LDP ebenso wie Koizumi der stramm konservativen Seiwakai-Fraktion an, die 2024 nach Bekanntwerden eines großen Parteispendenskandals

aufgelöst wurde. In dieser Gruppierung hatte auch Premierministerin Takaichi ihre politische Heimat. Takaichis Amtsvorgänger Fumio Kishida und Shigeru Ishiba zählten innerhalb der LDP hingegen zur deutlich moderateren Kōchikai-Fraktion beziehungsweise wurden von dieser zumindest unterstützt.¹⁴ Abe war noch in der Lage, den nationalistischen Flügel seiner Partei bei der Stange zu halten. Bis zum Ende seiner Amtszeit war die LDP keine „Partei der Mitte“ nach deutschem Verständnis, sondern eine Volkspartei in der Mitte des konservativen Wählerspektrums mit dem Anspruch, von mitte-rechts bis ganz rechts außen alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. 2020 gründete sich rechts der Liberaldemokraten dann Sanseitō – und 2023 die KPJ. Beide Gruppierungen haben in den Medien eine Diskussion darüber losgetreten, wofür die Liberaldemokraten heute eigentlich stehen.¹⁵

Mit ihrer konservativeren Politik kommt die Premierministerin vor allem, aber nicht nur, rechts der Mitte gut an.

Aus Sicht von Tomohiko Taniguchi, dem Vorsitzenden der einflussreichen Lobbyorganisation Nippon Kaigi, dreht sich Konservatismus in Japan um drei Dinge: „Wir sind hier, um das zu bewahren, was über Generationen hinweg weitergegeben wurde – die kaiserliche Familie, das kulturelle Erbe, das Gedächtnis der Nation.“ Taniguchi ist davon überzeugt, dass „grenzenloser Liberalismus“ die japanische Identität bedroht: „Denken Sie an den Berg Fuji. Ein Berg, ja – aber vor allem eine heilige Stätte. Heute besteigen Menschen ihn und schwenken Fahnen, um ‚Likes‘ in den sozialen Medien zu bekommen. Diese symbolische Entweihung verursacht Schmerz.“ Für Arbeitskräfte aus China fordert Taniguchi ein Quotensystem mit Obergrenzen. Überdies setzt sich Nippon Kaigi dafür ein, die kaiserliche Thronfolge in männlicher Linie

festzuschreiben. Außerdem soll Artikel 9 der japanischen Verfassung um eine dritte Klausel ergänzt werden, die die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte ausdrücklich anerkennt.

Während der Amtszeit von Premierminister Abe seien die Liberaldemokraten dieser Linie gefolgt, versichert Taniguchi. „Nachdem Abe weg ist und Fumio Kishida das, was die Partei ausmachte, demontiert hat, unterstützen wir die LDP nicht mehr blindlings.“¹⁶ Auch in diesem Punkt stand Sanae Takaichi mithin unter hohem Reformdruck. Sie musste die Reihen wieder schließen. Mit ihrer konservativeren Politik kam die neue Premierministerin bereits in den ersten Wochen nach ihrem Regierungsantritt vor allem – aber nicht nur – rechts der Mitte gut an.

Nach den Mitte November 2025 veröffentlichten Ergebnissen einer Umfrage von Asahi Shimbun wurde die Regierungskoalition aus LDP und JIP von fast 70 Prozent der Befragten unterstützt; nur 17 Prozent lehnten sie ab. 66 Prozent hielten die von Takaichi versprochene strengere Einwanderungspolitik für „vielversprechend“. 56 Prozent, darunter viele jüngere Menschen, meinten, der Inselstaat brauche weniger Besucher und Einwanderer.¹⁷ Jeder neue Skandal, parteiinterne Streitigkeiten oder „falsche“ Äußerungen der Premierministerin hätten den politischen Rückenwind – vor allem aus den Reihen der jüngeren Wählerinnen und Wähler – wohl wieder deutlich geschwächt; stattdessen hielten sich die Zustimmungswerte bis in den Januar 2026. Für die vorgezogene Unterhauswahl war damit der Weg geebnet.

Regierungsfähigkeit: „Politik im LDP-Stil, aber kompetent umgesetzt“

Zum zweiten Mal in ihrer 70-jährigen Geschichte wurden die Liberaldemokraten 2009 abgewählt. Damals gewann die inzwischen aufgelöste Demokratische Partei Japans (DPJ) vor allem deshalb, weil sie in ihrem Wahlprogramm keine klientelistischen Wohltaten für Unterstützer- und Interessengruppen versprach, sondern mit der Ankündigung grundlegender politischer

Reformen der Genehmigungsverfahren und Entscheidungsfindungsprozesse im Zusammenwirken von Exekutive und Legislative glaubhaft ihre Regierungsfähigkeit unterstrich.¹⁸ Dann brach 2011 die Fukushima-Katastrophe über Japan herein. Aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler versagte die DPJ im Umgang mit der Krise. Ein Jahr später kehrte deshalb Shinzō Abe mit der LDP und dem kleinen Koalitionspartner Kōmeitō an die Regierung zurück. Der Versuch eines linken Kabinetts war für die Menschen im Land damit zum zweiten Mal gescheitert. Die Politikverdrossenheit stieg und die Wahlbeteiligung fiel in den Jahren danach.

Die Liberaldemokraten hatten ab 2012 im Grunde genommen nur einen ernsthaften Herausfor-

derer, nämlich ihren heutigen Koalitionspartner JIP. Programmatisch lagen die beiden Parteien dicht beieinander. Die Innovationspartei hatte sich 2010 als lokale Gruppe von der LDP abgespalten, weil sie den Reformkurs von Ex-Premierminister Koizumi fortsetzen wollte. Ihr gelang es, die Vorherrschaft der LDP in der Region Osaka zu brechen.¹⁹ Bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie erhielt die Partei auf lokaler und regionaler Ebene gute Noten.²⁰ Angesichts ihres Charakters als Regionalpartei ist die JIP für die LDP gewissermaßen das, was in Deutschland die CSU für die CDU ist, wobei die Kandidaten beider Parteien in den Wahlkreisen in Osaka und darüber hinaus gegeneinander antreten. Trotz Koalitionsbündnis stellte die JIP in der neuen japanischen Regierung jedoch kei-



Billionen-Haushalt in der Debatte: Yuichiro Tamaki, Vorsitzender der oppositionellen DVP, befragt Premierministerin Sanae Takaichi am 10. Dezember 2025 im Haushaltsausschuss des Unterhauses zum geplanten Rekordhaushalt von 122,3 Billionen Yen, der die erhofften Wachstumsimpulse für die japanische Wirtschaft erbringen soll. Foto: © AFLO, Imago.

nen Minister. Das Regierungsgeschäft wollte sie auch nach der Unterhauswahl zumindest bis zu einer für Herbst geplanten Kabinettsumbildung den Liberaldemokraten überlassen. Daran hat sich nach der Unterhauswahl nichts geändert.

Die LDP gilt vielen Japanerinnen und Japanern seit Jahrzehnten als „natürliche“ Regierungspartei. Hinter ihr standen mächtige Wirtschaftsverbände, die Agrar- und die Fischereilobby. Lokale Unterstützerguppen (*Kōenkai*) organisierten für „ihren“ LDP-Kandidaten den Wahlkampf.²¹ Zum System der „organisierten Stimmen“ (*Soshikihyō*) zählten auch religiöse Gruppierungen. Da bis zur Wahlrechtsreform Mitte der 1990er-Jahre nur die Erststimme zählte, traten gleich mehrere LDP-Kandidaten in den Wahlkreisen gegeneinander an. Sie konnten sich programmatisch nicht voneinander absetzen, sondern nur hinsichtlich ihrer jeweiligen Unterstützerguppen. Unter den LDP-Kandidaten, die nicht aus der Lokalpolitik stammten, sind viele Absolventen der japanischen Top-Universitäten. Vor ihrem Wechsel in die Politik hatten sie Berufs- und Führungserfahrung in der Ministerialbürokratie, staatlichen Behörden, Wirtschaftsunternehmen und Verbänden gesammelt.²² Insbesondere aus dieser Gruppe rekrutieren sich traditionell die Spitzenkräfte in Partei und Regierung.

Mit einem Rekordvolumen von 122,3 Billionen Yen soll der Haushalt 2026 die Konjunktur nachhaltig beleben.

Die LDP genoss mit ihrer Regierungsfähigkeit in der Bevölkerung über viele Jahrzehnte einen erheblichen Vertrauensvorschluss. Umfragen über die Wahlen von 2012, 2017 und 2024 ergaben beispielsweise, dass 22 Prozent der Befragten, die eigentlich die politischen Positionen der Kommunistische Partei Japans befürworteten, trotzdem die Liberaldemokraten wählen wollten. Das Politikpaket der LDP wurde von nur sieben Prozent der Befragten favorisiert. Trotzdem

wollten 38 Prozent den Liberaldemokraten ihre Stimme geben.²³ Deren Glaubwürdigkeit hat seit Ende 2023 nach der Aufdeckung des Parteispendskandals erheblich gelitten. Die Stimmenverluste der LDP bei der Unterhauswahl 2024 waren teilweise darauf zurückzuführen. Michael MacArthur Bosack geht in seinem Kommentar für die Japan Times auch nicht davon aus, dass die Oberhauswahl 2025 „den Aufstieg des konservativen Populismus in Japan und eine fremdenfeindliche und rückschrittliche Politik signalisiert“ habe. Das wichtigste Thema sei bei dieser Wahl die wirtschaftliche Belastung der privaten Haushalte gewesen, und die Wählerinnen und Wähler hätten die LDP für ihre „anhaltende Unfähigkeit“ abgestraft, dieses grundlegende Problem anzugehen. Der Wunsch nach einer „Politik im Stil der LDP“ bestehe weiterhin, aber nur, wenn diese „kompetent umgesetzt“ werde.²⁴ Mit Hochdruck arbeitet die japanische Regierung seit der Unterhauswahl deshalb an der Verabschiedung des Haushalts für das Steuerjahr 2026. Er soll ab April mit einem geplanten Rekordvolumen von 122,3 Billionen Yen (derzeit umgerechnet rund 670 Milliarden Euro) die Weichen für eine nachhaltige Belebung der Konjunktur stellen.

Partizipation: „Klare Zukunftsvision anbieten“

Das *Soshikihyō*-System mit seinen über Unterstützerguppen und Verbände „organisierten Stimmen“ hat jahrzehntelang verlässlich funktioniert. Seit der Wahlrechtsreform Mitte der 1990er-Jahre verliert es aber zunehmend an Bedeutung. Nach und nach wurde es bei der Einflussnahme auf die Wählerpräferenzen von der klassischen Medienberichterstattung verdrängt. Daneben treten inzwischen Onlinekampagnen.

Sanseitō hat nach ihrer Gründung 2020 die klassischen Medien ausgeklammert und sich vor allem auf YouTube positioniert.²⁵ Ihren rund 70.000 Mitgliedern (Juli 2025) liefert die Partei online einen täglichen Nachrichten-Podcast. Sie hat lokale und regionale Chat-Gruppen eingerichtet und lädt ihre Anhängerinnen und Anhänger zu den Weiterbildungskursen der parteieigenen

DIY School ein.²⁶ Sanseitō verlangt gestaffelte und vergleichsweise hohe monatliche Mitgliedsbeiträge. Wer mehr zahlt, hat größere Mitspracherechte.²⁷

Die meisten Anhängerinnen und Anhänger der Rechtsaußenpartei gehören der städtischen und vorstädtischen Mittelschicht an. Sanseitō positionierte sich mit Ortsverbänden in fast allen der insgesamt 289 Einmandatswahlkreise für das Unterhaus, also auch dort, wo sich die Kandidatinnen und Kandidaten mit ihrem Erststimmenergebnis keine Chancen auf einen Sitz ausrechnen durften. Da die Wählerinnen und Wähler den Namen des betreffenden Kandidaten auch auf dem zweiten Stimmzettel eintragen dürfen, bestand aber die Möglichkeit, per Verhältniswahl dennoch ins Unterhaus einzuziehen. Selbst dort, wo die betreffenden Kandidaten nach Mehrheitswahl praktisch keine Chance hatten, warben die Ortsverbände als „Bodentruppen“ deshalb nach Kräften für die Partei und deren Vorsitzenden Sohei Kamiya.²⁸ Im Ergebnis konnte Sanseitō die Zahl ihrer Unterhaussitze so von drei auf 15 deutlich erhöhen.

Noch bei der Oberhauswahl Mitte vergangenen Jahres galt, dass sich die Anhängerinnen und Anhänger von Sanseitō, Reiwa Shinsengumi und DVP deutlich stärker sowohl mit ihrer jeweiligen Partei als auch mit deren Führungspersonen identifizierten als diejenigen der LDP.²⁹ Die Liberaldemokraten nutzten jetzt die Chance, mit Sanae Takaichi bei der Unterhauswahl eine überaus populäre Galionsfigur ins Rennen zu schicken. Mit einer Followerschaft von knapp 2,4 Millionen auf X sollte die Premierministerin auch jüngere und unentschlossene Wählerinnen und Wähler mobilisieren.³⁰ Das funktionierte: Allein während des nur zwöftägigen Wahlkampfes meldeten sich auf Takaichis X-Konto rund 35.000 neue Followerinnen und Follower an. Die Videos und Werbespots der LDP auf YouTube wurden ab der zweiten Januarhälfte bis zur Wahl mehr als 200 Millionen Mal aufgerufen.³¹ Die Wahlbeteiligung lag mit gut 56 Prozent trotz winterlicher Temperaturen und heftigen Schneefalls schließlich sogar über dem Niveau der Unterhauswahl 2024.

Mit Sanae Takaichi als Parteichefin und Premierministerin ist den Liberaldemokraten nach dem Parteispendenskandal und den Stimmenverlusten der vergangenen beiden Jahre ein fulminantes Comeback gelungen. Takaichi war nach ihrem Amtsantritt im Oktober 2025 sicherlich gut beraten, ihre vier Gegenkandidaten für den Parteivorsitz in der neuen Regierung jeweils mit Ministerposten zu bedienen. Damit konnte sie ihre Kritiker in den eigenen Reihen versöhnlich stimmen. Nachdem sie der LDP jetzt zu einer Zweidrittelmehrheit im Unterhaus verholfen hat, wird sie parteiinterne Grabenkämpfe absehbar nicht befürchten müssen. Takaichi ist aber nicht nur deshalb gewählt worden, weil sie überaus populär ist, sondern auch, weil sie weitreichende Reformen und ein erfolgreiches Krisenmanagement versprochen hat. Die Liberaldemokraten müssen unter ihrer Parteichefin erst noch beweisen, dass sie dazu in der Lage sind. 70 Jahre nach ihrer Gründung müsse die Partei, so Yomiuri Shimbun in einem Leitartikel aus dem vergangenen Jahr, „eine klare Vision für die Zukunft bieten“.³² Nicht der linke oder rechte Rand des politischen Parteienspektrums oder die Polarisierung der japanischen Gesellschaft, sondern der Zusammenhalt der Liberaldemokraten bei den jetzt anstehenden Herkulesaufgaben dürfte darüber entscheiden, ob Sanae Takaichi in einigen Jahren mit Shinzō Abe verglichen wird.

- 1 Naito, Edo 2025: What is a 'Japanese conservative' in this day and age?, *The Japan Times*, 31.08.2025, in: <https://ogy.de/wcar> [24.11.2025].
- 2 Edelman 2025: Japan's 2025 Upper House Election Results, 24.07.2025, in: <https://ogy.de/abyu> [22.11.2025].
- 3 Johnston, Eric 2025: As it turns 70, LDP struggles to find its fountain of youth, *The Japan Times*, 16.03.2025, in: <https://ogy.de/1fnh> [07.12.2025].
- 4 Johnston, Eric 2025: Who's who in the LDP presidential race?, *The Japan Times*, 22.09.2025, in: <https://ogy.de/s2iy> [06.12.2025].
- 5 Linnarz, Paul 2025: Doppelte Zäsur. Das japanische Unterhaus wählt Sanae Takaichi zur Premierministerin, *Länderberichte*, Konrad-Adenauer-Stiftung, 21.10.2025, in: <https://ogy.de/k3se> [06.12.2025].
- 6 Richter, Carolin 2021: Das ostasiatische Krisenmanagement in der Corona-Pandemie am Beispiel von Japan und ob es als Vorbild für Deutschland dienen kann., 31.05.2021, S. 16, in: <https://ogy.de/ldfr> [21.11.2025].
- 7 The Yomiuri Shimbun 2026: Poll Shows 55% Feel Good about Election Result; High Expectations for Takaichi's Political Positions Seen as Largest Driver of Support, *The Japan News*, 11.02.2026, in: <https://ogy.de/gr6n> [22.02.2026].
- 8 Goddard, Taegan 2024: It's the Economy Stupid, *Goddard Media*, in: <https://ogy.de/loab> [07.12.2025].
- 9 NHK 2025: Japan's lost generation missing out on wage hikes, 21.02.2025, in: <https://ogy.de/x2hy> [22.11.2025].
- 10 The Asahi Shimbun 2025: Sanseito, DPP sharply increase their presence in Upper House, 21.07.2025, in: <https://ogy.de/zte7> [07.12.2025].
- 11 Yoshida, Toru 2012: The change of government in Japan: temporality and institutional constraints on alternation, *University of Tokyo Journal of Law and Politics* Vol. 9, S. 49 f., in: <https://ogy.de/nwgf> [07.12.2025].
- 12 The Yomiuri Shimbun 2025: Japan PM Takaichi's Economic Policies Rated Well, *Yomiuri Poll Finds*, *The Japan News*, 24.11.2025, in: <https://ogy.de/m6cx> [07.12.2025].
- 13 The Sankei Shimbun 2025: Takaichi's 'Work, Work, and Work' Soundbite Wins Buzzword of the Year, *JAPAN Forward*, 01.12.2025, in: <https://ogy.de/0k47> [07.12.2025].
- 14 Yōichi, Serikawa 2025: Takaichi Sanae: The LDP's Last Hope to Avoid Further Decline?, *Nippon*, 07.10.2025, in: <https://ogy.de/713j> [30.11.2025].
- 15 Naito 2025, N. 1.
- 16 Manning, Daniel 2025: What Is Nippon Kaigi? Its New Chair Explains, *JAPAN Forward*, 01.08.2025, in: <https://ogy.de/9bz6> [24.11.2025].
- 17 Kimijima, Hiroshi 2025: Survey: 66% back Takaichi's tougher policies on immigration, *The Asahi Shimbun*, 17.11.2025, in: <https://ogy.de/s9qg> [24.11.2025].
- 18 Yoshida 2012, N. 11, S. 54 f.
- 19 Fahey, Robert Andrew / Marcantuoni, Romeo 2025: From conspiracy theory movement to challenger party: The case of Japan's Sanseitō, *WIAS Discussion Paper No. 2024-001*, 23.01.2025, S. 15 f., in: <https://ogy.de/cuql> [30.11.2025].
- 20 Kuriwaki, Shiro / Horiuchi, Yusaku / Smith, Daniel M. 2025: Winning Elections with Unpopular Policies: Valence Advantage and Single-Party Dominance in Japan, in: *Quarterly Journal of Political Science* 20: 4, 07.05.2025, S. 439–476, hier: S. 468 f., in: <https://ogy.de/4zao> [02.03.2026].
- 21 Yoshida 2012, N. 11, S. 48.
- 22 Sugimori, Kōji 1968: The Social Background of Political Leadership in Japan, in: *The Developing Economies* 6: 4, 12/1968, S. 487–509, hier: S. 492 ff., in: <https://ogy.de/mbot> [30.11.2025].
- 23 Itō, Daiichi 1968: The Bureaucracy: Its Attitudes and Behavior, in: *The Developing Economies* 6: 4, 12/1968, S. 446–467, hier: S. 459, in: <https://ogy.de/mbot> [30.11.2025].
- 24 Bosack, Michael MacArthur 2025: Conservatives win big in Japan — just not the Liberal Democratic Party, *The Japan Times*, 21.07.2025, in: <https://ogy.de/bbis> [08.12.2025].
- 25 Sanseito Official: 参政党【公式】(Koalitionspartei Offiziell), YouTube, in: <https://ogy.de/mg2a> [08.12.2025].
- 26 DIY School 6th: グローバリズムと日本人ファースト (Globalism and Japan First), in: <https://ogy.de/3yex> [08.12.2025].
- 27 Ninivaggi, Gabriele 2025: Doctrine forms the core of Sanseito's strategy, with some caveats, *The Japan Times*, 16.10.2025, in: <https://ogy.de/f5ua> [08.12.2025].
- 28 Tsunehira, Furuya 2025: Behind Sanseitō's Electoral Explosion: Bottom-Up Strategy Propels „Japanese First“ Party, *Nippon*, 19.09.2025, in: <https://ogy.de/x81j> [30.11.2025].
- 29 Masaki, Hata 2025: The Passion Behind the Politics: Survey Sheds Light on Support for Japan's Parties, Candidates, *Nippon*, 05.09.2025, in: <https://ogy.de/hdt4> [30.11.2025].
- 30 Takata, Akira 2025: PM Takaichi's Use of Social Media Draws Public Interest, Carries Risks, *The Japan News*, 30.11.2025, in: <https://ogy.de/9nsk> [08.12.2025].
- 31 Yasuda, Tatsuro / Fuji, Ryohei 2026: PM Takaichi's Online Popularity Also Drives LDP to Landslide Victory in Japan's Election, Followers on X Increased Rapidly During Campaign, *The Japan News*, 10.02.2026, in: <https://ogy.de/5clm> [20.02.2026].
- 32 The Yomiuri Shimbun 2025: 70th Anniversary of LDP's Founding: Fulfill Responsibilities As Central Player in Politics / Must Change Its Nature in Multiparty Era, *The Japan News*, 15.11.2025, in: <https://ogy.de/351l> [09.12.2025].

Ein K-Drama in Endlos-Schleife

Die Herausforderungen der Polarisierung für die konservative Seite der südkoreanischen Politik

Foto: © NurPhoto, Imago.

Auf einen Blick

Die gesellschaftliche Polarisierung Südkoreas prägt Politik und Alltag tiefgreifend. Historische Erfahrungen, konfuzianische Traditionen und aktuelle Konflikte wie das kurzzeitige Kriegsrecht 2024 verschärfen Spannungen zwischen dem progressiven und dem konservativen Lager. Wirtschaftliche Unsicherheiten, steigende Lebenshaltungskosten sowie eine ausgeprägte Abhängigkeit von internationalen Märkten verstärken den gesellschaftlichen Druck.

Demografischer Wandel, extreme Bildungsanforderungen und Wohnungsknappheit belasten besonders junge Generationen. Gleichzeitig verändern Rollenbilder und strukturelle Benachteiligungen von Frauen gesellschaftliche Dynamiken, während Wehrpflicht und

Arbeitsmarktkonkurrenz bei manchen jungen Männern zu neuem Antifeminismus führen.

Die konservative People Power Party ist innerlich tief zerstritten. Der Konflikt um die Aufarbeitung des Kriegsrechts paralyisiert die Partei, schwächt ihre Oppositionsfähigkeit und befeuert einen Richtungskampf zwischen moderaten Kräften und radikaleren Anhängern des ehemaligen Präsidenten Yoon Suk-yeol.

Trotz dieser Spannungen bleiben die demokratischen Institutionen stabil. Gerichte, Medien und Bevölkerung verteidigen demokratische Grundsätze. Außerdem gefährdet die politische Polarisierung die grundlegende Stabilität des Landes nicht.



Henrik Braun ist Leiter des Auslandsbüros Korea der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Seoul.

Über Jahrhunderte konnte Korea als ein Königreich verstanden werden, das sich abriegelte, um politische Stabilität zu wahren und sich gegen äußere Bedrohungen zu schützen. Vor der Außenwelt schottete sich das Land aus Furcht vor einer japanischen Invasion ab. Das kann Folgen haben. Manchmal haben Traditionen eine besondere Langlebigkeit. Wenigstens in Spuren kann man diese bei näherem Hinsehen nach wie vor erkennen. Ob sich hier die Wurzeln der im Quervergleich ausgeprägten Polarisierung der koreanischen Gesellschaft und ihres Parteiensystems finden lassen, sei dahingestellt – denkbar ist es jedoch. Eine gewisse Rolle dürfte dabei auch das Erbe des koreanischen Konfuzianismus spielen, an dessen Regeln sich noch immer viele gebunden fühlen und sich – bewusst oder unbewusst – orientieren.

Die jüngeren Ereignisse in Südkorea, ausgelöst durch das überraschende Ausrufen des Kriegsrechts durch den damaligen Präsidenten Yoon Suk-yeol im Dezember 2024, haben der bereits zuvor gegenwärtigen und greifbaren Polarisierung einen weiteren Schub verliehen. Insbesondere Themen, die den Wohlstand und das wirtschaftliche Wachstum des Landes beeinflussen, bergen zudem Potenzial für weitere gesellschaftliche Spannungen:

Außenwirtschaftliche Abhängigkeit und Protektionismus: Trotz der vorläufigen Einigung im Zollstreit – erkaufte durch Investitionszusagen in Höhe von 350 Milliarden US-Dollar über mehrere Jahre – bleiben die protektionistischen Ambitionen der USA (etwa Zölle in Höhe von 25 Prozent auf PKW und 50 Prozent auf Stahl) eine reale Gefahr. Die Unberechenbarkeit der US-Regierung lässt zudem weitere Forderungen, etwa im Bereich des *burden sharing* bei den Sicherheitsgarantien, jederzeit möglich erscheinen.

Sicherheitspolitische Eskalation durch Nordkorea: Die Entsendung nordkoreanischer Truppen in die Ukraine im April 2024 löste in Südkorea tiefe Besorgnis aus: Es wird befürchtet, dass Nordkorea die in der Ukraine gewonnenen Erkenntnisse in der modernen Kriegsführung gegen den „feindlichen Staat“ südlich des 38. Breitengrads einsetzen und moderne Militärtechnologie erhalten könnte.

Wirtschaftliche Stagnation und Wohnungskrise: Als wesentlich kann auch der steigende Druck infolge einer wirtschaftlichen Abschwächung gelten. Seit 2015 verlor der Won rund 26 Prozent an Wert. Von besonderer Bedeutung sind die Entwicklungen auf den Immobilienmärkten – präziser: auf den Immobilienmärkten der Großstädte. In überragendem Maße gilt diese Feststellung für den Markt des Großraums Seoul (Metropolitan Area), genannt Sudogwon – eine der bevölkerungsreichsten und am dichtesten besiedelten Metropolregionen der Welt. Allein von Januar 2023 bis April 2025 stiegen die Wohnungspreise um 16,1 Prozent.¹ Die Tendenz ist dabei zunehmend. Kein anderer Ballungsraum in den größeren Industriestaaten (abgesehen von Stadtstaaten) vereinigt einen so hohen Anteil der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Staates auf sich (50,7 Prozent²).

Demografische Krise: Mit zunehmender Dynamik wird überdies die demografische Entwicklung in Südkorea sowohl die Politik als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt prägen. Das Land wies im Jahr 2025 mit 0,75 Kindern je Frau die weltweit niedrigste Geburtenrate auf.³ Zu den Ursachen zählen etwa der enorme Leistungsdruck und der hohe Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, prohibitive Kosten für Bildung und Wohnraum sowie starre Rollenbilder in der Kinderbetreuung.

Wesentliche Dysbalancen

Die Polarisierung der Gesellschaft in Südkorea ist geprägt durch eine Mischung aus historischen, politischen und sozialen Faktoren. Sie resultiert aus der Kombination der autoritären Herrschaftsperiode (bis 1987), der schnellen Demokratisierung, einer beeindruckenden Wirtschafts- und Technologieentwicklung in den vergangenen Dekaden sowie stark divergierender Einstellungen zum Umgang mit Nordkorea. Diese Spaltung wird durch unterschiedliche Lebenskonzepte der Generationen, widerstrebende politische Ideologien und ein verändertes Mediennutzungsverhalten verstärkt – letzteres in einem exzessiven Ausmaß bei den Jüngeren. Ältere Menschen neigen zu konservativeren Ansichten und legen Wert auf einen stabilen sozialen Status, während jüngere Generationen wirtschaftliche Unsicherheiten und Zukunftsängste stärker spüren, sich hohen Anforderungen ausgesetzt sehen und kritischer eingestellt sind.

Politisch zeigt sich die Polarisierung darin, dass sich gesellschaftliche Gruppen ideologisch stark auseinanderdividieren – meist entlang der Frontlinien zwischen dem rechtskonservativen und dem linksliberalen Block, derzeit repräsentiert durch die People Power Party (PPP) einerseits und die Demokratische Partei (Minju) andererseits. Eine wesentliche Rolle spielen verschiedene Ansätze und einander diametral entgegenstehende Sichtweisen bezüglich des Verhältnisses zu Nordkorea. Auf der einen Seite finden sich die, die Nordkorea primär als militärische Bedrohung begreifen, welche in Partnerschaft mit den USA abzuschrecken ist. Ziel ist dabei die vollständige Denuklearisierung des Nordens. Eine Wiedervereinigung wird teilweise mit einer „Übernahme“ gleichgesetzt. Demgegenüber steht auf der anderen Seite der Wunsch, durch Annäherung, wirtschaftliche Kooperation und humanitäre Hilfe Spannungen abzubauen, Sicherheitsbedürfnisse des Nordens anzuerkennen und eine friedliche Koexistenz herzustellen.

Die politische Landschaft ist von einem intensiven Konflikt geprägt, wobei sich die Parteien weniger um gesellschaftlichen Dialog bemühen,

sondern vor allem die Mobilisierung ihrer jeweiligen Basis im Blick haben. Diese Konstellation führt zu einer stark ideologisierten Wahlentscheidung mit wenig Raum für Einvernehmen, Ausgleich oder Verständnis zwischen den Lagern.

Medien spielen eine entscheidende Rolle: Da ältere Generationen naturgemäß auf traditionellere Informationsquellen zurückgreifen, während jüngere vor allem soziale Medien nutzen, werden Filterblasen und gesellschaftliche Fragmentierung verstärkt. Weitere belastende Faktoren sind wirtschaftliche Ängste, steigende Lebenshaltungskosten sowie Generationenkonflikte, die die Gesellschaft zusätzlich spalten. Die Stimmung wird durch populistische Politiker und radikale Stimmen in der Gesellschaft weiter angeheizt. Zusammen kulminieren diese Faktoren in einer gesellschaftlichen Polarisierung, die Südkorea gegenwärtig so tief gespalten erscheinen lässt wie nie zuvor.⁴

Im internationalen Vergleich wies Südkorea 2021 die zweithöchste Selbstmordrate auf.

Megathema Bildung

Es scheint, als habe in diesem Land kaum etwas eine so herausragende Bedeutung wie die Bildung. Schüler sind höchstem Leistungsdruck ausgesetzt und für Nachhilfeunterricht werden Unsummen ausgegeben. Einzig das Ergebnis der Hochschulaufnahmeprüfung (Suneung) ist entscheidend für den Zugang zu einer Universität. Ziel sind die prestigeträchtigen SKY-Universitäten (Seoul National University, Korea University und Yonsei University), aus deren Absolventen sich die Eliten in Politik und Großkonzernen (Chaebols) und sonstigen Spitzenpositionen rekrutieren. Wenn also die neunstündige Hochschulaufnahmeprüfung im November jedes Jahres ansteht, nimmt die Öffentlichkeit Rücksicht. Geschäfte, Börsen und Banken öffnen nicht oder

später, Flughäfen werden geschlossen, Bauarbeiten eingestellt. Der PISA-Test 2022 zeigt ein klares Ergebnis dieser Mühen: Hinter Singapur und Japan belegt Südkorea den dritten Platz.⁵

Der die Gesellschaft durchdringende Leistungsdruck hat Folgen. Konkurrenz muss man auf Abstand halten, um eigenen Ansprüchen und den Erwartungen anderer zu entsprechen. Im internationalen Vergleich wies Südkorea 2021 zudem die zweithöchste Selbstmordrate auf.⁶

Frauen trotzen der Tradition

Konfliktpotenzial birgt auch ein weiteres zentrales Thema: die an die Frauen gestellten traditionellen Erwartungen beziehungsweise deren Ablehnung. Die Rolle der Frauen in Südkorea hat sich im Laufe der Zeit erheblich gewandelt. Traditionell waren Frauen vor allem auf ihre Rolle in der Familie beschränkt. Als Tochter, Ehefrau oder Mutter waren sie rechtlich und sozial grundsätzlich von männlichen Familienmitgliedern abhängig und auf den privaten Raum (Haushalt,

Pflege, Erziehung) beschränkt. Ein eigenständiges Leben außerhalb dieses Kollektivs war kaum vorgesehen. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Südkoreas ab den 1980er-Jahren ermöglichte Frauen den Zugang zu akademischer Bildung auf Augenhöhe mit Männern. Die höhere Bildung erlaubte den Zugang zu qualifizierten Berufen sowie verbesserte Lebensaussichten und berufliche Karriereaussichten. Dennoch blieben strukturelle Benachteiligungen am Arbeitsplatz bestehen, da Frauen trotz gleicher Qualifikation häufig diskriminiert werden und Karrierebeschränkungen unterliegen. Dieser Umstand wird dadurch unterstrichen, dass Südkorea weltweit den größten Gender Pay Gap aufweist; 2023 belief er sich auf 29,3 Prozent.⁷ Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich auch vergleichsweise wenige Frauen in Spitzenfunktionen wiederfinden. Ihr Anteil bei den 100 größten koreanischen Unternehmen beträgt lediglich 6,5 Prozent.⁸ Unabhängig davon sind Frauen auch weiterhin mit den althergebrachten traditionellen Erwartungen in Gesellschaft und Familien konfrontiert, die sie maßgeblich in



Entscheidender Moment: Eine Mutter betet für den Erfolg ihres Kindes bei der zentralen Hochschulaufnahmeprüfung. Diese stellt die Weichen für Erfolg oder Misserfolg auf dem Karriereweg. Foto: © Xinhua, Imago.

der Rolle der Hausfrau und Mutter sehen. Einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht diese Haltung klar entgegen. Ausdruck dessen ist ein durchschnittliches Heiratsalter, das in Südkorea kontinuierlich steigt.

Abb. 1: Durchschnittliches Heiratsalter in Südkorea

Jahr Alter	1994	2004	2014	2024
Männer	28,2	30,6	32,4	33,9
Frauen	25,1	27,6	29,8	31,6

Quelle: eigene Darstellung nach Textor, C. 2025: Median age at first marriage in South Korea from 1990 to 2024, by gender, Statista, 29.11.2025, in: <https://ogy.de/nex3> [05.01.2026].

Auch das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes ist infolgedessen signifikant gestiegen: von 26,23 Jahren im Jahr 1993 auf 33,08 Jahre im Jahr 2024.⁹ Diese Entwicklung resultiert aus längeren Ausbildungszeiten, beruflichen Ambitionen und dem Wunsch vieler Frauen, sich nicht ausschließlich auf die Familie, sondern auch auf eine Erwerbsbeteiligung zu konzentrieren und ihre Selbstverwirklichung nicht vollständig aus dem Blick zu verlieren.

Junge Männer wählen tendenziell konservativer.

Wie in Deutschland bringt in Südkorea ebenfalls eine niedrige Kinderzahl gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, wie die Alterung der Bevölkerung und einen zunehmenden Mangel an Nachwuchskräften auf dem Arbeitsmarkt. Viel Unmut ergibt sich darüber hinaus aus dem Umstand, dass sich zahlreiche junge Männer aufgrund des in Südkorea obligatorischen Wehrdienstes gegenüber Frauen benachteiligt fühlen. Der Dienst dauert derzeit 18 bis 21 Monate, betrifft Männer ab 18 Jahren und verzögert ihre Ausbildung, ihren Eintritt in das Erwerbsleben und somit ihre Karrierechancen.

Sie argumentieren, dass Frauen in dieser Zeit ungestört studieren oder arbeiten können, während sie selbst einen harten Dienst leisten müssen. Diese Konstellation führt zu Frustration auf dem wettbewerbsintensiven Arbeitsmarkt mit wenigen guten Jobs. Besonders im Kontext von Frauenquoten oder Gleichstellungsmaßnahmen sehen diese jungen Männer eine „umgekehrte Diskriminierung“. Diese Stimmung hat zu einem Antifeminismus-Trend geführt, der junge Männer tendenziell konservativer wählen lässt. Sie kritisieren Frauenförderung als unfair und lasten ihr teilweise die niedrigen Geburtenraten an.

Parteienlandschaft

Die (partei)politische Zerrüttung ist ein lähmendes und bestimmendes Element der koreanischen Politik. Die sogenannte Nam-Nam-Spaltung ist der hierfür gebräuchliche Begriff („Süd-Süd-Spaltung“ in Anlehnung an die „Nord-Süd-Spaltung“ der gesamten koreanischen Halbinsel nach Ende der japanischen Kolonialherrschaft im Jahr 1945).¹⁰ Der Begriff beschreibt die unversöhnliche Trennung der politischen Lager in Südkorea, durch die die politische Handlungsfähigkeit des Landes stark eingeschränkt wird. Dieser Aspekt war in besonderem Maße zu sehen, als im Nachgang zu den Parlamentswahlen im Jahr 2024 die Blockadehaltung der Opposition die Durchsetzung innenpolitischer Ziele des damaligen und später seines Amtes enthobenen Präsidenten Yoon Suk-yeol verhinderte. Die offensichtliche Unversöhnlichkeit kommt nicht von ungefähr. Sie hat ihre Wurzeln in den Auswirkungen des Korea-Krieges, die einen rigiden, militanten Antikommunismus förderten und eine ausgeprägte Freund-Feind-Differenzierung hervorbrachten.¹¹ Insoweit konnte sich angesichts einer ausgeprägten Entweder-oder-Haltung kein breites und inhaltlich ausdifferenziertes parteipolitisches Spektrum herausbilden. Es gibt zwar viele Parteien, diese sind aber in der Regel klar einem der beiden Lager zuzuordnen. Bei den kleinen Parteien handelt es sich indes meist um „One-Hit-Wonder“, während die größeren Parteien (oder treffender: politischen Strömungen) bei nahezu jeder Wahl unter verändertem Namen auftreten.

Abb. 2: Mandatsverteilung der Parteien in der Nationalversammlung Südkoreas

Mandate nach der Wahl	22. Assembly seit 2024	21. Assembly 2020–2024	20. Assembly 2016–2020	19. Assembly 2012–2016
People Power Party	90			
People Future Party	18			
Democratic Alliance	14			
Rebuilding Korea Party	12			
New Reform Party	3			
New Future Party	1			
Progressive Party	1			
Minjoo Party of Korea		163		
United Future Party		84		
Future Korea Party		19		
Citizen Party		17		
Parti Minjoo ouvert		3		
Democratic Party of Korea	161		123	
People's Party		3	38	
Justice Party		6	6	
Saenuri Party			122	152
Democratic United Party				127
Unified Progressive Party				13
Liberty Forward Party				5
Independents		5	11	3
Sitze gesamt	300	300	300	300
Progressiv	187	180	123	127
Konservativ	111	103	122	157
Progressiv + Konservativ	298	283	245	284
Anteil an den Gesamtmandaten	99%	94%	82%	95%

Quelle: eigene Darstellung nach IPU Parline: Republic of Korea. National Assembly, in: <https://ogy.de/gbar> [04.02.2026].

Wichtig für die Schlagkraft einer Partei in der Nationalversammlung ist die Möglichkeit, eine sogenannte Verhandlungsgruppe (Fraktion) zu bilden. Diese besteht aus mindestens 20 Mandatsträgern. Kleinere Parteien, die weniger als diese Anzahl von Abgeordneten auf sich vereinen,

können sich auch zusammenschließen, um dieses Mindestquorum zu erreichen. Eine Verhandlungsgruppe zu stellen beziehungsweise Teil einer solchen zu sein, ist wesentlich, da hiermit diverse Rechte und Vorteile verbunden sind, die einzelnen oder wenigen Mandatsträgern

vorenthalten werden. Dies betrifft zum einen eine bessere finanzielle Ausstattung und parlamentarische Rederechte, aber zum anderen auch die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und bei Geschäftsordnungsfragen. Ohne die erforderliche kritische Größe in der Nationalversammlung liegen die politischen Einflussmöglichkeiten und die politische Relevanz bei annähernd null. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer der beiden dominanten Strömungen in der Nationalversammlung.

Formal ein Mehrparteien-system, funktioniert die Nationalversammlung wegen der Dominanz zweier Lager de facto als Zweiparteiensystem.

Unabhängig davon, ob den Kleinstparteien in den zurückliegenden Legislaturperioden die Bildung von „Verhandlungsgruppen“ gelungen ist oder nicht, kam diesen angesichts der dominanten Stellung der progressiven (Minju beziehungsweise DPK) und der konservativen Partei (heute PPP) in der Vergangenheit kaum eine Bedeutung zu. Formal setzt sich die Nationalversammlung aus Parlamentariern mehrerer Parteien zusammen und folgt damit den Prinzipien eines Mehrparteiensystems. Die deutliche Vormachtstellung der beiden politischen Lager begründet aber ein auf nur zwei Parteien beruhendes System und wird damit de facto als ein Zweiparteiensystem verstanden. Angesichts der Tatsache, dass beide Strömungen über die vergangenen Legislaturperioden (siehe obige Tabelle) bis zu 99 Prozent der Mandate (2024) auf sich vereinigten (2020: 94 Prozent, 2016: 82 Prozent, 2012: 95 Prozent), lässt sich dieses Verständnis nachvollziehen.

Es gibt auf der konservativen, rechtsorientierten Seite im Prinzip keine Parteien im Wettstreit miteinander. Die aber selbstverständlich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten werden zwischen den Parteiflügeln unter dem Dach der PPP

selbst ausgefochten. Was sich im Großen zwischen den politischen Blöcken auf der linken und der rechten Seite im Lande unerbittlich und konfrontativ gegenübersteht¹², spiegelt sich im konservativen Lager in ähnlicher Weise wider. Das Spektrum reicht von den liberaleren, zukunfts-gewandteren und versöhnlicheren Positionen auf der gemäßigten Seite bis hin zu den sogenannten Asphaltrechten. Der Begriff beschreibt eine regressive, *hardline*-konservative Wählergruppe, die dem ehemaligen Präsidenten Yoon Suk-yeol innerhalb der PPP die Treue hält – oft im Kontext von Protesten auf der Straße. Allein aus Furcht vor der Marginalisierung, also dem Verlust aktueller politischer Einflussmöglichkeiten im Parlament, aber auch nach zukünftigen Wahlen wissen sich beide Seiten aufeinander angewiesen. Derzeit gehören der PPP nach dem Austritt eines Parlamentariers 107 Abgeordnete an. Spalteten sich beispielsweise die Yoon Suk-yeol noch anhängenden Abgeordneten ab, könnte der verbleibende größere Block möglicherweise unter die nicht nur psychologisch bedeutsame Marke von 100 Abgeordneten (ein Drittel der insgesamt 300 Parlamentsmitglieder) fallen und damit die strategisch beachtenswerte qualifizierte Minderheit bei verfassungsrelevanter Gesetzgebung verlieren.

Die Partei ist in ihrer Zerrissenheit gelähmt. Im Zentrum der innerparteilichen Auseinandersetzung steht der Umgang mit den Geschehnissen der jüngeren Vergangenheit, also den Grabenkriegen insbesondere infolge der Aufarbeitung des kurzzeitig am 3. Dezember 2024 bestehenden Kriegsrechts. Finden sich auf der einen Seite diejenigen, die nach wie vor dem ehemaligen, des Amtes enthobenen Präsidenten Yoon Suk-yeol anhängen, die Ausrufung des Kriegsrechts verteidigen, gegen das Amtsenthebungsverfahren opponierten und eine Entschuldigung selbstverständlich ablehnen, gibt es auf der anderen Seite auch die, die das Gegenteil vertreten, mit Yoon gebrochen haben und sich überdies zu einer Entschuldigung durchringen konnten. Mehrheitlich wird in der Partei die Ausrufung des Kriegsrechts als Fehler angesehen. Ebenso mehrheitlich wird aber auch das sich anschließende Amtsenthebungsverfahren gegen den



Links oder rechts: Die Wählerinnen und Wähler in Südkorea haben – wie hier bei der Präsidentschaftswahl im Juni 2025 – in der Regel klare Alternativen. Eine politische Mitte gibt es kaum. Foto: © UPI Photo, Imago.

damaligen Präsidenten rechtlich in Zweifel gezogen. Eine erste Entschuldigung hatte der Ende 2024 zum Interimsparteichef ernannte Kwon Young-se ausgesprochen. Eine insbesondere von der Regierungspartei geforderte erneute Entschuldigung erging von wenigen Parlamentariern zum Jahrestag des Kriegsrechts, was erneut zu Kritik innerhalb des eigenen Lagers führte. Schließlich führt jede neuerliche Entschuldigung dazu, die Stigmatisierung zu verlängern, und erschwert das Bemühen, parteipolitisch wieder in die Vorhand zu gelangen. Insoweit hat die regierungstragende Minju-Partei des derzeitigen Präsidenten Lee Jae-myung jeden Grund, dieses wenig zukunftsgerichtete Thema am Köcheln und damit die Opposition paralysiert zu halten. Damit nicht genug: Eine öffentliche

Spekulation um die Verfassungsmäßigkeit der PPP einschließlich der Überlegung, ein Parteiverbotsverfahren einzuleiten, erhöht den Druck, lenkt von den wesentlichen Herausforderungen (Immobilienkrise, Demografie) ab und führt zu von der PPP unerwünschter Publizität. Auch das Vorhaben der derzeitigen Regierung, eine Neuordnung der Staatsanwaltschaften vorzunehmen, kann als Versuch verstanden werden, diese als Instrumente gegen die oppositionelle PPP insbesondere im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Kriegsrechts zu nutzen. Die gesplittene Partei, die an nichts mehr Interesse hat als daran, sich ihrer Oppositionsrolle zu widmen und gerade diese Frage aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, bleibt damit weiter in der Defensive.

Zwischen den Lagern innerhalb der PPP besteht eine andauernde tiefsitzende Animosität, deren Überwindung nicht absehbar ist. Auch hier zeigt sich, dass offenbar die gegenseitige Abneigung die jeweilige Anhängerschaft weit besser und nachhaltiger aktiviert als eine lösungssuchende Befassung mit komplexen Sachverhalten.¹³ Verloren geht die notwendige Einsicht beider Seiten, die eigenen Überzeugungen nicht zu einhundert Prozent durchsetzen zu können. Wenn ein Ausgleich nicht einmal im eigenen Lager möglich ist, wie soll sich dieser angesichts eines noch viel breiteren politischen Spektrums lagerüberschreitend bewerkstelligen lassen? Auf diese Frage gibt es derzeit keine Antwort.

Auch scheint die Gefahr real, dass das konservative Lager sich in einen sich selbst beschleunigenden Kreislauf begibt – beziehungsweise sich dort längst befindet –, der moderate Parteimitglieder frustriert und zu einem Austritt aus der Politik animiert, die Extreme stärkt und diese weiter auseinanderdriften lässt. Der Eindruck, den die Partei dabei zwangsläufig gegenüber dem Wahlvolk erweckt, ist entsprechend ernüchternd. Der Eindruck, das Land verantwortlich regieren zu wollen und erst recht zu können, lässt sich angesichts der Ohnmacht gegenüber lagerinternen Fliehkräften kaum glaubhaft vermitteln.¹⁴ Mit dazu passendem Pessimismus werden die Erfolgsaussichten bei den Anfang Juni 2026 anstehenden Kommunalwahlen behandelt.

Ausblick

Dem konservativen Lager fehlen derzeit die Instrumente und Führungspersonlichkeiten, sich aus den Fesseln des innerparteilichen Zwists zu befreien, geschlossen aufzutreten, neue Akzente zu setzen und so wieder für eine breite Wählerschaft attraktiv zu werden. Allein die verbindende Abneigung gegen den progressiven Präsidenten Lee Jae-myung, dem noch immer juristische Probleme anhaften, wird nicht ausreichen, um wesentliche Fortschritte zu erzielen. Kurzfristig scheint keine Verbesserung in Sicht. Gerade weil Anfang des Jahres der Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 3. Juni 2026 begonnen hat, wird für Zwischentöne und die

notwendige Differenzierung wenig Platz sein. Ist doch der Wahlkampf und erst recht die Zeit kurz vor den Wahlen die Phase, in der die Zuspitzung traditionell einen Höhepunkt erreicht. Dies dürfte auch dem Umstand geschuldet sein, dass es zum Schluss erfolversprechender ist, die jeweilige Basis zu mobilisieren und an die Urnen zu locken, als Wechselwählern ein politisches Alternativangebot zu unterbreiten. Dass diese Vorgehensweise wenigstens in langfristiger Perspektive ihren Preis hat, dürfte allen Beteiligten klar sein. Sich zunächst der Selbststrettung zu widmen, mag kurzfristig angezeigt sein, macht aber die Entwicklung von Überzeugungen nicht entbehrlich. Doch möglicherweise kommt den Verantwortlichen der Gedanke, einen Paradigmenwechsel zu wagen: nach der absehbar empfindlichen Niederlage bei den Kommunalwahlen nicht durch eine bloße Umbenennung der Partei den Eindruck zu erwecken, sich der nicht aufgearbeiteten Vergangenheit entledigen zu wollen, sondern sich ihr zu stellen, einen Erneuerungsprozess einzuleiten, um dann moderne politische Angebote machen zu können.

Der Wert der Demokratie und der Parteien scheint der Bevölkerung bewusst zu sein.

Die ausgeprägte Polarisierung in Parteien und Gesellschaft hat Südkorea nicht für sich exklusiv. Sie ist vielerorts zu beobachten. Bei einer Gegenüberstellung der Parteiensysteme in Südkorea und Deutschland lässt sich feststellen, dass beide nicht miteinander vergleichbar sind. In Südkorea haben Strömungen Tradition, Parteien nicht. Die koreanischen Parteien entfalten nicht die mitunter generationenübergreifende Bindungswirkung, die sie in Deutschland haben können.¹⁵ In Deutschland sind sie auch Marken. Nur wenige kämen dort auf die Idee, den Markennamen leichtfertig zu ändern oder gar vollständig zu ersetzen.

Grundsätzlich ist die Stabilität des Landes trotz vorliegender Polarisierung in Gesellschaft und

Politik aber nicht gefährdet. In Vergessenheit darf nicht geraten, dass Polarisierung im politischen Wettstreit zwischen Parteien gewünscht und als Wesenskern auch notwendig ist. Nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre – insbesondere seit dem kurzzeitig ausgerufenen Kriegsrecht – lässt sich feststellen, dass Südkorea einen massiven Angriff auf die Demokratie eindrucksvoll abwehren konnte.¹⁶ Der Wert der Demokratie und auch der politischen Parteien scheint der Bevölkerung ganz offensichtlich bewusst zu sein. Die Gerichte haben die ihnen zugeordnete Rolle erfüllt. Ihre Urteile wurden zwar nicht allseitig begrüßt, aber – und dies ist entscheidend – prinzipiell akzeptiert. Die Bevölkerung hat Stellung bezogen: für die Demokratie, für das Land – ein ermutigendes Zeichen.

- 1 Korean Broadcasting System (KBS) 2025: Zentralbank sieht Gefahren wegen stark steigender Immobilienpreise in Seoul, 25.06.2025, in: <https://ogy.de/5rrs> [05.01.2026].
- 2 Lee, Jung-joo 2024: Over half of population resides in Seoul metropolitan area: data, The Korea Herald, 14.02.2024, in: <https://ogy.de/t2sv> [04.02.2026].
- 3 Muschter, René 2024: Südkorea: Fertilitätsrate von 1950 bis 2023 und Prognosen bis 2050, Statista, 03.09.2024, in: <https://ogy.de/l7v2> [05.01.2026].
- 4 Taiwan News 2025: South Korea deeply divided before June election, 25.04.2025, in: <https://t.ly/MjDjc> [05.01.2026].
- 5 Statistisches Bundesamt: PISA-Studie 2022, in: <https://ogy.de/3ivj> [05.01.2026].
- 6 Statistisches Bundesamt: Registered deaths from suicide, in: <https://ogy.de/s5bn> [05.01.2026].
- 7 OECD 2024: Gender wage gap, in: <https://ogy.de/ltxa> [05.01.2026].
- 8 KBS World 2025: Rekordzahl an Frauen in Geschäftsleitung der 100 größten Unternehmen, 05.11.2025, in: <https://ogy.de/j5i9> [05.01.2026].
- 9 지표누리저출생 통계지표 (Statistikindikatoren für niedrige Geburtenraten): 여성의 평균출산연령 (Durchschnittliches Alter der Frauen bei der Geburt), in: <https://ogy.de/iu51> [05.01.2026].
- 10 tagesschau.de 2024: „Das ist einer Demokratie unwürdig“, Interview mit Dr. Eric J. Ballbach, 04.12.2024, in: <https://ogy.de/oxvy> [05.01.2026].
- 11 Yun, Bee 2025: Südkoreas Demokratie im Stresstest: Der autoritäre Rückfall des Konservatismus, Bertelsmann Transformation Index, 09.04.2025, in: <https://ogy.de/g82c> [05.01.2026].
- 12 Yun, Bee 2024: In Südkorea werden Debatten wie Kriege geführt, Spiegel, 08.07.2024, in: <https://ogy.de/bgwp> [05.01.2026].
- 13 Ji, Da-gyum 2025: Martial law's animosity has outlived decree – and now defines political identity, The Korea Herald, 02.12.2025, in: <https://ogy.de/ocql> [05.01.2026].
- 14 Hwang, Joo-young 2025: Main opposition party weighs name change, alliance, The Korea Herald, 17.12.2025, in: <https://ogy.de/3yrs> [05.01.2026].
- 15 tagesschau.de 2024, N. 10.
- 16 Ebd.

Zwischen Spaltung und Populismus

Südafrikas fragile politische Mitte



Foto: © Xinhua, Imago.

Auf einen Blick

Drei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid sieht sich die junge südafrikanische Demokratie mit tiefgreifenden Herausforderungen konfrontiert. Die anhaltende soziale Ungleichheit und das Erbe der Rassenentrennung verstärken die politische Polarisierung. Mit dem Stimmenverlust des African National Congress (ANC) 2024 und der Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit (GNU) mit Democratic Alliance (DA), Inkatha Freedom Party (IFP) und weiteren Parteien dürfte zunächst einmal ein Zeitalter der Fragmentierung und Koalitionsbildung begonnen haben.

Die Zersplitterung des Parteiensystems nimmt zu, begünstigt durch das Erstarken populistischer Kräfte wie der Economic Freedom Fighters (EFF), uMkhonto

weSizwe (MK) und der Patriotic Alliance (PA). Polarisierende Programmatiken und ethnische Identitätspolitik erschweren konsensfähige Mehrheiten.

Die politische Mitte ist geschwächt und ringt um stabile, reformorientierte Koalitionen. Das erschwert verlässliche Regierungsführung und vertieft gesellschaftliche Spannungen.

Die DA verfügt über Integrität und eine überwiegend positive Regierungsbilanz, erreicht jedoch zentrale Bevölkerungsgruppen nur begrenzt, da sie soziale Ungleichheiten bisher nicht ausreichend adressiert. Ihre Zukunft hängt von einer glaubwürdigen Verbindung wirtschaftsliberaler Ansätze mit sozialer Gerechtigkeit ab.



Gregor Jaecke ist Leiter des Auslandsbüros Südafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Kapstadt.



Dr. Christoph Wiedenroth war bis Januar 2026 Trainee im Auslandsbüro Südafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Aufstieg und Niedergang des ANC

Die Freilassung Nelson Mandelas im Februar 1990 markierte den Anfang vom Ende der Apartheid und führte 1994 zu den ersten freien Wahlen in Südafrika, die der African National Congress (ANC) unter Mandelas Führung gewann.¹ Bis 2024 erhielt diese Partei auf nationaler Ebene stets eine absolute Mehrheit und trug maßgeblich zur politischen und zivilgesellschaftlichen Transformation bei. Südafrika gilt heute als gefestigte Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft. Allerdings gelang es dem ANC nicht, die politische Transformation auch in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu überführen. Obwohl sich insbesondere in dem Jahrzehnt nach Ende der Apartheid eine diversere Mittelschicht herausbildete, nahm die soziale Ungleichheit weiter zu. Südafrika zählt heute weltweit zu den Ländern mit der höchsten Ungleichheit. Diese prägt alle Lebensbereiche. Fehlendes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität sowie ungleicher Zugang zu guter Bildung und Gesundheit gelten als zentrale Regierungsversagen und werden vor allem dem ANC zugeschrieben. Seit Ende 2007 wird die ehemalige Befreiungsbewegung zudem immer mehr mit Korruption und Vetternwirtschaft bis in höchste Regierungskreise in Verbindung gebracht. Dennoch blieb der ANC aus Anerkennung für seine Verdienste im Freiheitskampf lange populär.

Die nationalen Wahlen vom 29. Mai 2024 markieren einen historischen Einschnitt im südafrikanischen Parteiensystem: Der ANC verlor erstmals die absolute Mehrheit und erreichte nur noch rund 40 Prozent der Stimmen.² Der Urnengang signalisiert das Ende

des Dominanzparteiensystems und den Beginn einer Koalitionsära. Die sich in Wahlumfragen widerspiegelnden absehbaren weiteren Stimmenverluste des ANC sprechen zudem dafür, dass sich dieser Trend zu Koalitionen langfristig verstärken dürfte – ob er sich jedoch als dauerhafte Struktur des südafrikanischen Parteiensystems etabliert oder lediglich eine Übergangsphase darstellt, bleibt offen. Ende Juni 2024 bildete der ANC eine Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) mit zehn Parteien, so etwa mit der wirtschaftsliberalen Democratic Alliance (DA), der wertkonservativen Inkatha Freedom Party (IFP) sowie mehreren kleineren Gruppierungen. Das GNU steht für einen tiefgreifenden Wandel: Aus der jahrzehntelangen Vorherrschaft einer Partei ist ein fragmentiertes Mehrparteiensystem hervorgegangen. Obwohl ANC und DA nach der Wahl 2024 gemeinsam mehr als 50 Prozent der Stimmen und damit eine parlamentarische Mehrheit erreichten, wurde dennoch das GNU gebildet. Ausschlaggebend waren vor allem strategische Gründe: Zum einen sollte nach außen ein Signal der Einheit gesendet und die Regierungsbasis verbreitert werden. Zum anderen war es dem ANC wichtig, seinen Anhängern zu zeigen, dass man nicht allein mit dem langjährigen Rivalen DA eine Zweierkoalition eingeht, sondern weitere, weniger ANC-kritische Parteien einbindet. In der 400 Sitze umfassenden Nationalversammlung sind nun 18 Parteien vertreten, 13 davon mit weniger als zehn Mandaten. Beobachter sprechen daher von Südafrika als „Coalition Country“.³ Diese Fragmentierung verdeutlicht nicht nur den Niedergang einer Dominanzpartei, sondern auch die gestiegene Wettbewerbsintensität und den höheren Grad an politischem Pluralismus.

Die südafrikanische Parteienlandschaft im Überblick (Auszug)

- ACDP (African Christian Democratic Party)
- ActionSA
- ANC (African National Congress, Teil des GNU)
- BOSA (Build One South Africa)
- DA (Democratic Alliance, Teil des GNU)
- EFF (Economic Freedom Fighters)
- FF Plus (Freedom Front Plus, Teil des GNU)
- IFP (Inkatha Freedom Party, Teil des GNU)
- MK-Partei (uMkhonto weSizwe)
- PA (Patriotic Alliance, Teil des GNU)

Die zunehmend ausdifferenzierte Parteienlandschaft Südafrikas wird maßgeblich durch den Aufstieg populistischer Kräfte im linken wie rechten Spektrum geprägt, die die politische Mitte unter wachsenden Druck setzen.

Bruchlinien und Ideologien im Parteiensystem

Das südafrikanische Parteienspektrum lässt sich zunächst gut entlang eines klassischen Links-rechts-Spektrums ordnen: Im linken Teil kam es zu mehreren Abspaltungen vom ANC, von denen die Gründung der Economic Freedom Fighters (EFF) im Jahr 2013 besonders hervorsticht. Unter der Führung von Julius Malema, dem ehemaligen Vorsitzenden der ANC-Jugendorganisation, etablierten sich die EFF rasch als radikal-linke, marxistisch-populistische Kraft. Mit ihren Forderungen nach Verstaatlichungen und entschädigungslosen Enteignungen sprachen sie vor allem junge und benachteiligte Wähler an.⁴ Bei den Wahlen 2024 erzielten sie knapp 10 Prozent der Stimmen, verloren jedoch an Zustimmung gegenüber dem Wahlgang 2019, da ihre zunehmend radikalen Positionen und die Ablehnung einer Regierungsbeteiligung in einem GNU auf breite Kritik unter der Wahlbevölkerung stießen.

Die Neugründung der uMkhonto weSizwe (MK)-Partei Ende 2023 unter Führung des ehemaligen

Staatspräsidenten und ANC-Vorsitzenden Jacob Zuma markierte eine weitere bedeutende Verschiebung im linken Lager. Aus dem Stand erreichte die Partei bei den nationalen Wahlen 2024 fast 15 Prozent der Stimmen.⁵ Sie kombiniert linke Wirtschaftsprogrammatik mit einem populistischen, identitätsorientierten Politikstil, der stark auf traditionelle Autoritäten setzt, ergänzt durch ein konservatives Frauen- und Familienbild. Trotz ihres jüngsten Wahlerfolgs gelingt es der MK-Partei aufgrund innerparteilicher Konflikte und organisatorischer Schwächen bisher kaum, sich als wirksame Oppositionskraft auf nationaler Ebene zu etablieren. Wie andere ANC-Abspaltungen zielt auch sie weniger auf Kooperation als auf die Schwächung der einstigen Befreiungsbewegung ab, was die Polarisierung des Parteiensystems weiter verstärkt.

Während das Mitte-links-Lager weiterhin klar dominiert, gewinnt das Gegenlager zunehmend an Stabilität und politischer Bedeutung.

Im rechten Teil des Parteienspektrums ist vor allem die DA hervorzuheben, die sich aufgrund ihrer Wahlergebnisse als klar stärkste Kraft innerhalb dieses Lagers etabliert hat. Parallel dazu kam es zur Gründung zahlreicher kleinerer Parteien im Bereich Mitte bis Mitte-rechts. Zwischen 2004 und 2014 verdoppelte die DA ihren Stimmenanteil bei nationalen Wahlen nahezu und erreichte 2014 mit 22,2 Prozent ihren bisherigen Höchstwert.⁶ Sie ist wirtschaftsliberal ausgerichtet und gilt in Fragen guter Regierungsführung als besonders glaubwürdig. Mit 21,8 Prozent erzielte die Partei auch bei den vergangenen Wahlen 2024 auf nationaler Ebene die zweitgrößte Zustimmung und stellt seit Jahren in der prosperierenden Westkap-Provinz den Regierungschef.⁷ Auch wenn das Mitte-links-Lager weiterhin klar dominiert,⁸ zeigt sich, dass das Gegenlager zunehmend an Stabilität gewinnt und damit schrittweise an politischer Bedeutung zulegt. Diese Tendenz

verstärken die steigenden Zustimmungswerte der IFP, einer wertkonservativen, föderalistischen und wirtschaftsliberalen Partei, die unter ihrem Vorsitzenden Velenkosini Hlabisa erstmals seit 2004 wieder nationale Regierungsverantwortung trägt und in der Schlüsselprovinz KwaZulu-Natal die Führung der Provinzregierung innehat.

Das Mitte-rechts-Spektrum wird einerseits durch die DA-Abspaltungen Build One South Africa (BOSA) und ActionSA erweitert. Beide Kleinstparteien verfolgen eine wirtschaftsliberale Linie, legen großen Wert auf Rechtsstaatlichkeit und treten als pragmatische, inklusive (das heißt: ethnisch diverse) Alternativen im politischen Wettbewerb auf. Andererseits positioniert sich die African Christian Democratic Party (ACDP) klar im christdemokratischen Spektrum, weist jedoch deutliche Bezüge zu einer fundamentalistisch-religiösen Programmatik auf. Da religiös-konfessionelle Themen im südafrikanischen Parteiensystem bislang keine

wahlentscheidende Relevanz besitzen, entfaltet sie auf nationaler Ebene nur geringe politische Wirkung. Entsprechend bleibt ihr Stimmenanteil marginal und ihre Rolle im politischen Wettbewerb weitgehend symbolisch. Ergänzt wird das rechte Spektrum durch die Patriotic Alliance (PA), die als nationalistisch-populistische Kraft auftritt. Die Partei konzentriert sich zunehmend auf die *Coloured*-Gemeinschaft Südafrikas, wobei sie gezielt auf fremdenfeindliche Rhetorik setzt, um politische Unterstützung zu mobilisieren.⁹ Bei den vergangenen Wahlen erhielt sie zwei Prozent der Stimmen.¹⁰

Gleichwohl lässt sich die südafrikanische Parteienlandschaft nicht auf ein klassisches Links-rechts-Schema reduzieren. Viele Parteien vermeiden eine klare ideologische Selbstverortung, um im diversen Elektorat keine Wählergruppen auszuschließen. Stattdessen prägen thematische und soziokulturelle Konfliktlinien den Wettbewerb, oft jenseits traditioneller



Politischer Hybrid: Die MK-Partei von Ex-Präsident Jacob Zuma verbindet linke Wirtschaftspolitik mit konservativem Gesellschaftsbild. Foto: © Xinhua, Imago.

Links-rechts-Schemata. So verbindet etwa die oben beschriebene MK-Partei ökonomisch linke Forderungen (Umverteilung, staatliche Eingriffe, soziale Wiedergutmachung) mit einem gesellschaftlich konservativen Wertekanon (Tradition, Autorität, kulturelle Identität). Ein solches, scheinbar widersprüchliches Profil erschließt sich erst im Kontext weiterer Merkmale und Konfliktlinien der südafrikanischen Parteienlandschaft:

1. *Verfassungstreue*: Eine zentrale Konfliktlinie im südafrikanischen Parteiensystem verläuft zwischen Kräften, die konsequent auf Verfassungstreue setzen (wie DA und IFP), und jenen, die den Rechtsstaat zugunsten traditioneller Führungsstrukturen zu schwächen suchen (beispielsweise MK-Partei). Diese Spaltung zeigt sich mitunter auch innerhalb einzelner Parteien: Im ANC etwa steht der moderate, verfassungstreue Flügel um Präsident Cyril Ramaphosa einem radikal-revolutionären, derzeit jedoch geschwächten Parteiflügel gegenüber.
2. *Identitätspolitik*: In Südafrika verläuft das Wahlverhalten teils entlang ethnischer Linien und historisch gewachsener Parteibindungen. Parteien wie ANC, IFP, MK oder die rechts-konservative, minderheitenorientierte Burenpartei Freedom Front Plus (FF Plus) richten ihre Mobilisierung auf spezifische Wählergruppen aus, während andere versuchen, diese Trennlinien zu überwinden und breiter anschlussfähig zu sein. Fest steht: Soziale, wirtschaftliche und regionale Faktoren gewinnen gegenüber reiner Identitätspolitik zunehmend an Gewicht; und mit einer jüngeren Bevölkerung schwinden traditionelle Loyalitäten – etwa zum ANC. Dennoch bleiben ethnische Charakteristika wie die Hautfarbe auch mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid ein zentraler Struktur- und Definitionsfaktor der südafrikanischen Politik und Gesellschaft, mit nachhaltigen Auswirkungen auf das Wahlverhalten.¹¹
3. *Innerparteiliche Entscheidungsstrukturen*: Ein Großteil der südafrikanischen Parteien ist

stark auf charismatische Führungspersonen zugeschnitten, die Strategie und Programm maßgeblich dominieren – oft zulasten innerparteilicher Demokratie. Demgegenüber steht eine kleine Anzahl stark institutionalisierter Parteien wie der ANC und der DA, deren Kurs basisdemokratisch bestimmt und von vielen Funktionären nach außen getragen wird.

Im Zentrum der programmatischen Mobilisierung steht die Verteilungsfrage.

Herausforderungen für die politische Mitte

Vor dem Hintergrund der weiterhin prekären sozioökonomischen Lage finden populistische Argumentationsmuster in Südafrika zunehmend Resonanz. Vor allem die MK-Partei und die EFF auf der linken sowie die PA auf der rechten Seite des politischen Spektrums verfolgen einen personenzentrierten Politikstil, der stark auf Identitätspolitik setzt. Dieser Stil rückt charismatische Führungsfiguren ins Zentrum der politischen Kommunikation und reduziert komplexe Sachfragen auf personalisierte Botschaften. Parteiinstitutionen und kollektive Entscheidungsprozesse treten dabei in den Hintergrund. In Verbindung mit identitätspolitischen Narrativen entwickelt sich ein emotionalisierter Politikstil, der klare Identifikationsangebote schafft, gesellschaftliche Konfliktlinien verschärft und die schnelle Mobilisierung erleichtert. So sprechen beispielsweise die EFF vor allem junge, städtische schwarze Wähler an, die von Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen sind, während die PA ihre Basis überwiegend in der *Coloured*-Gemeinschaft hat und mit einer migrationskritischen sowie an *law and order* orientierten Agenda punktet.

Alle diese politischen Kräfte betonen unterschiedliche Lebensrealitäten, verschärfen kommunikativ gesellschaftspolitische Konfliktlinien und bieten – wie Populisten weltweit – scheinbar

einfache Lösungen für komplexe Probleme, wobei sich linke und rechte Varianten in Stil und Strategie stark ähneln. Im Zentrum der programmatischen Mobilisierung steht vor allem die Verteilungsfrage: der Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und staatlichen Leistungen für bestimmte ethnische Gruppierungen. Populistische Argumente greifen zudem Themen auf, die durch soziale Ungleichheit besonders emotional aufgeladen sind. Dazu gehören etwa Kriminalitätsprävention, Migration sowie Fragen der öffentlichen Sicherheit und der sozialen Versorgung. Dabei dürfen die vielschichtigen und tiefgreifenden Auswirkungen des Populismus auf die südafrikanische Gesellschaft nicht unterschätzt werden: Er verschärft bestehende Konfliktlinien, verstärkt gesellschaftliche Spannungen und trägt maßgeblich zur Polarisierung sowie zur zunehmenden Emotionalisierung des politischen Diskurses bei.

Das Wahlsystem erleichtert durch das Fehlen einer Sperrklausel zudem Kleinstparteien den Einzug sowohl in das nationale Parlament als auch in die Provinzparlamente. In der Nationalversammlung verfügen derzeit 14 von 18 Parteien über weniger als fünf Prozent der Stimmen. Das System regt dadurch auch die Gründung neuer populistischer Parteien an, da diese gute Aussichten haben, schon mit relativ wenigen Stimmen in die Parlamente einzuziehen.

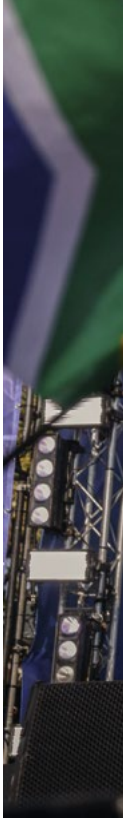
Ausgangslage und Strategie für eine erfolgreiche Ausrichtung der rechten politischen Mitte in Südafrika

Das zunehmende Maß an Fragmentierung im südafrikanischen Parteiensystem konfrontiert Mitte-rechts-Kräfte mit einer doppelten Herausforderung: Einerseits gilt es, populistischen Bewegungen wirksam entgegenzutreten; andererseits müssen sie ihre eigene politische Kohärenz und Handlungsfähigkeit sichern. Vor diesem Hintergrund lohnt ein genauerer Blick auf die Ausgangslage der DA, die als klassische Vertreterin des Mitte-rechts-Lagers in Südafrika gilt. Sie profitiert von einer landesweit starken, professionell geführten Parteistruktur und wird überwiegend als ethisch integre Kraft wahrgenommen,

also als frei von Korruption, Misswirtschaft und Klientelpolitik. Ihre Regierungsbilanz in der Provinz Westkap, wo sie seit Langem mit absoluter Mehrheit regiert, belegt zudem ihre programmatische und operative Fähigkeit, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung langfristig zu fördern. Die zentrale Schwäche der DA liegt darin, die schwarze Bevölkerungsmehrheit nicht ausreichend zu erreichen. Ursache hierfür ist ihre unzureichende programmatische und kommunikative Auseinandersetzung mit den aus der Ära der Apartheid fortwirkenden sozialen Ungleichheiten. Viele Südafrikaner kritisieren, dass die Partei zu stark auf die regulierende Kraft des Marktes vertraut und zu wenig Bereitschaft zeigt, strukturelle Ungleichheit durch staatliche Maßnahmen zu bekämpfen. Solange die Partei Wiedergutmachungsmaßnahmen (als Folge struktureller Benachteiligungen aus der Zeit der Rassentrennung) sowie transformative Gesetzgebung (etwa Umverteilung, Quotenregelungen und gezielte Förderung benachteiligter Gruppen) nicht stärker unterstützt, wird sie für den Großteil der schwarzen Bevölkerungsmehrheit keine glaubwürdige Alternative zu linken Kräften sein.

Sieben von zehn auf dem DA-Parteitag 2023 gewählten Spitzenvertretern gehören der weißen Bevölkerungsgruppe an.

Das meritokratische Politikverständnis der DA, das gesellschaftlichen Aufstieg primär an Leistung und Kompetenz knüpft, kollidiert mit den strukturellen Realitäten Südafrikas. Trotz individueller Fähigkeiten bleibt sozialer Fortschritt für viele unerreichbar, da ungleiche Ausgangsbedingungen beim Zugang zu Bildung, Land und ökonomischen Chancen verhindern, dass Leistung allein genügt. Diese Barrieren sind tief im Erbe der Apartheid verankert und wirken bis heute in Form ungleicher Vermögensverteilung, räumlicher Segregation und eingeschränkter Beschäftigungsmöglichkeiten fort. Damit bleibt





Bereit für den nächsten Schritt? Die Democratic Alliance hat sich mittlerweile fest als stärkste Kraft des Mitte-rechts-Lagers etabliert. Will sie aber mehrheitsfähig werden, muss sie sich künftig besser anschlussfähig für die schwarze Mehrheitsbevölkerung zeigen. Im Bild: der scheidende Parteivorsitzende John Steenhuisen.

Foto: © UPI Photo, Imago.

Meritokratie ein normatives Ideal, das zwar als Leitbild politischer Modernisierung propagiert wird, jedoch ohne flankierende staatliche Maßnahmen zur Herstellung tatsächlicher Chancengerechtigkeit kaum realisierbar ist. Während ANC und linkspopulistische Parteien auf radikale Wiedergutmachung und tiefgreifende Transformation setzen, erscheint die DA in den Augen vieler Wähler distanziert und verweigert zentrale Elemente dieser Agenda – mit der Folge, dass das Mitte-rechts-Lager insgesamt nicht mehrheitsfähig wird und politischen Gegnern zugleich Angriffsflächen bietet. Diese bedienen gezielt das Narrativ, die DA strebe eine Restaurierung des Apartheidsystems an. Dieser empirisch unbegründete Vorwurf entfaltet gleichwohl erhebliche Resonanz in zentralen Wählersegmenten und begrenzt die Mobilisierungsfähigkeit der Partei insbesondere gegenüber der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Zugleich deutet die zurückhaltende programmatische und kommunikative Auseinandersetzung der DA mit den

fortwirkenden Ungleichheitsstrukturen darauf hin, dass sie den Verlust ihres Rückhalts bei weißen Stammwählern fürchtet. Damit gerät sie in eine Zwickmühle zwischen der Wahrung ihrer traditionellen Basis und der notwendigen Erweiterung ihrer gesellschaftlichen Legitimation.

Die DA hat nur dann Erfolgsaussichten, wenn sie den Ausgleich zwischen wirtschaftsliberalen Grundsätzen und den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit durch gesellschaftliche Transformation und Wiedergutmachung wagt.¹² Während es in der Vergangenheit genügte, die Politik des ANC zu kritisieren, ist es nun entscheidend, den Wandel von einer Oppositions- zu einer effizienten Regierungspartei glaubwürdig zu gestalten. Dies erfordert, dass die DA einerseits ihre politische Identität wahrt, andererseits innerhalb des GNU und insbesondere im Verhältnis zum ANC kompromissfähig bleibt, um zum Erfolg der Gesamtkoalition beizutragen. Diese doppelte Anforderung bildet eine zentrale Aufgabe,

deren Bewältigung sich als nicht einfach erweist. Dies zeigte beispielsweise die Verabschiedung des Haushaltsplans im Nationalparlament 2025, die infolge gravierender Differenzen zwischen DA und ANC beinahe zum Bruch der Koalition führte. Neben der programmatischen Neuausrichtung müsste sich eine Weiterentwicklung der DA auch in der personellen Zusammensetzung ihrer Führung widerspiegeln. Von den zehn auf dem Parteitag 2023 gewählten Spitzenvertretern stammen sieben aus der weißen Bevölkerungsgruppe – ein Bild, das die ethnische Realität Südafrikas, in der über 80 Prozent der Bevölkerung schwarz sind, kaum abbildet.¹³ Diese Diskrepanz verweist auf ein strukturelles Repräsentationsdefizit, das die Integrationsfähigkeit der Partei erheblich einschränkt. Zugleich bietet der Parteitag der DA im April 2026 die Möglichkeit, erste inhaltliche und personelle Weichen für ihre zukünftige Ausrichtung zu stellen.

Das verbleibende Mitte-rechts-Spektrum ist durch eine Vielzahl von Kleinstparteien, Neugründungen und ausgeprägte populistische Tendenzen gekennzeichnet. Diese Neugründungen – darunter auch Abspaltungen von der DA – tragen nicht zur Stabilisierung der politischen Mitte bei, sondern verstärken deren Fragmentierung und begrenzen ihre Integrationskraft. Sie konkurrieren untereinander um dieselbe Wählerschaft, verfügen über schwache Strukturen, sind häufig durch persönliche Rivalitäten blockiert und leiden zudem unter einer mangelhaften landesweiten Präsenz. Die daraus resultierende begrenzte Integrationsfähigkeit des Mitte-rechts-Spektrums in Südafrika illustriert der Fall von ActionSA exemplarisch. Trotz punktueller Mobilisierungserfolge auf regionaler Ebene verhindern die ausgeprägte Konkurrenzhaltung gegenüber der DA sowie die Rivalität mit weiteren kleineren Parteien eine konsolidierende Wirkung innerhalb des Mitte-rechts-Lagers. Aktuell bemüht sich die Partei BOSA, durch Kooperation mit kleineren Parteien eine konsolidierte Bewegung der politischen Mitte zu etablieren. Ziel ist die Verbindung eines marktwirtschaftlich orientierten Politikansatzes mit einem inklusiven, nicht ethnisch definierten Gesellschaftsmodell. Der Erfolg dieser Initiative

ist offen, sie verdeutlicht jedoch, dass die Zukunft der rechten politischen Mitte in Südafrika nicht allein von einem Wachstum der DA abhängt. Entscheidend wird vielmehr die Fähigkeit sein, demokratisch orientierte Kräfte dieses Spektrums erfolgreich zu konsolidieren und damit institutionelle Stabilität sowie programmatische Anschlussfähigkeit zu sichern. Um gegenüber populistischen Kräften bestehen zu können und zugleich breite gesellschaftliche Resonanz in Südafrika zu erreichen, sind für Parteien des Mitte-rechts- wie auch des Mitte-links-Spektrums folgende Faktoren maßgeblich:

1. *Anerkennung des Apartheid-Erbes, inklusiver Politikstil ohne ideologische Verengung:* Parteien müssen die fortwirkende Prägung der Gesellschaft durch rassistische Ungleichheit aus der Apartheid offen benennen und zugleich ethnische, soziale und regionale Grenzen überwinden. Dabei ist ein möglichst ideologiefreier Ansatz erforderlich, da Bürger vor allem pragmatische Lösungen für konkrete Probleme erwarten.
2. *Integrierter Politikstil, Transparenz und Rechenschaftspflicht:* konsequente Ablehnung von Korruption und Nepotismus, verbunden mit glaubwürdiger, werteorientierter Führung. Offenlegung politischer Entscheidungen, klare Kontrollmechanismen und Förderung unabhängiger Institutionen zur Überwachung staatlichen Handelns.
3. *Gute Regierungsführung und positive Bilanz:* Verlässliche Staatsführung (bei Regierungsbeteiligung) und eine sachorientierte Politik bilden zentrale Ressourcen politischer Glaubwürdigkeit. Von Vorteil ist zudem, wenn Parteien bereits eine nachweislich positive Regierungsbilanz vorweisen können, um den Menschen zu zeigen, dass sie erfolgreich regieren können.
4. *Führungspersönlichkeiten:* Nationale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit sowie die persönliche Integrität der Parteiführung sind maßgeblich für die Schaffung von Vertrauen und für eine erfolgreiche Mobilisierung.

Abb. 1: Erfolgsfaktoren für Parteien in Südafrika – differenziert nach politischen Lagern

Faktor	Relevanz für Mitte-rechts-Lager	Relevanz für Mitte-links-Lager
Anerkennung des Apartheid-Erbes und inklusiver Politikstil	Die aus der Apartheid fortwirkenden Ungleichheiten klar anzuerkennen, ist erforderlich, um Glaubwürdigkeit und Zustimmung über traditionelle Wähler-segmente hinaus – insbesondere in der schwarzen Bevölkerungsmehrheit – zu gewinnen.	Zentrales Element der Programmatik, das die politischen Narrative prägt, teils mit Umverteilungsforderungen verknüpft ist und zugleich als Haupt-mobilisierungsfaktor wirkt.
Ethisch integrier Politikstil, verbunden mit Transparenz und Rechenschaftspflicht	Politikstil, der Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht als zentrale Abgrenzung gegenüber dem ANC und linkspopulistischen Kräften etabliert und dessen konsequente Betonung für die Glaubwürdigkeit und Anschluss-fähigkeit dieses Lagers unverzichtbar bleibt.	Zur Rückgewinnung von Legitimität notwendig, da Korruption und Nepotismus insbesondere linke Parteien belasten. Forderungen nach sozialer Gerech-tigkeit, Umverteilung und Gleichheit müssen glaubwürdig verfolgt werden, indem sie mit Transparenz und Rechen-schaftspflicht verknüpft werden.
Gute Regierungsführung und positive Bilanz	Erforderlich, um Regierungsfähigkeit durch erfolgreiche Arbeit auf allen po-litischen Ebenen nachzuweisen, diese kontinuierlich auszubauen und zugleich bisherige Erfolge sichtbar zu betonen.	Erwartet wird, dass dieses Lager als dominierende Kraft seine bislang bescheidene Regierungsbilanz auf allen politischen Ebenen deutlich verbes-sert, vorhandene Defizite aufholt und dadurch verlorenes Vertrauen zurück-gewinnt.
Führungspersönlich-keiten	Integrität, nationale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Parteiführung sind maßgebliche Erfolgsdeterminanten, um Mobilisie-rung über die eigene Basis hinaus zu gewährleisten.	Führungsfiguren prägen dieses Lager maßgeblich, Charisma und Glaubwür-digkeit sind dabei entscheidend.

Diese vier Erfolgsdeterminanten bilden allge-meine Rahmenbedingungen für alle Parteien in Südafrika. Im nächsten analytischen Schritt lassen sich diese Voraussetzungen auf die demo-kratischen Kräfte des Mitte-links- sowie des Mitte-rechts-Spektrums übertragen und durch spezifische Strategieempfehlungen konkretisie-ren. Daraus ergibt sich das in Abbildung 1 darge-stellte Gesamtbild.

Damit diese Determinanten greifen, bedarf es einer robusten Parteiorganisation im Zusam-menspiel mit klaren Entscheidungsprozessen, verlässlichen lokalen Strukturen, professionel-ler Kommunikation sowie einer realistischen Regierungsoption. Die eben genannten Punkte sowie insbesondere die Faktoren 2 bis 4 der obi-gen Aufzählung besitzen ohne Zweifel auch für

andere länderspezifische Kontexte Gültigkeit. Demgegenüber ist Faktor 1 in hohem Maße spe-zifisch auf Südafrika sowie dessen besondere soziale und historische Entwicklung zugeschnit-ten. Dabei ist insbesondere das oftmals erwähnte Erbe der Apartheid zu berücksichtigen, welches bis heute gesellschaftliche Ungleichheiten und politische Dynamiken prägt.

Fazit: Perspektive einer integrativen Catch-all Party der politischen Mitte

Vor allem der Niedergang der ehemaligen Dauerregierungspartei ANC führt zu einer tiefgreifenden Fragmentierung und Polarisie-rung des südafrikanischen Parteiensystems und begünstigt zugleich die Herausbildung von Koa-litionen. Populistische Kräfte erstarken, wäh-

rend die politische Mitte zu schwach bleibt, um verlässliche Mehrheiten für Reformkoalitionen zu sichern. Drei Jahrzehnte nach dem demokratischen Aufbruch steht Südafrika damit vor der zentralen Herausforderung, politische Stabilität und Reformfähigkeit trotz sinkenden Vertrauens in Parteien und Institutionen zu sichern.¹⁴

Die größte Partei innerhalb des Mitte-rechts-Spektrums, die DA, besitzt das Potenzial, sich zur südafrikanischen Catch-all Party im Sinne Otto Kirchheimers zu entwickeln – also zu einer Partei, die jenseits klarer Klassen- oder Milieugrenzen breite Wählerschichten anspricht und damit über traditionelle Bindungen hinaus integrativ wirkt.¹⁵ Sowohl ihre zunehmende strategische Öffnung innerhalb der GNU (die zunehmende Bereitschaft, durch kompromissorientiertes und pragmatisches Handeln aktiv zum Gesamterfolg und zur Stabilität der Regierung beizutragen) als auch die Betonung von Integrität und guter Regierungsführung weisen bereits in diese Richtung. Doch ohne die klare Anerkennung der fortwirkenden sozialen Ungleichheiten aus der Apartheid bleibt sie für die schwarze Bevölkerungsmehrheit nur begrenzt anschlussfähig. Der ANC hat als stärkste Kraft des Mitte-links-Lagers seine Bindungswirkung durch jahrzehntelange Misswirtschaft, Korruption und eine schwache Regierungsbilanz weitgehend verloren. Zugleich erweist sich die Partei Nelson Mandelas bislang als unfähig oder unwillig, substanzielle Reformen einzuleiten, die das Vertrauen in ihre Regierungsfähigkeit nachhaltig erneuern könnten. Damit hängt die Zukunft der politischen Mitte in Südafrika zunehmend davon ab, ob die DA den Mut und die Entschlossenheit aufbringt, ein glaubwürdiges Angebot für die vielfältige Wählerschaft zu formulieren und sich damit dauerhaft mehrheitsfähig zu machen.

- 1 Detaillierte Hintergrundinformationen zur Wahl 2024 mit einer umfassenden Analyse des historischen Prozesses – einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Krise vor der Wahl, Untersuchungen der Wahlkampagnen sowie Zusammenfassungen zur Wählerbeteiligung – wurden von Schulz-Herzenberg und Southall (2024, N. 2) vorgelegt. Dabei handelt es sich um die vierte Studie in einer Reihe von Untersuchungen zu den südafrikanischen Parlamentswahlen, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung Südafrika gefördert wurde.
- 2 Schulz-Herzenberg, Collette / Southall, Roger 2024: Election 2024, South Africa: Countdown to Coalition, Auckland Park, S. 232 f.
- 3 Ebd., S. 1–270.
- 4 Bauer, Nickolaus 2024: South Africa's Easy Election Guide: Who to Vote for in 2024?, Konrad-Adenauer-Stiftung, ESI Press, S. 1–119, 22.01.2024, in: <https://ogy.de/9uqs> [17.02.2025].
- 5 Schulz-Herzenberg / Southall 2024, N. 2.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Das südafrikanische Wählerverhalten zeigt, dass ANC, EFF und MK bei den Wahlen 2024 zusammen annähernd den Stimmenanteil erreichten, den der ANC 1999 und 2004 allein erzielte. Viele ehemalige ANC-Wähler bleiben damit im linken Lager, indem sie EFF oder MK unterstützen, oder schließen sich der größten „Wählergruppe“ des Landes an – den Nichtwählern. Zwar verliert der ANC an direkter Stärke, doch das von seiner Geschichte und Ideologie geprägte politische Lager bleibt dominant.
- 9 Die Coloured-Gemeinschaft bezeichnet in Südafrika eine historisch konstruierte Bevölkerungsgruppe mit gemischter Herkunft, die vor allem im Westkap konzentriert ist. Während der Apartheid nahm sie eine ambivalente Position zwischen Diskriminierung und relativer Privilegierung ein und gilt bis heute als eigenständige politische Wählerbasis; Encyclopædia Britannica 2026: Coloured people, 23.01.2026, in: <https://ogy.de/wr3c> [07.01.2025].
- 10 Schulz-Herzenberg / Southall 2024, N. 2.
- 11 Van Onselen, Gareth 2024: Elections 2024 [15]: Mapping ANC, DA, MK and EFF support by race, Inside Politics, 24.06.2024, in: <https://ogy.de/4gp1> [07.01.2025].
- 12 Standard Bank 2025: Assessing the state of the DA, Newsletter vom 06.11.2025.
- 13 Ebd.
- 14 Schulz-Herzenberg / Southall 2024, N. 2, S. 82 f.
- 15 Eine „Catch-all Party“ nach Otto Kirchheimer bezeichnet einen Parteitypus, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und darauf abzielt, Wähler aus möglichst allen gesellschaftlichen Schichten anzusprechen, anstatt eine spezifische Klasse oder Weltanschauung zu vertreten. Sie zeichnet sich durch Ideologieabbau, Stimmenmaximierung, Führungshierarchie und eine schwache Mitgliederbindung aus, um eine breite Mitte zu erreichen; Krouwel, André 2003: Otto Kirchheimer and the Catch-All Party, West European Politics 26: 2, 04/2003, S. 23–40, in: <https://ogy.de/pqky> [17.01.2026].

Wie können sich Mitte-rechts-Parteien in Afrika behaupten?

Ein Blick auf die Democracy Union of Africa

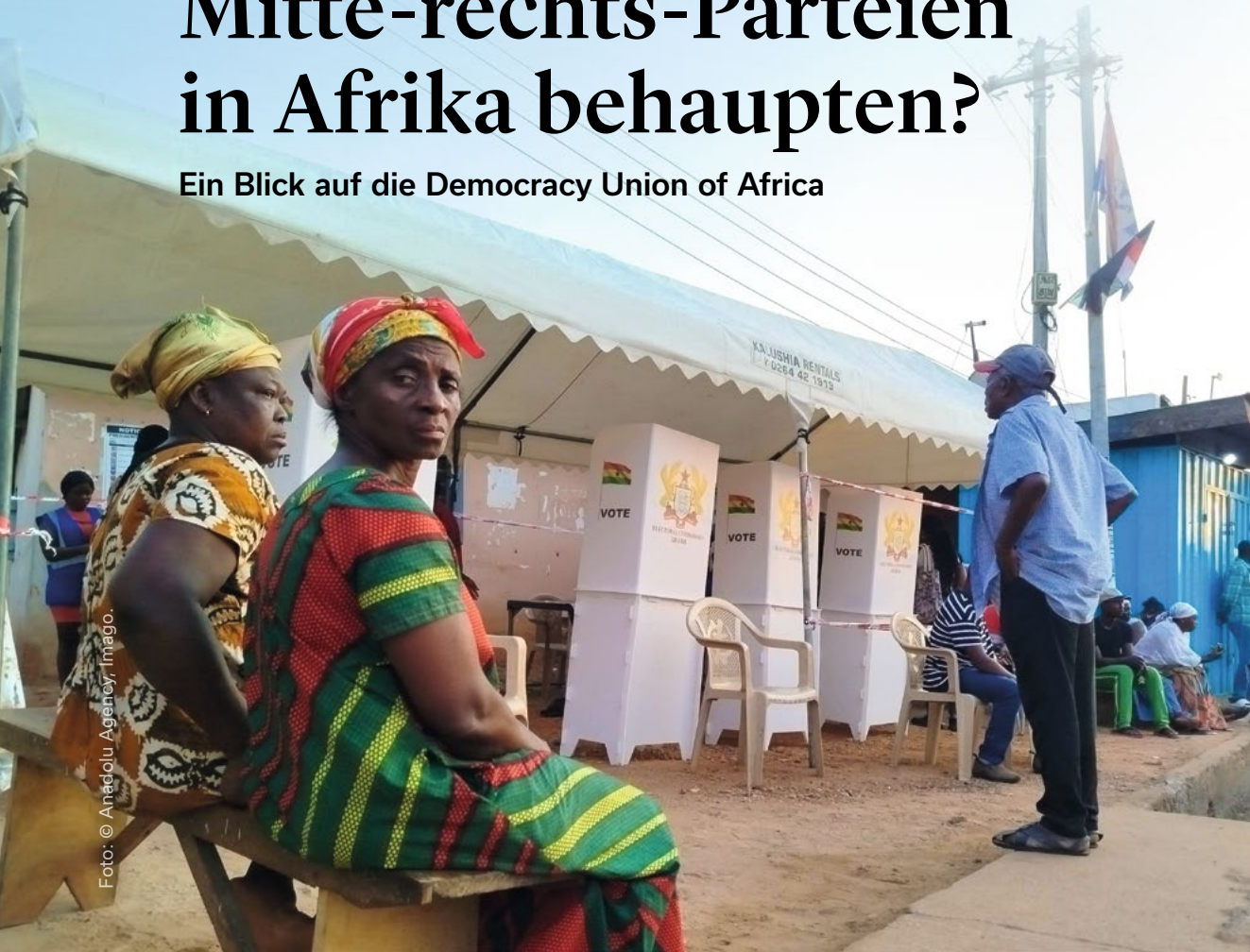


Foto: © Anadolu Agency, Imago.

Auf einen Blick

Die Demokratien Afrikas und mit ihnen die demokratischen politischen Parteien des Kontinents stehen vor großen Herausforderungen. Wenngleich die Demokratie mehrheitlich als die bevorzugte Staatsform gesehen wird, schwindet das Vertrauen in die Lösungskompetenz der gewählten Regierungen. Gleichzeitig befinden sich Afrikas Autokraten, teilweise ermutigt durch jüngere geopolitische Entwicklungen, auf dem Vormarsch.

Auch die Mitte-rechts-Parteien stehen verstärkt unter Druck und mussten bei jüngsten Wahlen Macht abgeben oder wurden Opfer autoritärer Regierungsführung und rechtswidrig daran gehindert, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Sie reagieren darauf mit einer stärkeren regionalen Vernetzung, um Erfahrungen auszutauschen, die Stimme der politischen Mitte auf dem Kontinent zu stärken und die Resilienz der häufig fragilen Demokratien in Afrika zu verbessern. Dabei nimmt die Democracy Union of Africa (DUA) eine wichtige Rolle ein.

Das DUA-Forum 2025 in Nairobi bietet Anlass zu der Hoffnung, dass die Organisation ihre Rolle als Austauschplattform und Ideengeberin künftig effektiver wahrnehmen wird; insbesondere das Thema Finanzierung bleibt aber ein Problem.



Dr. Holger Dix ist Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg.



Henri Bohnet ist Länderreferent Südliches Afrika, Medien, Digitales und Parteien bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Afrika¹ befindet sich in einem dynamischen politischen Wandel, der durch veränderte geopolitische Einflüsse und eine junge, zunehmend politisch engagierte Bevölkerung geprägt ist. Auch Mitte-rechts-Parteien stehen vor der Herausforderung, sich in einem Umfeld zu behaupten, das durch den Rückgang demokratischer Normen und internationaler Standards sowie eine wachsende Unzufriedenheit der Jugend gekennzeichnet ist. Dabei ist festzustellen, dass trotz Coups, Kriegen und zahlreichen Krisen die Mehrheit der Menschen auf unserem Nachbarkontinent demokratische Regierungsformen weiterhin bevorzugt. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme vieler Staaten, der fast überall hohen Arbeitslosigkeit und der weit verbreiteten Korruption ist dies eine bemerkenswerte Tatsache. In vielen Staaten Afrikas werden demokratische Strukturen jedoch zurückgedrängt, Wahlen manipuliert und Verfassungen geändert, um den Machterhalt der bestehenden Eliten zu sichern. Unabhängige Medien werden zum Schweigen gebracht und demokratische Oppositionspolitiker getötet, verhaftet oder anderweitig unterdrückt. Ob in Ost-, in West-, in Nordafrika oder im südlichen Afrika: Überall sind die Autokraten auf dem Vormarsch, ermutigt durch ein geopolitisches Umfeld, in dem Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in den Hintergrund gedrängt werden.

Hegemonie statt Demokratie

Seit Donald Trump im Januar 2025 ins Weiße Haus zurückgekehrt ist, geht es Washington hauptsächlich um Deals und Rohstoffe, nicht um Frieden und die Einhaltung internationaler Standards, nicht um Demokratie und Recht. Die weitgehende Abschaffung US-amerikanischer

Entwicklungshilfe, begleitet von erheblichen Kürzungen auch europäischer Geber, hat Subsahara-Afrika besonders hart getroffen. Dies ist bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und demokratischen Engagements ebenfalls deutlich bemerkbar. Während es noch bis vor Kurzem vielfältige Förderprogramme für Organisationen und einzelne Akteure gab, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzten, ist die Zahl der Institutionen aus dem Westen, die hierfür finanzielle Hilfen und Knowhow bereitstellen, überschaubar geworden. Die deutschen politischen Stiftungen sind hier einer der wenigen verbleibenden verlässlichen Partner.

Gleichzeitig ist das politische Umfeld für demokratische Akteure in Afrika deutlich schwieriger geworden. Der Einfluss traditioneller westlicher Akteure – allen voran der EU und der USA – ist rückläufig, während China, Russland, die Türkei und andere verstärkt wirtschaftliche und politische Interessen durchsetzen. Diese Staaten verfolgen pragmatische, ressourcenorientierte Ansätze, die im Zweifelsfall auch autoritäre Machtstrukturen festigen und ihren eigenen Einfluss auf dem Kontinent steigern. Das bewerkstelligen sie durch intensivierte wirtschaftliche Zusammenarbeit, die verschiedene Bereiche wie die Rohstoffgewinnung (China) und Infrastrukturprojekte (China, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate) betrifft, aber auch Bildung (die Türkei betreibt insbesondere in Westafrika zahlreiche Schulprojekte) und militärische Unterstützung (Russland und Türkei) sowie Desinformation (Russland). Letztere dienen nachweislich dem Ziel, den westlichen Einfluss in den afrikanischen Gesellschaften zurückzudrängen.

Wahlmanipulationen und Gewalt ... und kaum Kritik

Die Wahlen in verschiedenen afrikanischen Ländern haben unlängst ein Schlaglicht auf die Zurückdrängung demokratischer Strukturen, auf die Missachtung demokratischer Standards und auf die Verfolgung der demokratischen Opposition geworfen. In der Elfenbeinküste konnte Präsident Ouattara durch eine fragwürdige Verfassungsänderung für eine vierte Amtszeit kandidieren und hat durch den Ausschluss der stärksten Oppositionskandidaten seine Macht für die nächsten fünf Jahre gesichert.² In Tansania hält die Regierung den Oppositionsführer Tundu Lissu seit April vergangenen Jahres in Haft und hat ihn wegen Hochverrats angeklagt.³ Während der Wahlen Ende Oktober 2025 wurden Proteste brutal niedergeschlagen und hunderte Demonstranten getötet, nachdem die Stimmabgabe selbst offenbar massiv manipuliert worden war. In Mosambik wurden ebenfalls Proteste gegen Wahlfälschungen zugunsten der seit der Unabhängigkeit regierenden FRELIMO zerschlagen und es bestehen erhebliche Zweifel an der Gültigkeit des offiziellen Wahlergebnisses.⁴

Die USA haben sich von einer wertebasierten Außenpolitik verabschiedet und treten nicht mehr weltweit für Demokratie und Menschenrechte ein. Auch andere westliche Akteure fordern – nicht zuletzt angesichts veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen – immer seltener öffentlich die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien ein. Die Reaktionen auf die Wahlmanipulationen und die Gewalt in den genannten Fällen fielen verhalten aus, was auch durch das Bestreben zu erklären ist, die Beziehungen zu den jeweiligen Regierungen nicht zu gefährden.⁵

Aber auch afrikanische Staaten mischen sich in der Regel nicht in die Wahlprozesse ihrer Nachbarn ein, egal, wie stark demokratische Standards verletzt und Menschen unterdrückt werden. Im Gegenteil: Die regionalen Organisationen, die üblicherweise Wahlbeobachter senden, stellten in der Vergangenheit häufig einen „Persilschein“ aus. Umso bemerkenswerter ist der Wahlbericht

der Regionalorganisation SADC zu Tansania, der in deutlichen Worten feststellte, dass die Wähler keine freie Wahl unter den Kandidaten hatten.⁶ Es gibt allerdings keine Hinweise darauf, dass die regionale oder internationale Staatengemeinschaft die Regierung Tansanias und deren Präsidentin für die Wahlmanipulationen und Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zieht. Eine allgemeine Atmosphäre der Straflosigkeit scheint sich über Tansania, Mosambik und der Elfenbeinküste auszubreiten. Gleiches gilt für den Putsch des Militärs in Madagaskar, der bisher zu keinen größeren Veränderungen hinsichtlich der Beziehungen Europas oder der Nachbarländer zu dem Inselstaat geführt hat. Wird die Demokratie zum Auslaufmodell?

Immer mehr junge Menschen mobilisieren sich gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und mangelnde staatliche Leistungen.

Die Generation Z fordert Mitsprache und politische Rechenschaftspflicht

Auch wenn aktuelle Umfragen noch bestätigen, dass die Menschen in Afrika die Demokratie allen anderen Staatsformen vorziehen: Die Unzufriedenheit der Bürger wächst – über manipulierte Wahlen, über eingeschränkte Freiheiten, aber vor allem über mangelnde wirtschaftliche Entwicklung und persönliche Perspektiven. Die Proteste der Generation Z, die ursprünglich von Kenia ausgehend mittlerweile viele Teile des afrikanischen Kontinents erfasst haben, machen auf ihre jeweils länderspezifische Weise deutlich, dass die politische und wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern Subsahara-Afrikas nicht zukunftsfähig ist. Überall wächst der Anteil der Jugendlichen, die weder Chancen für wirtschaftliches Vorankommen noch für eine effektive politische Mitbestimmung erkennen können. Deshalb mobilisieren sich immer mehr junge Menschen mithilfe digitaler Vernetzung

gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und mangelnde staatliche Leistungen. Die aus ihrer Sicht unzureichende Repräsentation ihrer Interessen im politischen System führt dazu, dass sie sich vermehrt außerparlamentarisch engagieren – sei es durch soziale Medien, Straßenproteste oder zivilgesellschaftliche Initiativen.

Diese Dynamik stellt die politischen Parteien, auch Mitte-rechts-Parteien, vor die Herausforderung, neue politische Angebote zu schaffen und die Jugend einzubinden. Die Diskrepanz zwischen einer (sprichwörtlich) alten Elite und der jungen Mehrheitsbevölkerung ist das zentrale Feld, auf dem sich die Zukunftsfähigkeit der politischen Parteien und der Demokratie entscheiden wird. In diesen gegenläufigen Trends – einerseits die Zurückdrängung demokratischer Strukturen und Prozesse von Seiten der oft langjährigen Machthaber zugunsten des eigenen Machterhalts, andererseits die Zunahme von Rufen nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe durch

die jugendliche Bevölkerung – kristallisiert sich ein Wendepunkt für die politischen Parteien des Kontinents. Es ist eine Chance, insbesondere für die mehrheitlich oppositionellen Mitte-rechts-Parteien, ihre Funktion als zentrales Instrument der politischen Willensbildung wahrzunehmen, um verkrustete politische Machtstrukturen aufzubrechen. Die Verjüngung der Parteien und die Modernisierung ihrer Entscheidungsstrukturen durch eine sinnvolle Einbeziehung der Generation Z haben das Potenzial, die Demokratie auf unserem Nachbarkontinent zukunftsfähig zu machen. Die Chance liegt besonders bei den Parteien des Mitte-rechts-Lagers, da die demografisch jungen afrikanischen Gesellschaften weiterhin konservativ geprägt sind.

Konservative Werte – linke Politik

Wenn man nach grundlegenden Werten in afrikanischen Gesellschaften sucht, trifft man zweifellos auf solche, die nach den gängigen



Machthunger schlägt Demokratie: Alassane Ouattara sicherte sich 2025 in der Elfenbeinküste zunächst durch eine Verfassungsänderung die Kandidatur für eine vierte Amtszeit als Präsident – und durch den Ausschluss der wichtigsten Oppositionskandidaten dann auch den Wahlsieg. Foto: © Zuma Press Wire, Imago.

Definitionen als „konservativ“ bezeichnet werden. Dazu zählt die besondere Bedeutung, die der Familie beigemessen wird, dazu gehören aber auch die Religiosität und die Bewahrung von Traditionen, um nur einige zu nennen. Politischen Parteien des Mitte-rechts-Spektrums in Afrika gelingt es allerdings nicht ausreichend, diese Werteorientierung für ihre politische Arbeit zu nutzen. Bisher überwiegt im öffentlichen Diskurs sowie in der politischen Rhetorik und Programmatik eher linkes Denken. Dieses versteht den Staat als Wohlfahrtsstaat, der stark in die Wirtschaft eingreift und für Arbeitsplätze sorgt. Damit verbunden ist eine latente Abneigung gegen den Markt, gegen private Unternehmen und gegen freien Wettbewerb. Dem konservativen Verständnis nahestehende Ideale wie individuelle Verantwortung, Selbsthilfe und Subsidiarität kommen in diesem Denken weniger vor.

Der politische Wettbewerb scheint vor allem zwischen sozialistischen und liberalen Ideen stattzufinden.

Diese Lücke zwischen gesellschaftlichen Werten und politischer Ideologie wird teilweise als Folge der Geschichte vieler afrikanischer Staaten gesehen, die von Kolonialismus, Ausbeutung und ungleicher Ressourcenverteilung geprägt war. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit war die soziale Ungleichheit hoch, breite Bevölkerungsschichten lebten in Armut. Linke Politikansätze, die Umverteilung, staatliche Intervention und soziale Gerechtigkeit betonen, scheinen in solchen Kontexten attraktiver als konservative oder liberale Ansätze, die auf Marktmechanismen und individuelle Verantwortung setzen. In vielen afrikanischen Ländern ist der Staat der wichtigste Akteur für Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung, weil private Märkte schwach entwickelt sind. Linke Parteien versprechen staatliche Investitionen, Subventionen und Schutz für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Das spricht Wähler an, die in prekären Situationen leben

und unmittelbare Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erwarten.

Es sei außerdem daran erinnert, dass viele afrikanische Befreiungsbewegungen enge Verbindungen zu sozialistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks hatten, was zur nachhaltigen Verankerung von sozialistischem Gedankengut in ihrer Politik führte.

Hinsichtlich der Dominanz von „linkem“ Gedankengut in der afrikanischen Politik weniger diskutiert wird der Umstand, dass es keine ausreichenden Angebote von politischen Kräften des Mitte-rechts-Lagers gibt, welche auf der konservativen Werteorientierung der Bevölkerung aufbauen. Der politische Wettbewerb scheint vor allem zwischen sozialistischen und liberalen Ideen stattzufinden. Ausnahmen wie die ghanaische New Patriotic Party (NPP) oder die südafrikanische Inkatha Freedom Party bestätigen die Regel.

Diese Lage findet ihren Ausdruck in der noch immer geringen Zahl von Mitte-rechts-Parteien in Regierungsfunktion. Parteien wie die NPP in Ghana oder die Malawi Congress Party (MCP) mussten nach den jüngsten Wahlen ihre Macht abgeben.⁷ Andere herausragende Mitte-rechts-Parteien wie die oppositionelle PDCI-RDA der Elfenbeinküste oder CHADEMA in Tansania wurden, wie bereits beschrieben, zuletzt Opfer autoritärer Regierungsführung und rechtswidrig daran gehindert, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auch parteiinterne Konflikte, wie in der mosambikanischen RENAMO, der ugandischen Democratic Party und dem ebenfalls ugandischen Forum for Democratic Change (FDC), haben das afrikanische Mitte-rechts-Lager zuletzt geschwächt.

Democracy Union of Africa

Vor fast 30 Jahren haben sich Mitte-rechts-Parteien in Afrika entschlossen, ihre Zusammenarbeit auszubauen, um die Stimme der politischen Mitte auf dem Kontinent zu stärken, Erfahrungen auszutauschen und die Resilienz der häufig fragilen Demokratien in Afrika zu verbessern. Dazu wurde im Jahr 1997 die Democracy Union

of Africa (DUA, früher: Democratic Union of Africa) gegründet. Sie agiert als eine Allianz afrikanischer Mitte-rechts-Parteien, die sich für Demokratie, Freiheit und Wohlstand einsetzen. Die DUA versteht sich dabei als Förderer guter Regierungsführung, persönlicher Freiheit und Marktwirtschaft, die sie als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung und Stabilität in Afrika sieht. Diese Ziele verfolgt die DUA durch jährlich stattfindende Foren, Workshops und Wahlbeobachtermissionen. Sie ist Mitglied der International Democracy Union (IDU), des weltweiten Verbands von Mitte-rechts-Parteien, dem auch die Europäische Volkspartei (EVP) angehört. Die IDU hat die Entwicklung der DUA von Beginn an stark gefördert und sich intensiv in deren Entscheidungsprozesse eingebracht. Wichtigster ausländischer Förderer war lange die britische Westminster Foundation, inzwischen ist es die Konrad-Adenauer-Stiftung, welche die DUA über das Regionalprogramm Politischer Dialog Subsahara-Afrika unterstützt.

Die Entwicklung der DUA verlief nach ihrer Gründung schleppend und kam zwischenzeitlich gar zum Erliegen. Im Jahr 2019 wurde jedoch eine von der IDU getragene Initiative gestartet, um die DUA neu zu beleben. Leider beendete diese Initiative die Krise der DUA zunächst nicht. Der damals neu gewählte Vorstand konnte zwar ein Konzept für die weitere Entwicklung der Organisation erarbeiten, welches unter anderem die institutionellen Kapazitäten der DUA verbessern, die Partnerschaft der beteiligten Parteien stärken und die DUA als Verfechterin demokratischer Prinzipien in Afrika positionieren sollte, die Umsetzung dieses Konzepts gelang aber nur ansatzweise. Eine bei den Vorstandswahlen im Jahr 2022 gewählte Doppelspitze funktionierte mehr schlecht als recht, da die Führungsverantwortung nur von einem der Vorsitzenden wahrgenommen wurde. Seit den jüngsten Vorstandswahlen von 2024 verfügt die DUA mit der ghanaischen Politikerin Louisa Atta-Agyemang über eine junge Vorsitzende, die ihre Aufgaben während ihres zweijährigen Mandats mit klaren Zielen und guter Kommunikation erfüllt. Sie kann dabei auf die Unterstützung durch ihre Partei NPP bauen, die eine der tragenden Kräfte der

DUA ist und mit dem ehemaligen ghanaischen Staatspräsidenten Nana Addo Dankwa Akufo-Addo einen prominenten und schlagkräftigen Unterstützer hat.

Die DUA zeigte sich bei ihrem jüngsten Forum solidarisch mit Demokraten, die in ihren Ländern Repressionen ausgesetzt sind.

Neue Führung, neue Dynamik, klares Bekenntnis

Einen Eindruck dieser neuen Dynamik vermittelte das DUA-Forum im Oktober 2025 in Nairobi. Es stand unter dem Titel „Navigating Africa’s Strategic Position in a Multipolar World – Towards Equitable and Mutually Beneficial Partnerships“ und diente der selbstbewussten Verortung Afrikas in einer sich verändernden Welt, gleichzeitig aber auch der weiteren Vernetzung der Mitgliedsparteien. Einen Themenschwerpunkt bildete die künftige Anbindung Afrikas an die westliche Wertegemeinschaft, zweifellos eine der zentralen geopolitischen Zukunftsfragen des afrikanischen Kontinents, aber auch Europas. Die DUA positionierte sich in diesem Forum klar auf der Seite der Demokratie: Sie zeigte sich solidarisch mit den Demokraten, die in ihren Ländern Repressionen ausgesetzt oder aufgrund ihres politischen Engagements inhaftiert sind, wie mit dem tansanischen Oppositionsführer Tundu Lissu und dem ugandischen Oppositionspolitiker Kizza Besigye. Wichtig für die weitere Entwicklung der Organisation war auch die Erarbeitung einer neuen Satzung, die institutionelle Prozesse beschreibt, durch die viele bisherige Konflikte vermieden werden können, welche die DUA-Arbeit in der Vergangenheit erschwerten. Dazu zählt die Einführung eines regional rotierenden Vorsitzes, durch den auch die Parteien, die aus schwächer in der DUA vertretenen Regionen kommen, die Aussicht haben, die Organisation zu führen. Die Entwicklung der DUA wurde auch von Beobachtern



Wenige Monate vor der Inhaftierung: Im Januar 2025 wurde Tundu Lissu (links) zum Vorsitzenden der tansanischen DUA-Mitgliedsparterie CHADEMA gewählt. Im April ließ ihn die Regierung aus politischen Gründen festnehmen. Foto: © Xinhua, Imago.

der Konferenz in Nairobi, wie der Generalsekretärin der IDU, als eindeutig positiv bewertet.⁸ Die positiven Signale aus Nairobi sollen aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die Organisation weiterhin vor großen Herausforderungen steht. Dazu gehören die Erweiterung der Mitgliederzahl, die Vertiefung der Zusammenarbeit und die Reduzierung der Abhängigkeit von ausländischer Unterstützung.

Die DUA verfügt aktuell über 21 Mitgliedsparteien.⁹ Sie liegt im Vergleich zu den anderen afrikanischen Parteienfamilien damit deutlich hinter den Liberalen (Africa Liberal Network, 42 Parteien), aber vor der Centrist Democrat International (IDC-CDI, 19 Parteien) und der Afrikanisch Sozialistischen Internationalen (15 Parteien), wobei die Sozialistische Internationale in Afrika über 37 Mitglieder verfügt.

Ausbleibende Wahlerfolge der DUA-Mitglieder

Von den 21 DUA-Mitgliedsparteien sind derzeit nur noch drei in Regierungsverantwortung (Istiqlal in Marokko, Unity Party in Liberia und Inkatha Freedom Party in Südafrika). Die

kenianische KANU bereitet derzeit den Eintritt in die Regierungskoalition vor. Der Status der oppositionellen Democratic Party in Uganda ist unklar, da der Parteivorsitzende als Justizminister der Regierung angehört. Damit ist die DUA nach den Wahlverlusten der NPP 2024 in Ghana und der MCP 2025 in Malawi afrikaweit nur noch sehr schwach an Regierungen beteiligt. Hinzu kommt, dass einige DUA-Mitglieder bei realistischer Betrachtung aufgrund des Gewichtes der Partei oder der politischen Situation im jeweiligen Land kurz- und mittelfristig auch keine Machtoption haben.

Die DUA hat mit der im Jahr 2025 beschlossenen Satzung nun aber Gestaltungsspielraum geschaffen, um die Mitgliederzahl zu erhöhen. So wurde neben der Vollmitgliedschaft eine assoziierte Mitgliedschaft für Parteien aus Ländern, in denen es bereits zwei DUA-Mitgliedsparteien gibt, eingeführt. Bisher wurde die Aufnahme von mehr als zwei Parteien pro Land nicht akzeptiert. Zudem wurde eine akkreditierte Mitgliedschaft für Parteien geschaffen, die nicht alle Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen. Diese Kategorie ermöglicht auch die Mitgliedschaft gesellschaftlicher Organisationen. Zur Heranführung

künftiger Vollmitglieder an die Organisation wird nun überdies ein Beobachterstatus für Parteien ermöglicht, die noch kein Mitglied sind. Dabei stützt sich die DUA bei der Auswahl künftiger Mitglieder auf eher vage Kriterien wie eine programmatische Orientierung an den Idealen des politischen Mitte-rechts-Lagers und ein Bekenntnis zur Demokratie. Vollmitglieder müssen ihre Teilnahme an demokratischen Wahlen in ihrem Land nachweisen können.

Die notwendige Vertiefung der Arbeit der DUA betrifft vor allem die Intensivierung der politisch-inhaltlichen Arbeit sowie die Stärkung der Organisation als Interessenvertretung des politischen Mitte-rechts-Lagers. Auch wenn es sich bei der DUA um einen Verbund sehr unterschiedlicher Parteien mit häufig eher pragmatischem als programmatischem Politikverständnis handelt, könnte die Organisation als Impulsgeberin für die politisch-inhaltliche Arbeit der Mitgliedsparteien wichtige Hilfestellung geben, um diese programmatisch besser aufzustellen, sie so stärker in der Gesellschaft zu verankern und damit auch ihre Wahlchancen zu verbessern.

Die fehlende Struktur der DUA ist vor allem ein Ergebnis fehlender Finanzmittel.

Was noch zu tun ist

Allerdings sind die Vertiefung und Erweiterung der Arbeit der DUA ohne eine funktionierende Struktur nicht möglich. Die DUA verfügt derzeit über kein Sekretariat, die Hauptlast der Arbeit liegt bei der Vorsitzenden, die sich für die Durchführung von Veranstaltungen Unterstützung von außerhalb der Organisation beschafft und sie teilweise selbst finanziert. Der derzeitige, ehrenamtliche Generalsekretär ist hauptberuflich Wahlkampfleiter seiner Partei und sitzt Tausende Kilometer entfernt vom nominellen Sitz der DUA in Accra. Diese fehlende Infrastruktur wird der wachsenden politischen Bedeutung der

DUA nicht gerecht. Bisher steht und fällt die DUA daher mit dem Führungswillen und dem persönlichen Engagement ihrer Leitung.

Die fehlende Struktur ist vor allem ein Ergebnis fehlender Finanzmittel. Zwar sieht die DUA-Satzung die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen vor, die Einforderung dieser Beiträge erfolgte in der Vergangenheit aber nicht, sodass die Organisation über keine nennenswerten Eigenmittel verfügt. Die wichtigste Maßnahme der DUA, das jährliche DUA-Forum, wird hauptsächlich von Partnern und Sponsoren getragen, wobei einige DUA-Mitgliedsparteien über ausreichende Finanzmittel verfügen, um DUA-Foren zu unterstützen, die in ihrem jeweiligen Land stattfinden. Die Finanzierung des DUA-Sekretariats hingegen ist weiter ungeklärt.

Die Krise der Demokratie in Afrika erfordert eine stärkere Zusammenarbeit von Demokratien und Demokraten. Mit dem Rückzug traditioneller externer Akteure der Demokratieförderung und dem Erstarken von Akteuren, die autoritäre Gesellschaftsmodelle befördern, haben sich die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit der Demokraten in Afrika verschlechtert. Der Grund für die Krise der afrikanischen Demokratien liegt aber nicht in erster Linie in diesen externen Entwicklungen. Er liegt zuvorderst in dem Umstand, dass afrikanische Demokratien nicht in einem ausreichenden Maße politische Stabilität und Wohlstand schaffen, welche für das Vertrauen der Bürger in den Staat und in die Demokratie zentrale Voraussetzungen sind. Politische Parteien sind häufig Teil des Problems, weil sie inhaltlich und organisatorisch nicht ausreichend gut aufgestellt und nicht ausreichend in der Gesellschaft verankert sind. Gerade für die wichtige Zielgruppe junger Wähler sind politische Parteien in zu geringem Maße attraktiv. Es ist daher wenig überraschend, dass junge Afrikaner ihre Interessen zunehmend über die Straße und nicht über die Parteien artikulieren.

Die DUA hat sich in der jüngeren Vergangenheit klar an der Seite der Demokraten und Demokratien positioniert. So hat sie in öffentlichen Stellungnahmen auf die kritische Lage in

Tansania hingewiesen, wo im Umfeld der Wahlen 2025 mit der Oppositionspartei CHADEMA ein DUA-Mitglied massiven Repressionen ausgesetzt war. Die politische Entwicklung in der Elfenbeinküste, wo der Präsidentschaftskandidat des DUA-Mitglieds PDCI-RDA von den Wahlen ausgeschlossen wurde, wurde ebenso zum Gegenstand kritischer DUA-Stellungnahmen wie die rechtswidrige Inhaftierung des Oppositionspolitikers Kizza Besigye in Uganda.¹⁰ Es gelang der DUA dabei, diese Mobilisierung über die IDU auch in die internationale politische Debatte einzuspeisen, was im Fall CHADEMA dazu führte, dass die EVP im Europäischen Parlament erfolgreich eine Resolution einbrachte, die sich kritisch mit der politischen Entwicklung in Tansania beschäftigt.

Das politische Gewicht der DUA sollte – gerade auch im Vergleich zu den Verbänden der anderen politischen Familien in Afrika – durch die Aufnahme weiterer Mitglieder erhöht werden. Bei der Erweiterung der Mitgliedschaft sollte die DUA allerdings den Fehler anderer internationaler Parteienverbände vermeiden, neue Mitglieder nicht ausreichend auf ihre Demokratietreue zu prüfen.

Im Zuge dieser Erweiterung wäre es auch wichtig, sich stärker den frankophonen Ländern des Kontinents zuzuwenden. Derzeit sind mit Marokko, der Elfenbeinküste und Togo nur drei Länder des frankophonen Afrikas in der DUA durch Parteien vertreten. Das anglophone Afrika ist mit zehn Ländern deutlich besser repräsentiert. Immerhin zwei der insgesamt fünf lusophonen Länder Afrikas sind in der DUA vertreten. Die gesamte Region Zentralafrika findet mit der Ausnahme Äquatorialguineas in der DUA nicht statt.

Die Vertiefung der Arbeit der DUA kann einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Mitgliedsparteien in ihren jeweiligen Ländern leisten. Sie sollte durch die Unterstützung der politisch-inhaltlichen Arbeit der Mitgliedsparteien erfolgen und dort ansetzen, wo in der Gesellschaft vorhandene Werteorientierungen bisher nicht ausreichend durch Parteien aufgegriffen werden. Denkbar wäre die Schaffung eines (virtuellen)

DUA-Policy-Instituts, welches Konzepte für Politikformulierungen erstellt, die dann für die Programme der Mitgliedsparteien genutzt werden können. Auch ein verstärkter Austausch zu Erfahrungen im Wahlkampf oder zum Umgang mit autoritären Regimen würde einen Mehrwert erbringen, der eine Mitgliedschaft in der DUA attraktiver machen würde.

Wie können sich Mitte-rechts-Parteien in Afrika behaupten?

Demokratische Parteien stehen angesichts der politischen Entwicklung in Afrika mit einem Trend zu autoritärer Regierungsführung erheblich unter Druck. Diese Situation erfordert eine stärkere Solidarisierung von Demokratien, Demokraten und demokratischen politischen Parteien auf dem Kontinent sowie eine strukturierte Zusammenarbeit. Die Solidarität afrikanischer Demokraten untereinander gewinnt angesichts des abnehmenden Engagements der internationalen Gemeinschaft in der Demokratieförderung weiter an Bedeutung. Die Democracy Union of Africa hat das Mandat ihrer Mitgliedsparteien, aktiv an diesem Prozess mitzuwirken, und tat dies zuletzt erfolgreich. Als afrikanischer Dachverband von Mitte-rechts-Parteien und Mitglied der International Democracy Union kann die DUA überdies Brücken in andere Kontinente bauen, um für Solidarität auch über den afrikanischen Kontinent hinaus zu werben. Die internationale Vernetzung der DUA-Mitgliedsparteien mit anderen Parteien der IDU und die starke Partnerschaft mit Deutschland sind für alle beteiligten Akteure gerade in Zeiten des geopolitischen Wandels und neuer Rivalitäten von fundamentaler Bedeutung.

Der politische Erfolg von Mitte-rechts-Parteien in Afrika wird vor allem davon abhängen, ob sie Politikangebote unterbreiten, welche die Interessen der jeweiligen Bevölkerung repräsentieren. Dazu bedarf es einer klaren inhaltlichen Positionierung als politische Kraft, die konservative gesellschaftliche Werte vertritt und darauf aufbauend politische Programme entwickelt, die zu einer für die Bevölkerung fühlbaren Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse führen.

Von zunehmender Bedeutung für den Erfolg von Mitte-rechts-Parteien wird es sein, diese Politikangebote an den Bedürfnissen junger Menschen auszurichten und jene dafür zu gewinnen, sich parteipolitisch zu engagieren. Wenn junge Menschen, die politisch engagiert sind, in den Parteigremien Gehör finden, ihre Ideen in die Entscheidungsfindung und Programmformulierung einbringen und nach außen auftreten können, erhöht dies die Repräsentativität von Parteien und stärkt damit auch die jeweiligen Demokratien.

Für den Austausch zu politisch-inhaltlichen Herausforderungen, aber auch zu wichtigen Fragen wie Parteiorganisation, Wahlkampfmanagement, politischer Kommunikation und dem Umgang mit autoritären Regierungen kann die DUA für ihre Mitgliedsparteien als Plattform wirken. Damit würde sie einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung und Förderung der Demokratie sowie zur Stärkung des politischen Mitte-rechts-Lagers in Afrika leisten und ihre Attraktivität für neue Mitglieder erhöhen.

- 1 Die Autoren nutzen in diesem Text „Afrika“ als vereinfachenden Begriff für unseren Nachbarkontinent mit seinen 54 Staaten.
- 2 Brinkel, Stefanie 2026: Parlamentswahl in der Côte d'Ivoire – Machtkonsolidierung von Alassane Outtara, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 09.01.2026, in: <https://ogy.de/m4km> [10.02.2026].
- 3 European Parliament News 2025: Human rights violations in Tanzania, Iran and Tunisia, 27.11.2025, in: <https://ogy.de/06k2> [10.02.2026].
- 4 Global State of Democracy Initiative 2024: Mozambique - October 2024, in: <https://ogy.de/ngf8> [10.02.2026].
- 5 Die zurückhaltende Kritik der internationalen Staatengemeinschaft hat Beobachtern zufolge verschiedene Gründe. Einige davon hier: Nebe, Cai 2025: Is Western influence on African democracy fading?, Deutsche Welle, 14.10.2025, in: <https://ogy.de/x79a> [10.02.2026]
- 6 Msowoya, Richard 2025: Preliminary Statement, 03.11.2025, in: <https://ogy.de/twee> [10.02.2026].
- 7 SABC News 2025: Mutharika declared Malawi's President-elect, Youtube, 24.09.2025, in: <https://ogy.de/wz6o> [10.02.2026].
- 8 Gespräch Holger Dix mit IDU-Generalsekretärin Tina Mercep vom 02.02.2026.
- 9 National Union for the Total Independence of Angola UNITA; Democratic Party of Côte d'Ivoire – African Democratic Rally (PDCI-RDA), Elfenbeinküste; Democratic Centre Union (UCD), Äquatorial-Guinea; New Patriotic Party (NPP), Ghana; Kenya Africa National Union (KANU); Democratic Party of Kenya (DPK); Unity Party (UP), Liberia; Malawi Congress Party (MCP); Istiqlal Party, Marokko; Mozambican National Resistance (RENAMO); Democratic Movement of Mozambique (MDM); Popular Democratic Movement (PDM), Namibia; People's Democratic Party (PDP), Nigeria; People's Movement for Democratic Change (PMDC), Sierra Leone; National Grand Coalition Party (NGCP), Sierra Leone; African Christian Democratic Party (ACDP), Südafrika; Inkatha Freedom Party (IFP), Südafrika; Party for Democracy and Progress (CHADEMA), Tanzania; Forces Démocratiques Pour La République (FDR), Togo; Democratic Party (DP), Uganda; Forum for Democratic Change (FDC), Uganda.
- 10 Democracy Union of Africa 2025: The Democracy Union of Africa strongly condemns the unlawful incarceration of Dr. Kizza Besigye, X, 20.02.2025, in: <https://ogy.de/9hn5> [10.02.2026].

Marokkos politische Mitte in einem hybriden System

Zwischen Parteienpluralismus und monarchischer Einflussnahme

Foto: © Zoonar, Imago.

Auf einen Blick

Marokkos Parteien bewegen sich in einem hybriden System, in dem Wahlen und Parlamente bestehen, aber zentrale Weichenstellungen eng mit der Monarchie abgestimmt bleiben. Die politische Mitte spielt darin eine Schlüsselrolle, da sie Stabilität gewährleistet und zugleich begrenzte Gestaltungsspielräume innerhalb monarchischer Leitplanken nutzt.

Istiqlal und Rassemblement National des Indépendants (RNI) sind seit 2021 gemeinsam Teil einer Regierungskoalition und prägen als systemloyale Mitte-rechts-Parteien die politische Agenda. Istiqlal setzt auf Tradition und moderate Reformen, während der RNI technokratische Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung betont. Beide Parteien

sind Partner der Europäischen Volkspartei (EVP) und agieren prowestlich.

Das Regierungsbündnis steht vor der Aufgabe, gesellschaftlichen Erwartungen – insbesondere jenen der zunehmend frustrierten Jugend – gerecht zu werden, ohne die strukturellen Grenzen des Systems zu überschreiten. Proteste und sinkendes Engagement in Parteien zeigen wachsende Distanz zur politischen Elite.

Die im September 2026 anstehenden Parlamentswahlen finden vor dem Hintergrund anhaltender Fragmentierung und voraussichtlich geringer Wahlbeteiligung statt. Für die politische Mitte bleibt die Herausforderung, Stabilität zu sichern und zugleich Vertrauen zurückzugewinnen.



Steven Höfner ist Leiter des Auslandsbüros Marokko der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Rabat.

Die marokkanische Parteienlandschaft im Überblick

- Istiqlal (mitte-rechts)
- Mouvement Populaire (sozialliberal)
- PAM (liberal)
- PJD (Islamisten)
- PPS (links)
- Rassemblement National des Indépendants (RNI, mitte-rechts)
- Union Constitutionnelle (liberal-konservativ)
- USFP (sozialdemokratisch)

Ein hybrides System: Monarchie dominiert, Parlament konsultiert

Im Königreich Marokko treffen demokratische Strukturen auf eine allgegenwärtige monarchische Vorherrschaft. Das politische System gilt als hybride Staatsform¹, in der einerseits Parlamente und Wahlen existieren, andererseits aber der König und sein Umfeld (der sogenannte Makhzen) die Leitlinien der Politik bestimmen.² Parteien der politischen Mitte – allen voran die altehrwürdige Istiqlal (Unabhängigkeitspartei) und die wirtschaftsliberale Partei Rassemblement National des Indépendants (Nationale Sammlung der Unabhängigen, RNI) – spielen in diesem Gefüge eine wichtige Rolle. Sie fungieren als zuverlässige Partner der Monarchie. Aus einer gemeinsamen Regierungskoalition agierend, müssen sie sich mit den Parlamentswahlen 2026 allerdings einer weiteren Bewährungsprobe stellen.

Formell ist das Königreich seit der Verfassungsreform von 2011 – erlassen im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings – eine konstitutionelle

Monarchie mit gewählten Parlamenten und gewählter Regierung.³ De facto jedoch bleibt die Macht stark im Palast konzentriert. Wichtige Souveränitätsressorts wie Außenpolitik, Inneres, Militär und Religion sind zwar Bestandteil des Regierungskabinetts, die Leiter werden allerdings direkt vom Monarchen ernannt und gelten somit als parteipolitisch neutral. Die Verfassung von 2011 gab dem Parlament und der Regierung zwar mehr Kompetenzen,⁴ doch ihr Handlungsspielraum bleibt eng begrenzt. Richtungs- und wichtige Personalentscheidungen werden weiterhin im Königspalast getroffen. Dadurch ergibt sich ein Spannungsfeld: Wahlen finden regelmäßig und weitgehend frei statt, doch ihre Funktion besteht primär darin, jene Partei zu ermitteln, welche die königliche Agenda am reibungslosesten umsetzen kann. Die übergeordneten Leitlinien der Staatspolitik – von großen Entwicklungsplänen bis zur Außenpolitik – werden hingegen in Reden und Initiativen des Königs formuliert. Die Parteipolitik ist somit nicht die visionäre Kraft im Land, sondern im besten Fall Managerin der königlichen Reformagenda.

Den Parteien der politischen Mitte – allen voran Istiqlal und RNI – kommen in diesem System bedeutsame Rollen zu. Gerade weil radikale oder antimonarchische Kräfte in Marokko marginalisiert bleiben, bilden die gemäßigten, systemloyalen Parteien faktisch das Zentrum des parteipolitischen Betriebs. Istiqlal und RNI gelten dabei als wichtige Pfeiler des Parteiensystems und pflegen zudem enge Beziehungen zur europäischen Mitte-rechts-Familie. So sind beide Parteien seit 2018 offizielle Partner der Europäischen Volkspartei (EVP). Doch wie gestalten Istiqlal und RNI Politik unter den Bedingungen begrenzter parlamentarischer Macht? Und wie bereitet sich die politische Mitte auf die Parlamentswahlen im September 2026 vor?

Ein einzigartiges Wahlsystem als Garant der Pluralität – und Fragmentierung

Ein entscheidendes Instrument, mit dem das marokkanische System gesteuert wird, ist das Wahlrecht. Dieses wurde über die Jahre so gestaltet, dass es einerseits pluralistische Wahlen ermöglicht, andererseits aber verhindert, dass eine einzelne Partei eine dominante Mehrheit erringt, die den Einfluss des Palastes schmälern könnte. Marokko verfügt über ein langjähriges Mehrparteiensystem; und besonders in der Herrschaftszeit von König Hassan II. (1961 bis 1999) kam es zu einer Fragmentierung der Parteienlandschaft – teils durch bewusste Förderung neuer Parteien durch den Palast. Zuletzt hat die Wahlrechtsreform von 2021, die unmittelbar vor der jüngsten Parlamentswahl umgesetzt wurde, entscheidenden Einfluss auf die Parlamentszusammensetzung genommen.⁵ Unter anderem wurde die Drei-Prozent-Hürde abgeschafft, was kleinen Parteien den Einzug ins Parlament erleichterte. Noch bedeutsamer war jedoch die Änderung des Berechnungsmodus für die Sitzverteilung: Erstmals wurden die Sitze nicht mehr nach den tatsächlich abgegebenen Stimmen berechnet, sondern auf Basis der registrierten Wähler in jedem Wahlkreis – unabhängig davon, wie viele überhaupt zur Wahl gingen. Diese ungewöhnliche Berechnungsgrundlage – einzigartig im internationalen Vergleich – senkt den Erfolgswert einer Stimme und benachteiligt insbesondere große Parteien mit hoher Wählerresonanz. Diese Änderung hat erhebliche Auswirkungen: Da der Divisor (die Zahl der Wahlberechtigten) nun weitaus größer ist als die Zahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen, schrumpft die errechenbare Mandatszahl für stimmenstarke Parteien erheblich. Es ist damit nahezu ausgeschlossen, dass eine Partei mehr als einen Sitz pro Wahlkreis gewinnen kann, egal, wie überwältigend ihr Stimmenanteil dort ist. Für die Verteilung der Parlamentssitze pro Wahlkreis spielt sodann die Reihenfolge der Ergebnisse eine wichtige Rolle. Kann die stimmenstärkste Partei nicht mehr als einen Sitz erringen, werden die restlichen Sitze auf die nachfolgenden Parteien verteilt. Die größten Wahlkreise in den bevölkerungsreichen Großstadtbezirken verfügen über sechs Sitze,

von denen meist ebenso viele Parteien profitieren. Die Mehrzahl der Wahlkreise Marokkos, insbesondere im ländlichen Raum, umfasst jedoch nur zwei oder drei Sitze. Um als Wahlsieger hervorzugehen, benötigt eine Partei somit landesweit gute Ergebnisse in den vorrangig traditionell geprägten Regionen. In diesem Wahlsystem ist es keiner politischen Kraft möglich, deutlich mehr als 100 der 395 Sitze zu erringen. Eine niedrige Wahlbeteiligung (2021 lag sie bei 50,35 Prozent⁶) verstärkt diesen Effekt zusätzlich.

Zweifel an der Bedeutung der eigenen Wählerstimme tragen zur niedrigen Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit bei.

So brachte die Parlamentswahl 2021 eine noch stärker fragmentierte Volksvertretung hervor. Die bis dahin regierende islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), die 2011 und 2016 noch stärkste Kraft gewesen war, stürzte von 125 auf nur 13 Sitze ab. Gewinner waren stattdessen die liberal-konservativen Mitte-Parteien: Erster wurde der RNI mit 102 von 395 Sitzen, gefolgt von der palastnahen Partei für Authentizität und Modernität (PAM) mit 87 Sitzen und der Istiqlal mit 81 Mandaten. Dass der RNI trotz des Wahlrechts mehr als 100 Sitze erlangte, verdeutlicht den landesweit überwältigenden Wahlsieg.

Aus Sicht der Staatsmacht erfüllt das Wahlsystem seinen Zweck, indem es Vielfalt sichert und Machtkonzentration verhindert, insbesondere hin zu den extremen Rändern. Die Vielfalt des Parteiensystems wird in den Städten sichtbar, wo bis zu sechs Parteien pro Wahlkreis Hoffnungen auf Sitze im Parlament haben können. In den Städten sind allerdings auch die extremeren Positionen, sowohl im linken als auch im islamisch-konservativen Spektrum, vertreten. Diese können zwar mit Mandaten in ihren Hochburgen rechnen, jedoch nicht mit mehr als andere Parteien. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft – oft beklagt als Schwäche – ist somit in Wahrheit

eine implizite Stabilitätsgarantie. Indem keine einzelne Partei das gesamte Regierungshandeln dominieren kann, bleibt der König als überparteilicher Schiedsrichter unentbehrlich. Für die Wähler allerdings hat dies einen Preis: Viele Bürger bezweifeln, dass ihre Stimme grundlegende Änderungen bewirken kann. Dies trägt zur niedrigen Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit bei. Vor diesem Hintergrund müssen sich Istiqlal und RNI als Akteure der politischen Mitte immer wieder behaupten.

Die Parteien der Mitte: Pfeiler des politischen Betriebs

In Marokkos Parteienspektrum verkörpern Istiqlal und RNI die traditionelle Elite – im Gegensatz zu ideologisch stärker profilierten Kräften wie den Islamisten der PJD oder den linken Parteien. Istiqlal und RNI gelten als systemloyal, akzeptieren folglich die Monarchie als oberste Instanz, arbeiten in ihrem Rahmen und stehen ideologisch für wirtschaftsliberale Politik mit

sozialkonservativem Einschlag. International gelten sie als gut vernetzt und verkörpern einen dezidiert prowestlichen Kurs. Als Partner der EVP nehmen sie an den europäischen Debatten teil und plädieren für eine stärkere internationale Einbindung Marokkos.

Ihre Bewährungsprobe besteht jedoch im Binnenverhältnis von Staat und Parteien. Trotz aller Nähe zum Palast müssen Istiqlal und RNI ihre Relevanz dadurch beweisen, dass sie zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Vorgaben der Monarchie vermitteln. Sie agieren gewissermaßen als Puffer im hybriden System: Sie verschaffen der politischen Arena demokratische Legitimation und geben gesellschaftlichen Interessen zumindest teilweise eine Stimme.

Istiqlal – Tradition, Monarchietreue und neues Profil

Die Parti de l'Istiqlal ist die älteste Partei Marokkos. Als einzige Partei Marokkos ist sie



Gewählte Regierung unter königlicher Aufsicht: Premierminister Aziz Akhannouch spricht im Oktober 2023 beim Jahrestreffen von Weltbank und IWF in Marrakesch, im Hintergrund ein Porträt von Mohammed VI.

Foto: © Anadolu Agency, Imago.

zudem Mitglied der Zentristisch Demokratischen Internationalen (IDC-CDI) sowie der Internationalen Demokratischen Union (IDU). Istiqlal vertritt damit die marokkanische Perspektive in den internationalen Netzwerken der Mitte-rechts-Parteienfamilien. Gegründet 1944 im Kampf gegen das französische Protektorat, verkörpert sie bis heute ein Stück Nationalgeschichte. Istiqlal führte die Unabhängigkeitsbewegung an, stellte nach 1956 die ersten Regierungschefs und wurde somit zur prägenden Kraft der frühen Staatspolitik, geriet jedoch in den 1960er- und 1970er-Jahren in Rivalität mit König Hassan II., der konkurrierende Machtzentren nicht akzeptierte.⁷ In dieser Zeit spalteten sich linke Flügel ab (etwa der Vorläufer der heutigen sozialdemokratischen Sozialistischen Union der Volkskräfte, USFP), während Istiqlal selbst eher konservativ-nationalistisch blieb.⁸ Unter König Hassan II. durchlebte diese Partei Phasen der Opposition und der Kooptation: Mal wurde sie marginalisiert, mal wieder in Regierungskoalitionen eingebunden, je nach Kalkül des Palastes. Diese Fähigkeit zum politischen Überleben und zur Anpassung hat Istiqlal zu einer Art staatstragender Institution reifen lassen – immer systemloyal, aber doch mit eigenem Profil.

Trotz ihrer Regierungsbeteiligung pflegt Istiqlal bewusst ein weiterhin eigenständiges Profil.

Ideologisch betont Istiqlal soziale Gerechtigkeit im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung und ist traditionell tief in der städtischen Mittelschicht sowie im ländlichen Milieu verwurzelt. Während der zehnjährigen Regierungszeit der islamistischen PJD ab 2011 war Istiqlal zunächst Koalitionspartner, trat 2013 jedoch aus der Koalition aus. Ab 2017 erneuerte Istiqlal sich personell: Mit Nizar Baraka, einem Enkel des Gründervaters Allal al-Fassi, übernahm ein moderater Technokrat die Führung und führte die Partei zurück in die vorderen Ränge. Bei der Wahl 2021 konnte Istiqlal unter Barakas Führung

deutlich zulegen (von 46 auf 81 Sitze) und ist seither als drittstärkste Kraft eine tragende Säule der Regierung.

Trotz ihrer Regierungsbeteiligung pflegt Istiqlal bewusst ein weiterhin eigenständiges Profil. Sie präsentiert sich als wertorientierte Mitte-rechts-Partei, die gleichermaßen wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Ausgleich anstrebt. Im Herbst 2025 etwa veröffentlichte Istiqlal eine umfangreiche wirtschaftspolitische Stellungnahme, in der sie eine Stärkung des Sozialstaates forderte, den Schutz der Kaufkraft der Familien anmahnte und mehr Souveränität in Schlüsselbereichen wie Gesundheit, Energie und Wasser verlangte.⁹ Dieses Papier enthielt indirekte Kritik am Regierungsstil der Koalitionspartner RNI und PAM. Istiqlal demonstrierte damit zweierlei: zum einen ihre fachliche Kompetenz und programmatische Substanz, zum anderen ihr Bestreben, sich trotz Regierungskoalition von ihren Partnern abzugrenzen. Diese Gratwanderung – regieren und dennoch eigenständig bleiben – beherrscht Istiqlal aufgrund ihrer langen Erfahrung außerordentlich gut.

Insgesamt erscheint Istiqlal heute als moderner Traditionsanker: verwurzelt in Marokkos Geschichte, jedoch bemüht, sich neuen Herausforderungen anzupassen. Ihre konstruktive, gemäßigte Haltung macht sie zu einem unverzichtbaren Faktor im marokkanischen Machtgefüge. Diese doppelte Verankerung – einerseits patriotisch-traditionsbewusst, andererseits offen für moderate Reformen – macht Istiqlal für viele Wähler der Mitte attraktiv. Allerdings stößt auch Istiqlal an systemische Grenzen: In Fragen, die die Königsagenda berühren, folgt die Partei strikt der Linie des Palastes. Dies mag ihrer monarchistischen Grundhaltung entsprechen, zeigt aber auch, dass selbst eine traditionsreiche Partei in Marokko nie autonom agieren kann.

*RNI – technokratisch, wirtschaftsfreundlich
und Zünglein an der Waage*

Der RNI repräsentiert eine vom Establishment geschaffene Kraft der politischen Mitte. Er bildet in mancher Hinsicht den Gegenpart zu Istiqlal:

Während letztere auf eine 80-jährige Historie zurückblickt, entstand der RNI erst 1978 (ein Jahr nach den Parlamentswahlen 1977) als Zusammenschluss unabhängiger Abgeordneter und honoriger Persönlichkeiten, um eine palasttreue Parlamentsmehrheit zu sichern. Maßgeblich beteiligt an der Gründung war 1978 der damalige Premierminister Ahmed Osman – ein Schwager des Königs Hassan II. Von Anfang an vereinte der RNI vor allem wirtschaftliche Eliten, Technokraten und Persönlichkeiten aus etablierten Familien. Er gab sich ein zentristisch-liberales Image und avancierte prompt zur größten Fraktion im Parlament (1978 hielt er 141 von 264 Sitzen). Damit war der RNI zunächst das maßgebliche Vehikel des Palastes, um politische Macht zu kanalisieren.¹⁰ In den 1980er-Jahren durchlief die Partei allerdings Höhen und Tiefen: 1981 spaltete sich ein Flügel ab (später als Nationaldemokratische Partei, PND, bekannt, ein Vorläufer des heutigen Koalitionspartners PAM) und 1984 verlor der RNI viele Sitze an die neu formierte Union Constitutionnelle – eine weitere vom Palast initiierte „Verwaltungspartei“.¹¹ Gleichwohl blieb der RNI in wechselnden Koalitionen stets im Spiel.

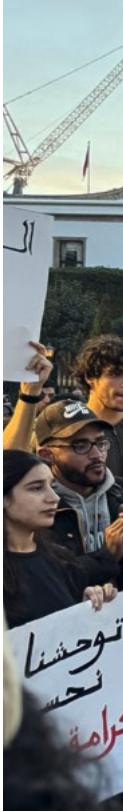
Der Erfolg des RNI hängt stark von seinen Führungspersonlichkeiten ab.

Unter König Mohammed VI. (seit 1999) verfestigte sich die Rolle des RNI als staatstragende Partei. Sie hatte sich 1998 an dem historischen Regierungswechsel (französisch: „gouvernement de l’alternance“) unter dem ersten linksgerichteten Premierminister Abderrahman Youssoufi von der USFP beteiligt und war dann ebenso Teil der technokratischen Kabinette der frühen 2000er-Jahre.¹² Der Ruf des RNI als verlässlicher Mehrheitsbeschaffer der marokkanischen Politik wurde spätestens 2013 nochmals verfestigt, als Istiqlal die Koalition mit der islamistischen PJD verließ und der RNI in die Bresche sprang, um die Mehrheit der PJD-Regierung zu sichern.¹³ Nach der Wahl 2016 agierte der RNI wiederum

geschickt im Hintergrund: Zunächst blockierte er die Regierungsbildung durch den Wahlsieger PJD (unter Abdelilah Benkirane) durch Maximalforderungen und forcierte schließlich eine ihm genehme Koalitionszusammensetzung unter dem kompromissbereiteren PJD-Premier Saad-Eddine El Othmani. Diese Episode der sogenannten Blockage 2016/2017 verdeutlichte den Einfluss des RNI, obwohl er damals nur drittstärkste Partei war.¹⁴

Aziz Akhannouch – ein milliardenschwerer Unternehmer aus der Energie- und Agrarbranche – übernahm die Führung des RNI im Vorfeld der Wahlen 2016 und investierte massiv in die Partei sowie ihre Professionalisierung. Strategische Bereiche wie die Kommunikation wurden stark ausgebaut. In der Folge positionierte sich der RNI als eine Art Leistungspartei: Er versprach in seiner Kampagne 2021 umfassende Sozialreformen bei gleichzeitigen umfassenden Investitionen. Zudem trat Akhannouch als Symbol für Wirtschaftskompetenz und Nähe zum Königshaus auf – eine Mischung, die bei vielen Wählern Vertrauen weckte. Tatsächlich ging der RNI aus der Wahl 2021 als klarer Sieger hervor und verdrängte die PJD von der Regierungsspitze.

Für den RNI bedeutete dies aber auch, in vollem Rampenlicht zu stehen: Die Partei trägt seither die Hauptverantwortung für die Regierungsführung und muss liefern. Doch der Erfolg des RNI hängt seit jeher stark von seinen Führungspersonlichkeiten ab. Dies macht die Partei angreifbar, weil sie derzeit als Partei der Reichen und Mächtigen gilt, der es – so der Vorwurf der Opposition – an Empathie für die Sorgen des einfachen Volkes fehle; schließlich verkörpert Akhannouch als einer der reichsten Männer Marokkos die Verflechtung von Geld und Politik. Die Kritik an Akhannouch und seiner Amtsführung wuchs beständig. Mit Blick auf die Parlamentswahlen 2026 schien er zunehmend zur Belastung für die Kampagnenfähigkeit der Partei zu werden. Im Januar 2026 verkündete Akhannouch, dass er nicht erneut für den Parteivorsitz kandidiert. Die Nachfolge übernahm auf einem Parteitag Anfang Februar Mohamed Chaouki, bisheriger Fraktionsvorsitzender im Parlament. Trotz





Ruf nach Veränderung: Mit der Protestbewegung „Generation Z 212“ positioniert sich Marokkos Jugend als treibende Kraft für strukturelle Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für den entschlossenen Kampf gegen Korruption, Inflation und Arbeitslosigkeit. Foto: © Anadolu Agency, Imago.

seines politischen Amtes ist er außerhalb der RNI-Netzwerke weitgehend unbekannt. Daher ist der Schritt nicht ohne Risiko, wenn er als Spitzenkandidat bei den Wahlen den ersten Platz zu verteidigen hat. Der RNI steht damit vor der Herausforderung, breite Bevölkerungsschichten sowohl von seinen Politikansätzen zu überzeugen als auch für einen neuen Spitzenkandidaten zu mobilisieren. Steigende Lebenshaltungskosten, die Nachwirkungen des Erdbebens von 2023,¹⁵ die weiterhin hohe Jugendarbeitslosigkeit (mehr als 20 Prozent¹⁶) und starke regionale Disparitäten in der Entwicklung des Landes stellen die derzeit größte Partei Marokkos erheblich auf die Probe.

Zusammenfassend steht der RNI heute für Kontinuitätstreue Erneuerung: Als vom Palast gefördertes Projekt hat er die politische Landschaft maßgeblich mitgeprägt. Seine Minister – viele davon fachkundige Technokraten und Unternehmer – treiben Reformen voran, allerdings stets in Absprache mit dem königlichen Kabinett.

Die Grenzen der Macht sind dabei auch für das RNI-Spitzenpersonal spürbar: In Kernfragen bestimmt der König die Agenda. Dies zeigte sich zuletzt bei Großprojekten wie den Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2030, dem Ausbau von Grünem Wasserstoff oder der Sahara-Politik,¹⁷ bei denen die Regierung lediglich flankierend agiert. Die Partei erfüllt damit ihre Hauptrolle im hybriden System: die verlässliche Verwaltung des vom König definierten Entwicklungsweges. Sollte sie jedoch im Umgang mit sozialen Spannungen oder Korruptionsvorwürfen versagen, würde auch ihr das Schicksal einer abgestraften Regierungspartei drohen.

Zwischen Einfluss und Einschränkung: politische Mitte 2026 unter Druck

Obwohl Istiqlal und RNI in Marokkos Parlament und Regierung eine zentrale Rolle spielen, stoßen sie immer wieder an die strukturellen Grenzen des Systems. Parlamentarische Debatten finden statt, doch heikle Fragen werden außerhalb des

Parlaments entschieden. Die Parteien der Mitte arrangieren sich mit dieser Realität, was allerdings auf längere Sicht Erosionstendenzen birgt: Wenn die Bürger den Eindruck gewinnen, dass gewählte Politiker wenig bewirken können, sinkt die Legitimität der gesamten politischen Klasse.

Diese Gefahr zeigt sich insbesondere in der wachsenden Politikverdrossenheit der Jugend. Viele junge Marokkaner fühlen sich von den etablierten Parteien nicht vertreten und beklagen eine fehlende Teilhabe.¹⁸ Im Herbst 2025 entlud sich der Frust in der Protestbewegung „Generation Z 212“, bei der vor allem junge Erwachsene gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und Missstände im Bildungs- und Gesundheitswesen demonstrierten.¹⁹ Die Proteste richteten sich explizit an die Regierung, insbesondere auch an Premierminister Akhannouch, und die politischen Parteien, nicht an das Königshaus. Anders als während des sogenannten Arabischen Frühlings 2011 wurde die Systemfrage nicht gestellt.²⁰ Für Istiqlal und RNI – als Regierungsparteien und Teil des Establishments – stellen solche Entwicklungen eine ernsthafte Krise dar. Sie müssen einerseits die berechtigten sozialen Anliegen der Bürger aufnehmen und Lösungen anbieten, andererseits aber systembedingte Grenzen respektieren. Dies zeigt den Balanceakt des Systems: Es will die Bevölkerung ausreichend beteiligen, um Stabilität zu sichern, aber sich nicht so weit öffnen, dass unkontrollierbare Dynamiken entstehen.

Viele Wähler fühlen sich eher ihrem unmittelbaren Umfeld als einer Parteiideologie verbunden.

Ein weiteres Spannungsfeld besteht in der internen Mitsprache und Programmarbeit der Parteien selbst. Istiqlal und RNI versuchen, sich zu modernisieren und attraktiv für neue Mitglieder zu machen. So hat Istiqlal etwa begonnen, Jugendorganisationen stärker einzubinden und neue Partizipationsformate zu entwickeln. RNI hat an die 20 Unterorganisationen initiiert, die Themen wie

Wirtschaft, Frauen und Jugend adressieren und diese Gruppen stärker einbinden sollen. Auf nationaler Ebene bleiben die Parteiliten dennoch distanziert: Entscheidungsprozesse spielen sich oft in kleinen Zirkeln ab. Marokkos Klientelpolitik – die Verteilung von Gefälligkeiten über persönliche Netzwerke – untergräbt klassische Parteiidentifikationen weiter. Istiqlal kann zwar auf eine treue Kernwählerschaft blicken (insbesondere in einigen mittelgroßen städtischen Milieus), ebenso der RNI in manchen ländlichen Regionen dank lokaler Führungskräfte, doch die Bindungskraft der Parteien ist begrenzt. Viele Wähler fühlen sich eher ihrem unmittelbaren Umfeld (Familien, Clans, Patronen) verbunden als einer Parteiideologie. Bei den im September 2026 turnusgemäß anstehenden Parlamentswahlen werden vor diesem Hintergrund mehrere Faktoren den Wahlgang prägen:

Erstens ist mit einer Fortsetzung der Fragmentierung im Parlament zu rechnen. Das Wahlsystem – inklusive der 2021 eingeführten Berechnungsgrundlage – dürfte erneut dafür sorgen, dass keine Partei in die Nähe der absoluten Mehrheit gelangt. Koalitionen werden folglich wieder notwendig sein. Für die Wähler bedeutet dies abermals, dass sie eher Personen und Listen wählen, die koalitionsfähig sind. Ein kohärentes Regierungsprogramm spielt da eine untergeordnete Rolle. Istiqlal und RNI haben jedoch einen gewissen Amtsbonus: Als amtierende Regierungsparteien können sie auf Errungenschaften verweisen (etwa Infrastrukturprojekte, Sozialmaßnahmen, erfolgreiche Großveranstaltungen wie den Fußball-Afrika-Cup 2025). Gleichwohl tragen sie auch die Verantwortung für ungelöste Probleme (Arbeitslosigkeit, Inflation) und könnten dafür abgestraft werden.

Zweitens dürfte die Wahlbeteiligung ein entscheidender Indikator sein. Gelingt es den Parteien, insbesondere junge Erstwähler zu mobilisieren? Oder ist es gar im Interesse der Parteien der Mitte, dass die Wahlbeteiligung mit Blick auf die Quotientenregel niedrig bleibt? Öffentlichkeitswirksam versuchen Istiqlal und RNI diesem Eindruck entgegenzuwirken, indem sie auf jugendnahe Themen setzen und womöglich

frische Gesichter nominieren. Istiqlal etwa hat angekündigt, mehr Kandidaten unter 40 Jahren aufzustellen und verstärkt auf soziale Medien zu setzen, um junge Menschen anzusprechen. Der RNI wiederum könnte von der Popularität einiger seiner jungen Minister profitieren. Letztlich bleibt aber fraglich, ob dies genügt, um das Grundvertrauen der Jugend zurückzugewinnen, solange tiefer sitzende Forderungen nach echter Mitsprache unerfüllt bleiben.

Drittens wird die Rolle des Palastes im Vorfeld der Wahlen entscheidend sein, insbesondere mit Blick auf die traditionelle Medienlandschaft, die überwiegend vom Palast gelenkt wird. Allerdings hat die Monarchie kein Interesse an einem offensichtlichen Wahlkampf zugunsten einer Partei – zu sehr ist ihr daran gelegen, das Bild einer neutralen Schiedsrichterrolle zu wahren. Vielmehr dürfte subtil darauf hingewirkt werden, dass die Koalitionsarithmetik nach der Wahl stimmt: Im Idealfall würden aus Palast-sicht loyale Mitte-Parteien die Mehrheit bilden. Die Konstellation RNI-PAM-Istiqlal hat sich aus Sicht der Staatsführung bewährt, weshalb eine Fortsetzung nicht unwahrscheinlich ist. Allerdings bleibt auch eine Verschiebung innerhalb dieses Lagers möglich – etwa, dass Istiqlal oder PAM mehr Gewicht bekommt und vielleicht den Premier stellt, sollte eine der Parteien den RNI an Sitzen übertreffen.

Viertens schließlich stellt sich die Frage, wie die Opposition abschneiden wird. Kann die PJD nach ihrer Demütigung zurückkehren? Einige Anzeichen sprechen dafür, dass die PJD Boden gutmachen könnte – sie versucht, sich als moralische Alternative zu den Regierungsparteien zu präsentieren. Es fehlt ihr jedoch an Koalitionspartnern und neuem Personal. Die linken Kräfte wiederum sind zerstritten und zeigen sich wenig koalitionsfähig. Eine Überraschung könnte allenfalls aus dem liberalen Spektrum kommen: Parteien wie Union Constitutionnelle und Mouvement Populaire sind in ihren Ansätzen nicht weit von der aktuellen Regierungskoalition entfernt, könnten allerdings von einer Wechselstimmung profitieren und sich somit als verträgliche Erneuerung der Regierung profilieren.

Insgesamt spricht vieles dafür, dass auch nach 2026 Istiqlal und RNI zentrale Akteure des politischen Systems bleiben. Beide verkörpern eine politische Mitte, die im marokkanischen Kontext Stabilität und Kontinuität gewährleistet, zugleich aber mit den Erwartungen der Bevölkerung jonglieren muss. Ihre Bedeutung liegt weniger darin, grundlegende Veränderungen herbeizuführen, als vielmehr im Management gradueller Reformen unter Aufsicht des Palastes. Trotz aller Einschränkungen sollten die Leistungen dieser Parteien nicht kleingeredet werden: Sie sichern den parlamentarischen Betrieb, bringen Expertise in die Gesetzgebung ein und fungieren als Transmissionsriemen zwischen Staatsführung und Gesellschaft. Ohne sie wäre Marokkos System entweder gänzlich vom Palast bestimmt oder es käme zu gefährlichen Lücken, die radikale Kräfte füllen könnten.

Letztlich geht es in der marokkanischen Monarchie darum, die Balance der Kräfte im Parlament so zu gestalten, dass Reformprojekte vorangetrieben werden können, ohne die königliche Vorherrschaft zu gefährden. Istiqlal und RNI kommen dem Königshaus dabei gelegen, denn beide stehen für Berechenbarkeit und eine prowestliche Ausrichtung. Sollte jedoch die Kluft zwischen der jungen Bevölkerung und den Institutionen weiterwachsen, könnte selbst die politische Mitte ins Wanken geraten. Für den Moment scheinen jedoch die Zeichen eher auf Kontinuität zu stehen: Die politische Mitte in Marokko hat gelernt, sich in einem hybriden System zu behaupten, und bildet gerade deswegen einen unentbehrlichen Faktor für dessen Bestand.

- 1 The Economist Intelligence Unit 2025: Democracy Index 2024. What's wrong with representative democracy?, S. 15–21, in: <https://ogy.de/nioz> [05.01.2026].
- 2 Bertelsmann Stiftung 2024: Morocco. BTI 2024 Country Report, Bertelsmann Transformation Index, in: <https://ogy.de/uo8t> [05.01.2026].
- 3 Chambre des Représentants 2011: La Constitution, 30.07.2011, Art. 47–49, in: <https://ogy.de/4bqd> [05.01.2026].
- 4 Madani, Mohamed / Maghraoui, Driss / Zerhouni, Saloua 2012: The 2011 Moroccan Constitution: A Critical Analysis, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, in: <https://ogy.de/ugiv> [05.01.2026].
- 5 Chambre des Représentants 2021: Loi organique n° 04-21 modifiant et complétant la loi organique n° 27-11 relative à la Chambre des représentants, 01.07.2021, in: <https://ogy.de/jzzo> [05.01.2026].
- 6 Ribolla, Alberto 2021: Observation of the parliamentary elections in Morocco (8 September 2021), Parliamentary Assembly, 25.11.2025, in: <https://ogy.de/4csa> [05.01.2026].
- 7 Daadaoui, Mohamed 2010: Rituals of Power and Political Parties in Morocco: Limited Elections as Positional Strategies, in: Middle Eastern Studies 46: 2, 06.04.2010, S. 195–219, in: <https://ogy.de/4a0a> [05.01.2026].
- 8 Ebd.
- 9 Hespress 2025: Istiqlal economists call for tax breaks, green jobs in 2026 budget proposal, 02.09.2025, in: <https://ogy.de/rvf1> [05.01.2026].
- 10 Maddy-Weitzman, Bruce: Rassemblement National Des Indépendants (RNI), Encyclopedia of the Modern Middle East and North Africa, in: <https://ogy.de/5xkt> [05.01.2026].
- 11 Ebd.
- 12 A'boushi, El-Hussein 2010: The Socialist Union of Popular Forces Party in Morocco, in: Catusse, Myriam / Karam, Karam (Hrsg.) 2010: Returning to Political Parties?, S. 131–171, in: <https://ogy.de/1ba3> [05.01.2026].
- 13 Fakir, Intissar 2017: Morocco's Islamist Party: Redefining Politics Under Pressure, Carnegie Endowment for International Peace, 28.12.2017, in: <https://ogy.de/flok> [05.01.2026].
- 14 Hicks, Celeste 2017: Democratic Progress for Morocco, but on King's Terms, IPI International Peace Institute, 28.03.2017, in: <https://ogy.de/o7f4> [05.01.2026].
- 15 Eljechtimi, Ahmed 2024: One year on, Morocco's quake victims still wait for homes, Reuters, 03.09.2024, in: <https://ogy.de/h28z> [05.01.2026].
- 16 World Bank Group: Unemployment, youth total (% of total labor force ages 15-24) (modeled ILO estimate) - Morocco, in: <https://ogy.de/r07l> [05.01.2026].
- 17 Höfner, Steven 2025: UN-Resolution 2797 – ein historischer Schritt im Sahara-Konflikt, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 04.11.2025, in: <https://ogy.de/3eqg> [05.01.2026].
- 18 Höfner, Steven / Giaccone, Matilda / Bennoune, Ilias 2025: Marokkos Jugend vor der Wahl 2026 – Zwischen mangelnder politischer Teilhabe und neuen Formen der Partizipation, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 18.12.2025, in: <https://ogy.de/483a> [05.01.2026].
- 19 Aublanc, Alexandre 2025: Au Maroc, le premier ministre, Aziz Akhannouch, mis au défi par la rue, Le Monde, 06.10.2025, in: <https://ogy.de/ezdl> [05.01.2026].
- 20 Höfner / Giaccone / Bennoune 2025, N. 18.

ISSN 0177-7521
42. Jahrgang
Ausgabe 1|2026



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
auslandsinformationen@kas.de
auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo
linkedin.com/company/auslandsinformationen

Herausgeberin:
Caroline Kanter

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Jan Cernicky
Christian Echle
Florian C. Feyerabend
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Dr. Christian Hübner
Dr. Christina Krause
Christoph Plate
Hendrik Sittig
Dr. Thomas Volk
Fabian Wagener
Dr. Jan Woischnik
Daphne Wolter

Redaktionelle Betreuung:
Magdalena Falkner

Unter Mitwirkung von:
Marie Rössel, Leonie Schade, Micha Strecker
und Fabian Wiesnet

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonder-
rabbatt gewährt. Für weitere Informationen und
Bestellungen wenden Sie sich bitte an:
auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Bildnachweise jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Jonas Westhoff, Bielefeld

Gestaltung/Satz:
sustentio GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock



natureOffice.gmbh/DE-324-2JJGG8P

CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach
DIN ISO 12647-2 gedruckt.

**Ihre Meinung
ist uns wichtig!**



Was haben Sie von
dieser Ausgabe zu
Mitte-rechts Parteien
gehalten?

Scannen Sie den QR-Code und
lassen Sie es uns wissen.



<https://ogy.de/hhcm>



auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo
linkedin.com/company/auslandsinformationen